

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter ober deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Verbands-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengröße und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegrams-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Demokratie gegen Bureaukratie.

Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die diesmal in Wien stattfindet, erlebte am 28. September eine sehr interessante Debatte. Es wurde von den Rednern dieses Tages über alles mögliche gesprochen: Ueber die Kommunalisierung und Verstaatlichung von Betrieben, über die Vorzüge und Schwächen speziell der preussisch-deutschen Bureaukratie, über die Rechte der in Staats- und Kommunalbetrieben beschäftigten Beamten und Arbeiter, über Industrie-feudalismus und andere Dinge mehr. Die ganze Debatte drehte sich jedoch im großen und ganzen darum, wie die Gefahren der Bureaukratie in der Gemeinde und noch mehr im Staate bekämpft werden könnten. Und so weit auch die sozialpolitischen Auffassungen der einzelnen Redner, des Heidelberger Professors Alfred Weber, des preussischen Ministerialdirektors v. Thiel und des bekannten National-ökonomens Adolf Wagner, von einander abwichen mochten: darüber herrschte schließlich doch volle Einigkeit, daß die Bureaukratie, der mit den sozialpolitischen und Verwaltungsaufgaben der Kommune sich immer mehr auswachsende Beamtenapparat nicht das Werkzeug kleiner privilegierter Schichten sein dürfe, sondern immer mehr der Kontrolle und dem Einfluß der großen Masse des Volkes unterstellt werden müsse. Demokratie gegen Bureaukratie, das war das einzige, das wirksame Heilmittel, das schließlich von allen Rednern, sowohl denen von konservativer Wesensrichtung als auch von dem extrem liberalen Professor Alfred Weber empfohlen wurde.

Die Kritik, die Professor Alfred Weber an unserm reaktionären bürokratischen Regiment übte, zeichnete sich durch eine rücksichtslose Frische aus, die an einem deutschen Professor geradezu bejauend anmutete. Aber freilich, Alfred Weber doziert ja nicht an einer preussischen Universität, wo ihm solch eheliches Draufgängertum leicht das Genick brechen könnte, sondern an einer bairischen Universität. Er lehrte zudem früher an der Universität Prag, wo der preussische Geist, der seinerzeit einen Arnos aus der akademischen Karriere heraustrrieb, trotzdem der Sozialdemokrat Arnos als Lehrer der Physik wahrhaftig keinen Umsturz anrichten konnte, ebenfalls nicht in boursischer Reinkultur gedeiht. Professor Weber, ein Bruder des bekannten Max Weber, zeichnete mit drastischen Strichen die Gefahren der Bureaukratisierung und Verphilistierung, denen durch den unersättlichen bürokratischen preussischen Geist schließlich das ganze Volk ausgesetzt ist.

Er sagte:
 „In unserer reichsdeutschen Kulturpsychologie sieht man eine Wandlung zur Pensionsberechtigung. (Heiterkeit.) Ein Blick auf das neuzeitliche Deutschland zeigt uns ein Volk, das nicht bloß in der Bourgeoisie vorhanden. Dieses Volk ist unter in den unteren Schichten. Wenn wir heute Enqueteen über die Arbeiterverhältnisse anstellen und fragen, wohin der Arbeiter strebe, erhalten wir die Antwort, daß das Kind ein pensionberechtigter Beamter werden soll. (Sehr richtig!) Da haben Sie die Gefahr der Verspöchtelung und Verphilistierung der Arbeiter vor sich! Das ist die Hauptgefahr dieses geistigen Sippentums, das jede größere Bewegung nicht vorwärts kommen läßt. Diese Papachen- und Kamachengestalten, die wir da sehen, und die charakteristischen Leuten der Aufsicht in dieser Atmosphäre glatt unmöglich machen, drohen uns auch die großen Massen zu verderben, aus denen heraus wir zu neuen großen Kulturmöglichkeiten gelangen wollen. (Lebhafter Beifall und Anrufe.) Der charaktervolle Mann kommt gar nicht vorwärts, weil die Bureaukratie ihn nicht herankommen läßt. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir müssen deshalb eine absolute, scharfe Trennung des parteipolitischen Apparates und des bürokratischen Apparates verlangen, vielleicht durch die Einsetzung von Anstellungsämtern. Diese Ämter würden das Prinzip der Trennung von Politik und Bureaukratie statuieren. Es würden sich ganz andere Menschen anbieten, wenn sie wüßten, daß sie nicht Gewinnsummen zu treiben brauchen, um vorwärts zu kommen. Das Koalitionsrecht und die Arbeiteranschlüsse sind gewiß sehr schön. Aber als rein formale Faktoren haben sie keine allzu große Bedeutung. Ich meine, wir müßten jede agitatorische Aufstellung der Massen, auch wenn die Form nicht gefällt, billigen. (Beifall und Anrufe.) Dieses Mittel ist das einzige Gegengewicht gegen die Gefahr der Verdummung und Vergiftung von der anderen Seite. (Lachen.) Lachen Sie nur, das habe ich nicht anders erwartet. Wir müssen auch anerkennen, daß Streiks notwendig sind, weil sie kulturell notwendig sind. Auch die Angehörigen müssen streiken dürfen und schließlich kann auch ein Beamter streiken unter Umständen, was für die Kultur notwendig ist. (Widerspruch.) Ich gratuliere den Franzosen dazu, daß der ganze bürokratische Apparat nicht instand war, das Temperament, das sie besitzen, zu zerbrechen. (Beifall.) Bei uns würde man ein solches Temperament kaum mit der Lupe finden. (Sehr richtig!) Und deshalb ist es um so notwendiger, daß wir die Arbeiterangelegenheiten als notwendige Begleiterscheinungen der Ausdehnung der Bureaukratisierung unseres Volkes hinhinnehmen. (Lebhafter Beifall und Anrufe.)“

Da nach dieser temperamentvollen Anklage ein preussischer Ministerialdirektor zu Worte kam, ver-

stand es sich von selbst, daß dieser Redner, Dr. v. Thiel, der Direktor für Verwaltung der Domänen, sich bemühte, eine gehörige Portion Wasser in den Wein seines Vorredners zu gießen. Erzellenz v. Thiel leistete sich sogar den Hieb, daß Webers Rede beweise, wie man vom Sozialismus zum Individualismus und schließlich zum Anarchismus kommen könne. Eine politische Etikettierung Webers, die übrigens keine allzu schlimme Wirkung haben dürfte. Denn das Bekenntnis zum Anarchismus wird einem deutschen Professor sicherlich zehnmal eher verziehen, als das zur Sozialdemokratie nicht vollkommen sei. Die Bureaukratie hat nach ihm sogar ihre entschiedenen Nachteile. Aber er findet sie doch noch toleranter als den Privatkapitalismus: „Wenn Professor Weber bei Stinnes beschäftigt wäre, und eine solche Rede gehalten hätte, er sähe morgen vor der Tür.“ Er wolle gewiß nicht verkennen, daß auf dem Gebiete der Bureaukratisierung Gefahren für die individuelle Freiheit lägen. Aber gegen diese Gefahren könne Abhilfe geschaffen werden auf politischem Gebiete: „Sorgen Sie“, so rief der preussische Ministerialdirektor der Generalversammlung zu, „für ein ordentliches Wahlrecht zu den Landtagen und zu den Kommunen, dann haben wir die Garantien, um der Bureaukratie entgegenzutreten.“

Herr v. Thiel wies im übrigen an einer Reihe von Beispielen nach, wie notwendig und rationell es sei, immer mehr Produktionszweige zu kommunalisieren. Er pries die Stadt Berlin als Großgrundbesitzer; er empfahl, eine städtische Milchversorgung zu organisieren. Besonders auch die Kommunalisierung der Apotheken rechnete er zu den Aufgaben einer rationalen Kommunalverwaltung. Woraus zu ersehen ist, daß auch für diesen preussischen Ministerialdirektor die unausgesetzte Propaganda sozialdemokratischer Gedanken nicht ganz vergebens gewesen ist! Auf der anderen Seite freilich glaubte sich Herr v. Thiel gegen das Postulat des Professors Weber wenden zu müssen, auch den Staatsbeamten das Streikrecht zuzugestehen. Für die Beamten, auch die der Kommune, müsse das Streikrecht ausgeschlossen sein. Aber wenn auch Ministerialdirektor v. Thiel den Streik im allgemeinen als durchaus „unsoziale Waffe“ bezeichnete, die in seine sozialen Anschauungen gar nicht hineinpaße, so ging er doch nicht so weit, den im Gemeindebetriebe beschäftigten Arbeitern das Streikrecht aberkennen zu wollen: „Daß eine Fabrik sechs Wochen stehen bleibt oder ob eine Straße sechs Wochen nicht gefegt wird, kann man ertragen, wenn aber die Post und die Straßenbahn stehen bleibt, so entstehen unberechenbare Schäden.“ Herr v. Thiel verkennet dabei nur, daß es ja in der Hand einer vernünftigen Verwaltung selbst liegt, die Gefahr solcher der Gemeindefürsorge schädigenden Streiks dadurch auszuschalten, daß sie rechtzeitig den berechtigten Forderungen der betreffenden Arbeiterschaft Rechnung trägt. Denn nur auf Verweigerung solcher Forderungen hin, die auch der Allgemeinheit der Bevölkerung als berechtigt erscheinen, könnten es die betreffenden Staats- oder Kommunalarbeiter ja auf einen Streik ankommen lassen, da der Ausgang dieses Kampfes ja wesentlich davon abhängt, ob die öffentliche Meinung auf ihrer Seite steht. Immerhin gehört dieser Ministerialdirektor nicht zu den rückständigsten Elementen der preussischen Regierung, sofern wenigstens seine Bekenntnisse nicht als rein platonische aufzufassen sind. Jedenfalls aber wird sich die Sozialdemokratie mit Vergnügen bei ihrem Kampfe um ein demokratisches Wahlrecht auf die Parole der Erzellenz v. Thiel berufen:

Sorgen Sie für ein ordentliches Wahlrecht!

Auch Professor Adolf Wagner, der übrigens erklärte, daß ihm das Temperament Webers eine hohe persönliche Genugung bereite, polemisierte gegen die scharfen Anklagen des Heidelberger Professors. Er machte sich dabei die Sache einigermaßen leicht. Wie Herr v. Thiel berief er sich auf den Absolutismus der privaten Industriegewaltigen, speziell des Freiherrn v. Stumm, um den reaktionären Geist unserer Bureaukratie solchen Herrenmenschen gegenüber in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Auch bewies er weitläufig, was Professor Weber die Zurechnung größerer sozialpolitischer Aufgaben an Staat und Kommune die Armee der Staats- und Gemeindebeamten naturgemäß immer mehr anschwellen lassen müsse. Auch ein Weibel-Viehnächtiger Sozialismus bedürfe eines Beamtenapparates, gegen den sogar unsere heutige Bureaukratie eine Kleinigkeit wäre. Auf einen Jurus des Professors Weber: „Ich verlange Garantien“, entgegnete der persönlich wohlmeinende und ehrenhafte konservative Sozialpolitiker mit dem deplacierten Jubel: „Ach, Garantien! Sie sehen ja an der heutigen Sozialdemokratie, wie die revisionistischen Bestrebungen der Bernstein und Schippel in Akt und Mann getan werden, wie es nirgends bisher in der Kirche geschah. Ist das Freiheit, die wir da sehen?“ Auch ein preussischer Professor sollte, zumal wenn er den in mancher Beziehung auch wirklich verdienten Ruf eines Adolf Wagner genießt, doch wohl den Unterschied zwischen einer Partei und dem Staate zu begreifen vermögen. Eine Partei ist eine Organisation von Gleichgesinnten, die gegenüber dem Staate

ganz bestimmte Ziele durchzusetzen sucht. Eine Partei wird ohnmächtig, wird zum Stindergepöhl in dem Augenblick, wo sie heterogene Elemente umfaßt, wo unter ihren Mitgliedern tief wurzelnde Streitigkeiten entstehen über die von der Partei zu verfolgenden Zwecke. So höhnt man jetzt, und nicht nur innerhalb der Sozialdemokratie, über die Nationalliberalen, die gegenüber den Oriola und Seyl von Herrnsheim keine klare Stellung zu nehmen wußten, sondern agrarische und industrielle Tendenzen nebeneinander herlaufen lassen wollen. Eine Partei beruht auf dem freiwilligen Zusammenschluß von Politikern, die in prinzipieller und taktischer Meinung einer Auffassung sind; der Staat dagegen ist eine Zwangsorganisation, er umfaßt alle Staatsbürger, er muß alle Parteien umschließen und infolgedessen weitgehendste Toleranz üben und auch die Rechte der kleinsten Minorität respektieren. Daß danach die Pflichten des Staates nicht die der Partei sein können, sollte von Rechts wegen auch den geistigen Horizont eines Mannes wie Adolf Wagner nicht übersteigen!

Was Adolf Wagner über die Schäden des Kapitalismus äußerte, wo er sich ohne wirkliche demokratische Kontrolle rücksichtslos auszuleben vermag, wie z. B. in Amerika (wo zwar der Form nach das politische System demokratisch ist, aber infolge der Jugend des Staatslebens und der allmächtigen Korruptionsmöglichkeiten der herrschenden Klassen in Wirklichkeit nichts ist als das Herrbild einer wirklichen Demokratie), ist sicherlich richtig; aber darum hatte Professor Weber doch durchaus recht, wenn er den reaktionären Charakter unserer verknöcherten und vom Junkertum und dem ihm verbündeten Großkapital völlig beherrschten Bureaukratie brandmarkte. Der Einsicht vergeschlossen ist auch Professor Weber nicht, daß Vergemeindlichung und Verstaatlichung von Betrieben eine größere Zahl von Staatsbeamten und Staatsarbeitern erheische. Um der dadurch gegebenen Gefahr der Bureaukratisierung zu begegnen, forderte er ja gerade eine größere Rekrutierung des persönlichen Rechts der Beamten und Arbeiter, das Koalitions- und Streikrecht, demokratische Institutionen und das Recht der agitatorischen Aufrüttelung der Massen! Und diese Ansichten waren keineswegs anarchitisch, sondern durchaus demokratisch! Denn jede Bureaukratie, die nicht ihre Grenzen und ihre Kontrolle findet in der weitestgehenden Demokratie, in dem weitestgehenden Rechte der öffentlichen Kritik, bedeutet eine schwere Gefahr. Daran trank ja gerade der professorale Staatssozialismus Adolf Wagners, daß er sich diesen Staatssozialismus als ein patriarchales Gebilde vorstellte, das er trotz aller bitteren Lehren und Enttäuschungen sich an den Wahn festklammert, daß die herrschenden Klassen die Ueberbrücke der Staats- und Gemeindebetriebe zum Wohle der Volksmehrheit verwenden würden, während die Verstaatlichung der Betriebe nur dann zum Nutzen der Gesamtheit auszufallen vermag, wenn das Volk selbst durch ein demokratisches Kommunal- und Staatswahlrecht die Herrschaft über die Verwaltung auszuüben vermag!

Dieser Einsicht vermochte sich sogar der preussische Ministerialdirektor von Thiel nicht zu verschließen. Sogar er mußte anerkennen, daß Garantien notwendig sind, um der Bureaukratie, diesem Produkte und Werkzeug unserer herrschenden Klasse, entgegenzutreten. Sogar er gestand ein, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden müsse, und zwar auf politischem Boden. Alle vorwärtstrebenden Elemente, vor allen Dingen aber die nicht-besitzenden Schichten können die Parole der preussischen Erzellenz nur zu der ihrigen machen.

Sorgen Sie für ein ordentliches Wahlrecht!

Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

Wien, den 29. September 1909.
 Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik sprach in der fortgesetzten Debatte Redakteur Dittmer von Berlin von der „Gewerkschaft“ im Sinne der Ausführungen des Kollegen Robb, daß die Kommunen als Arbeitgeber die Arbeiter schlechter entlohnten und rechtloser behandelten als die Arbeiter der Staatsindustrie. Es bestehe kein prinzipieller Unterschied zwischen dem ersten Beamten der Kommune und dem letzten Arbeiter, deshalb sollte man allen kommunalen Angestellten gleiche Rechte gewähren. Mehr Arbeiter Gehalt, mehr soziale Einrichtungen für die Gemeindebetriebe! (Beifall.) Prof. Max Weber, Heidelberg: Was Geheimrat Wagner sagte, habe ich nur mit Stöhnen gehört. Er sagte, die Ueberbrücke aus den Staatsbetrieben kämen den unbemittelten Massen zugute. Ich nahm bisher an, daß sie aus den Taschen der unbemittelten Kreise stammten! Mein Bruder ist bestürzt von den unausförmigen Vordrängen des Bureaukratismus, und gegen dieses Vordringen hat er sich gewendet. Der Bureaukratismus ist eine Maschine, und die Frage, die wir hier aufwerfen müssen, ist die: Wie entziehen wir dieser Maschine, um den Menschen zu befreien von dem Teilmenschen, von dem Halbmenschen, das diese Maschine unausbleiblich zur Folge haben muß? Professor Wagner sagte, die Staats- und Kommunalbetriebe würden auch auf den Geist des Staates und der Gemeinden insoweit günstig einwirken, als sie Staat und Gemeinde mit sozialpolitischem Geiste erfüllen würden. Ich bin gerade entgegengesetzter Meinung. Wenn wir mehr kommunale und Staatsbetriebe schaffen, dann erfüllen wir die Gesetzmäßigkeit mit dem Arbeitbergedanken. Die Angehörigen des Staates und der Gemeinden werden dann päpstlicher sein

als der Papst, die Vorarbeiter und Vorgesetzten werden keine soziale Gesinnung haben, sondern sie werden dann erst recht die Arbeitergebergewinnung herausheben. (Sehr richtig.) Ich erinnere nur an die fiskalischen Mangelgruben des Saarreviers. Dort herrschen die tollsten Zustände, viel tollere Zustände, als in den Privatloshengruben. (Widerspruch und Zustimmung.) Prof. Wagner hat die Vorgänge des deutschen Beamtentums gezeichnet. Nun, wer ist denn in der Welt vorwärts gekommen. Deutschland mit seinem moralisch so hoch stehenden Beamtentum oder die demokratischen Länder mit ihren korrupten Beamten? Ich meine, die demokratischen Länder mit diesen bestochenen Beamten haben mehr geleistet als wir mit unserer vielen Moralität. Ich kann deshalb vor der Hand an der Unabtreiflichkeit des deutschen Beamtentums noch nicht glauben. (Lebhafte Beifall.)

Gemeinderat Reumann - Wien: Wir Sozialdemokraten sind von jeher für Verstaatlichung und Verstaatlichung eingetreten. Aber auch wir verlangen, daß als Vorbedingung für diese Verstaatlichung und Verstaatlichung gehen muß die Demokratisierung der gesamten öffentlichen Einrichtungen. Wir müssen die öffentlichen Betriebe kontrollieren können durch die Parlamente und Gemeindevorstellungen, die auf Grund des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zusammengestellt sind. Deshalb gilt für uns der Satz: Nur Kommunalisierung mit vorheriger Demokratisierung und keine Demokratisierung ohne folgende Kommunalisierung!

Prof. von Schulze-Gevernig - Freiburg i. Br.: Wir müssen Professor Alfred Weber dankbar sein, daß er die Debatte auf eine grundsätzliche Höhe gehoben hat. Er hat der Frage der modernen Menschen Ausdruck gegeben über die turmhohen Laster, mit denen die Bureaucratie heute die Menschheit fast zu erdrücken droht. Er hat uns aber keinen Ausweg angegeben können, er hat uns vor ein Nichts gestellt. Das war der Fehler seiner Ausführungen. Ich meine, es liegt auch viel an der Erziehung eines Volkes. In England sind die Zustände viel besser als bei uns, und das liegt daran, daß der englische Kapitalist eine viel bessere Vorbildung erhält als der deutsche Kapitalist. Prof. Redlich - Wien: Wir sind alle prinzipiell für die Verstaatlichung als einen Fortschritt, aber es gibt bei uns Meinungsverschiedenheiten über das wann und wie. Prof. Weber beklagte die Gefahr, daß die moderne Menschheit der Hyperbureaucratie nahe käme. Dagegen muß ich einwenden, daß die Bureaucratie keine typische Notwendigkeit für alle Staaten ist, sondern daß es so viele Bureaucratien gibt, als es Staaten gibt. Bureaucratie und Gemeindegewalt dürfen nicht in einem Urteil zusammengebracht werden. Zwischen uns in Oesterreich und Ihnen in Deutschland bestehen gewaltige Unterschiede. Die österreichischen Gemeinden sind Verwaltungsdemokratien, an deren Spitze ein frei gewählter Bürgermeister steht, während bei Ihnen in Deutschland der Bürgermeister der Untergebene des höheren Verwaltungsbeamten ist. (Widerspruch.)

Sorgen Sie für ein vernünftiges Wahlrecht zum preußischen Landtag

und Sie werden damit die Gefahr der Bureaucratie beseitigt haben. (Lebhafte Beifall.)

Prof. Alfred Weber - Heidelberg: Ich bin mir über die sozialpolitischen und technischen Vorteile der Kommunalisierung durchaus klar. Ich erkenne auch nicht die fiskalischen Vorteile. Die Bureaucratie hat uns organisiert, vielleicht stehen deshalb gerade die älteren Generationen der Bureaucratie anders gegenüber als wir jüngeren. Ich bin auch weit davon entfernt, die persönlichen Qualitäten der Bureaucraten als Beamten irgendwie anzusehen zu wollen. Die private Bureaucratie, sagt Geheimrat Wagner, ist viel schlimmer als die öffentliche. Er verties auf Amerika und Freireich von Stumm. Sprechen wir aber nicht alle mit der größten Entrüstung von der Korruption der amerikanischen Universitäten und mit der größten Entrüstung von Freireich von Stumm? Wenn Geheimrat Wagner sich nicht darüber entrüstet, daß hier in Wien niemand in der Gemeinde angestellt wird, der nicht eingeschoren ist auf das politische Programm der hier herrschenden Clique, dann hat er keine Berechtigung, sich über Amerika zu entrüsten.

Zum Wahlkampf.

Rebellierende Lehrer.

Wir lesen in der bürgerlichen Presse: „Die Wählung innerhalb der Berliner Lehrerschaft über die Haltung der liberalen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung bei der neuen Lehrerbeförderungsordnung dürfte bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtag deutlich zum Ausdruck kommen. Die bei der Hauptwahl ist seitens der Liberalen auch bei der diesjährigen Landtagswahl Stadtrat Dr. Weigert als Kandidat aufgestellt worden. Bei der Hauptwahl war jener bekanntlich dem Sozialdemokraten unterlegen. Nun wird jetzt von den städtischen Lehrern dieses Wahlkreises eine lebhafteste Agitation entfaltet. In einer zahlreich besuchten Lehrerversammlung wurde Weigert als Gegenkandidat gegen Dr. Weigert aufgestellt sowie die Bildung eines Wahlfonds in die Hand genommen. Die Lehrer im siebenten Landtagswahlkreis weigern sich auch, das Mandat eines Wahlmannes für Stadtrat Dr. Weigert anzunehmen, wie sie das bei der vorigen Wahl getan hatten.“

So berechtigt auch die Entrüstung der Berliner Lehrer über unseren doppelzüngigen Freisinn ist, so sehr sollten doch die Lehrer bedenken, daß sie durch Aufstellung einer aussichtslosen Sonderkandidatur weder die Interessen ihres Berufs noch die der Gesamtheit fördern können. Vielmehr sollten die Lehrer in ihrer Gesamtheit das tun, was mancher Einzelne bereits getan hat: sie sollten geschlossen für die Sozialdemokratie eintreten, die ihre Interessen ebenso energisch wahrnimmt, wie das nur ein aus dem Schulbereich hervorgegangener Abgeordneter zu tun vermöchte.

Das bayerische Budget.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten hielt gestern ihre erste Sitzung in der neuen Session ab. Finanzminister von Pfaff legte das Budget für 1910/11 sowie einen Gesetzentwurf über den Malzausschlag und über Änderungen des Gebührengesetzes vor. Der Minister erklärte den Finanzabschluß für das Rechnungsjahr 1908/07 für durchaus erfreulich. Wie er ausfällt, beträgt der Heberschlag 24 799 000 M. Dazu haben nahezu sämtliche Verwaltungszweige beigetragen. Das Jahr 1908 schließt mit einem Heberschlag von 2 381 000 M. ab, von denen 2 1/2 Millionen für Schuldentilgung zurückgestellt werden. Die Aufstellung des Budgets für 1910/11, erklärte der Minister weiter, bot ungewöhnliche Schwierigkeiten. Es waren Mittel für Mehrausgaben zu beschaffen, wie sie sich bisher noch niemals ergaben, nämlich für rund 59 Millionen Mark. Da die Steuerreform erst 1911 in Kraft tritt, bedarf es für 1910 einer zwanzigprozentigen Steuererhöhung, der Erhöhung verschiedener Gebühren und der Erhöhung des Malzausschlages. Gehaltsaufbesserungen sind ausgeschlossen. Nur die Pensionen für Witwen und Waisen sollen verbessert werden.

Bei der Eisenbahn macht sich die noch nicht völlig überwundene wirtschaftliche Depression geltend, immerhin wird die Reineinnahme drei Millionen Mark betragen.

Der Minister ging sodann die einzelnen Einnahmen durch, die mannigfache Anforderungen aufweisen, und fuhr fort: Das ordentliche Budget schließt in Einnahme und Ausgabe im ganzen mit 625 794 818 M. ab, weist also gegen das letzte Budget ein Mehr von 79 708 724 M. auf. Die Aufstellung des außerordentlichen Budgets war durch die Heberschläge von 1908/07 etwas erleichtert. Daraus werden bestritten zahlreiche große Vorhaben für die Universitäten und andere Ressorts, ferner 600 000 M. für Wohnbauten und Schürungen auf Kohle, Erz und Salz, sowie für Erwerbung von Grubenfeldern; vier Millionen für Zwecke der staatlichen Bäder, darunter Erbauung eines neuen Konversationshauses und einer großen gedeckten Wandelhalle in Rissingen; vierzehn Millionen für die Korrektur der Gebirgsflüsse. Aus allgemeinen Anleihen sollen insgesamt 51 Millionen gedeckt werden. Der Minister schloß: „Das Bild unserer Finanzlage ist kein erfreuliches, denn es zeigt die Notwendigkeit, der Staatskasse neue Einnahmequellen zu erschließen. Das Bild ist aber in keiner Weise besorgniserregend, denn auch nach der Deduktion des Mehrbedarfs kann das Maß der steuerlichen Belastung in Bayern sowohl im Vergleich zu anderen Ländern, wie im Vergleich zur Zunahme des Wohlstandes in Bayern nicht als ungünstig und nicht als die Entwicklung des Landes hemmend bezeichnet werden.“

Unsere Genossen im bayerischen Landtag haben folgende Anträge eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen:
Die Kgl. Staatsregierung sei zu ersuchen, in Rücksicht auf die hohen Preise der unentbehrlichen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel im Haushalte dem gesamten nichtstamtmäßigen Personal aller Staatsbetriebe ab 1. Januar 1910 eine tägliche Lohnzulage von 25 Pf. zu gewähren.

Die Kammer wolle beschließen:
Die Kgl. Staatsregierung sei zu ersuchen, in Rücksicht auf die hohen Preise aller Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel im Haushalte dem Beamten aller Dienstzweige des Staates, soweit sie ein Jahreseinkommen unter 3000 M. ab 1. Januar 1910 beziehen, eine Gehaltszulage im Betrage von jährlich 90 M. zu gewähren.

Die Kammer wolle beschließen:
Es sei die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen:
1. für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge erstmalig in den Etat für 1910/11 eine Summe von 150 000 M. einzusetzen. Aus diesem Betrag sollen jene Gemeinden, welche arbeitslose Arbeiter Geldunterstützungen gewähren, Zuschüsse erhalten. Diese Zuschüsse sollen in der Regel 50 Proz. der von den Gemeinden an Arbeitslose verausgabten Beträge nicht übersteigen.

2. Um der in diesem Winter voraussichtlich aufzutretenden größeren Arbeitslosigkeit zu begegnen, dafür zu sorgen, daß die auf Rechnung des Staates, in allen Ressorts, vorgesehenen Neu- und Erweiterungsbauten rechtzeitig in Angriff genommen und die hierzu erforderlichen Mittel sofort angewiesen werden; insbesondere soll der Etat der Bauverwaltung schnellstmöglich fertiggestellt werden.

3. Anordnung zu treffen, daß die auszuführenden Arbeiten nicht unter den tariflich festgelegten oder im Ausführungsort üblichen Verhältnissen bezahlt werden und
4. Die Kreis-, Distrikts- und Gemeindeverwaltungen zu veranlassen, ebenfalls für entsprechende Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

Die Kammer wolle beschließen:
Die Staatsregierung zu ersuchen, die Aufhebung des zwischen Bayern und Ausland vereinbarten Auslieferungsvertrages vom 1. Oktober 1888 sofort in die Wege zu leiten.

Die Kammer wolle beschließen:
Es sei die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, dem gegenwärtig verhandelnden Vortrag baldigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem auf Grund der §§ 58 und 59 des Reichs-erbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906 Zuschläge zu der nach den Vorschriften dieses Gesetzes veranlagten Steuer und Abgaben von den nach § 11 Nr. 4a—e dieses Gesetzes von der Erbschaftsteuer befreiten Personen erhoben werden.
Ferner brachte unsere Landtagsfraktion die folgende Interpellation ein:

1. Ist der Kgl. Staatsregierung bekannt, daß die von der Abgeordnetenkammer in der Session 1907/08 genehmigten Beschlüsse des 10. (sozialen) Ausschusses nur teilweise in durchaus ungenügender Weise zur Durchführung gelangten, und was gedenkt die Kgl. Staatsregierung zu tun, um diese Beschlüsse der Abgeordnetenkammer zu erfüllen.

2. Ist der Kgl. Staatsregierung bekannt, daß in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Werk Augsburg den technischen Beamten das Koalitionsrecht in gesetzlich unzulässiger Weise verweigert wird.

Was gedenkt die Kgl. Staatsregierung zu tun, um in Betrieben, die Staatsaufträge erhalten, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten sicher zu stellen.

3. Ist die Kgl. Staatsregierung gewillt, die baldige Verabschiedung des Gesetzentwurfes, die Aenderung des Vergesetzes betreffend, zweite Novelle, soviel als möglich zu fördern.

Vom Kampf in Schweden.

Neun Tage dauerten die Verhandlungen in Stockholm. Die Arbeitervertreter haben in dieser Zeit eifrig versucht, einen Weg zum Frieden zu bahnen. Sie wollten keine Demütigung der Unternehmer, sie forderten nur ihr Recht.

Einen scharfen Gegensatz dazu bildete das Auftreten der Unternehmer. In der schamlosesten Weise wurde die Ausgesperrten drangsaliiert. Man hat sie aus den Fabrikwohnungen auf die Straße setzen lassen, weil sie ihr Koalitionsrecht nicht preisgaben; Polizei und Justiz hat man auf die Kämpfenden und ihre Führer geschickt und geglaubt, damit ihren Widerstand brechen zu können. Vergeltung! Die erbärmliche Wüste die Schmach einer Reihe von bürgerlichen Zeitungen über die Kämpfenden hergefallen, haben sie bedroht und verhöhnt, ihre Führer verkleumdet und mit Kot beworfen. Vergebliche Bemühungen!

Die Arbeitervertreter haben schließlich der Unterhandlungskommission ein Ende gemacht. Die Gewerkschaftsvorstände erklärten, die Bedingungen der Unternehmer seien unannehmbar! Forderte man doch nicht mehr und nicht weniger als die Selbständigkeit der Arbeiterorganisation auszumergen. In solchen Punkten kann es keine Einigung geben.

So sind denn die Verhandlungen gescheitert. Darüber meldet uns eine Privatdepesche folgendes:

Stockholm, den 29. September. Die Verhandlungen sind endgültig gescheitert. Die Bedingungen der Unternehmer sind für die Arbeiter unannehmbar. Die Gewerkschaften werden den Kampf fortsetzen mit all der Kraft, die die schwedischen Arbeiter entfalten können. Hilft uns die internationale Solidarität wie bisher, so sind wir wegen des Ausganges nicht bange! Nur der Hunger wird unsere Phalanx brechen können. Wir hoffen, daß die Arbeiterbrüder in anderen Ländern nach Möglichkeit helfen werden, diesen Kampfgenossen der Unternehmer, auf den sie rechnen, zu bannen.“

Wir haben im „Vorwärts“ gleich bei Beginn der Verhandlungen die Auffassung vertreten, daß des großen Kampfes Ende damit kaum

anbrechen werde. Dazu kennen wir die Drohziele der Unternehmer zu gut, als daß wir uns von der Verhandlungskommission einschließen ließen. Die deutsche Arbeiterklasse hat daher unbesümmert um die Stockholmer Verhandlungen ihre Sammlungen für die schwedischen Brüder fortgesetzt. Was an ihnen liegt, wird zweifellos auch fernerhin geschehen, um den Kampf zu einem für die Arbeiter befriedigenden Ergebnis zu führen!

Was in Schweden zurzeit ausgefochten wird, ist der erbitterteste Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit. In einem solchen Kampfe ist die Stellung der deutschen Arbeit nicht zweifelhaft. Wir begehen keine Indiskretion, wenn wir mitteilen, daß sowohl von Deutschland aus wie von anderen Ländern den schwedischen Gewerkschaften größere Summen zur Verfügung gestellt werden. Daneben werden die allgemeinen Sammlungen fortgesetzt. Die Hoffnungen der schwedischen Kapitalisten, die Arbeiter aushungern zu können, werden daher zweifellos in der nächsten Zeit nicht erfüllt werden.

Über als 100 000 stehen nach zwei Monaten noch im Kampfe. Das ist das selbe Verhältnis, als wenn in Deutschland mehr als zwei Millionen Arbeiter ausständig resp. ausgeperrt wären. Ein Kienkampf, wie er noch in keinem Lande geführt wurde, ist es auch jetzt noch, nach dem Verlauf von zwei Monaten!

Eine jämmerliche Rolle spielt immerfort die schwedische Regierung. Ihren Vergleichsbeamten hatte sie schon früher die Freiheit in ihren Maßnahmen beschnitten. Auch die eingeleitete Verhandlung war eine Komödie. Sie entsprang nur den politischen Bedürfnissen der Regierung und der Großindustriellen, deren Geschäftsträger sie ist. Sie wollte sich vor dem Lande den Deckmantel der Friedensfreunde anziehen, nachdem ihre ungeschickliche Haltung gegenüber den Vergleichsbeamten bekannt geworden war und ihr eine politische Blamage eingetragen hatte.

Jetzt ist auch diese Maske gelüftet. Die schwedischen Großindustriellen wollen den verwickelnden Krieg weiter führen. Sie rechnen dabei auf große Extraprofite aus dem unvermeidlichen Ruin der kleineren und mittleren Industrie. Diesen Feldzug deckt die schwedische Regierung.

Diese Folgen des Kampfes werden einen weiteren Schritt zum Sozialismus bedeuten. Die Großindustriellen wollen durch ihren schamlosen Kampf, den sie angeblich nur gegen die nicht vorhandenen Forderungen der Arbeiter führen, die kleineren und mittleren Industrie ruinieren, die Konzentration des Kapitals durch Zwangsmassregeln beschleunigen. Die Klein- und Mittelbetriebe sollen verschwinden, das Großkapital allein Herr der Ausbeutung der schwedischen Arbeit sein. So betreibt der Großkapitalismus seine Geschäfte. In diesem Vorhaben hilft ihm der Staat.

Aber die Konzentration des Kapitals kann nicht das Ende der Entwicklung sein! Das bedeutet die Herren nicht, die jetzt den Großindustriellen Eisferndienste leisten. Mag auch die schwedische Arbeiterklasse in diesem Kampfe schwere Opfer bringen müssen, so wird sie doch dadurch entschädigt, daß der Kampf diesmal ohne ihren Willen die ökonomisch-politische Entwicklung in Schweden vielleicht um Jahrzehnte beschleunigt.

Der spionierende Zar.

W. Burzew setzt in der soeben erschienenen Nummer seiner Zeitschrift „Osloje“ die Enthüllungen über das berüchtigte „Journal des Zaren“ fort, das vom Direktor des Polizeidepartements speziell für den Zaren angefertigt und vom Minister des Innern dem Zaren unterbreitet wird. Bekanntlich besteht dieses mit der Hand geschriebene Journal aus einer Folge von Berichten, die den Zaren über alle Einzelheiten des Kampfes der Regierung gegen das Volk unterrichten. Den Hauptinhalt des Journals des Zaren bilden die Berichte seiner „getreuen Mitarbeiter“ vom Schläge Azew und Hartings, und von ihrem Standpunkte aus sind auch die wichtigsten Ereignisse der inneren und äußeren Politik dargelegt. Der Inhalt dieses Journals ist aber nicht bloß charakteristisch für das geistige und moralische Niveau der Verbrechen, die die russische Regierung, er kennzeichnet auch die Methoden, die der Zar anwendet, um diejenigen zu bekämpfen, die für die Freiheit des Volkes ihr Leben einsetzen.

Als man Alexander II. ein Verzeichnis der Personen unterbreitete, die einen russischen Emigranten in London besucht hatten, warf er es ins Feuer, weil er es als einen Schmach betrachtete, polizeiliche Demingationen zu lesen. Nikolaus II. ist weit entfernt von diesem elementaren Reuebegriff. Er ist ein Grobbarbar. Die vorliegenden Abschnitte seines Journals, die ausschließlich der russischen Emigration im Auslande in den Jahren 1897—1900 gewidmet sind, und die er familiär „mit Vergnügen“ gelesen hat, legen Zeugnis ab von den umfassenden Spionagetalents dieses erbärmlichsten und grausamsten aller Romanows.

Der Zar interessiert sich nicht bloß für den Inhalt und die Mitarbeiter der im Auslande herausgegebenen revolutionären und oppositionellen Organe und Schriften, für die Art und Weise, wie sie in Rußland eingeschmuggelt werden, für die Versammlungen der im Auslande weilenden Revolutionäre, für ihre Parteiverhältnisse, für die Stimmung der russischen studierenden Jugend im Auslande, er läßt sich auch eingehend berichten über die Konflikte und Neugruppierungen im Lager der Revolutionäre, über ihren Verkehr mit den ausländischen sozialistischen Parteien, und über die Geldmittel, die ihnen ausfließen. Da wird die seit Königsberg bekannte Aufschuldigung wiederhergestellt, daß die Vorkwärts-Buchhandlung in Berlin russische sozialdemokratische Schriften in Rußland eingeschmuggelt habe. Da wird berichtet, daß ein russischer sozialdemokratischer Verein in Amerika vom Reinertrage seines Neujahrsballes 1750 Fr. dem Genossen Plechanoff in Genf sandte, daß ein Studentenverein in Wien 25 Gulden für den „Fonds der Freien russischen Presse“ in London spendete, daß Genosse Dr. Jagermann in Amerika Sammlungen für die politischen Verbannten in Sibirien veranstaltete, daß eine Gruppe jüdischer Sozialdemokraten in New York 3000 Rubel zur Unterstützung der sozialdemokratischen Propaganda nach Rußland sandte. Auch das wird registriert, daß die Wiener jüdische Gemeinde den unbedingten jüdischen Studenten aus Rußland eine Jahresunterstützung von 600 Gulden bewilligte mit dem Hinweis, daß dieses Geld in die Hände von Sozialdemokraten geraten sei, die es zum Teil zur Propagandazwecken ausgeben hätten. Da wird ferner eingehend berichtet, welche Schritte die russischen Konstitutionalisten im Auslande unternahmen, um die beginnende politische Bewegung in Rußland auszunutzen, wer von den russischen Liberalen sich durch seinen Verkehr mit den Revolutionären kompromittiert, welche Geldmittel und Informationen den Revolutionären von ihnen ausfließen. Vor allem sind es aber die Briefe einzelner, der Regierung als gefährlich erscheinender Emigranten, die das Interesse des Zaren erwecken. In den Berichten an den Zaren sind folgende „auf dem Wege der Geheimagentur“, d. h. durch Durchleuchtung oder Diebstahl erlangte Abschriften von Briefen enthalten: 1. Brief von Feliz Wolchowski an Gabriel Wafamez, Sofia; 2. Brief von Burzew an Iwan Kaschingew, Sofia; 3. Briefe von A. Lepoff, London, an Iwan Kaschingew, Sofia; 4. Brief von Stepanoff an

den bulgarischen Militärarzt Joachim Bronin. Als diese von den Spiegeln und Prokolatoren gestohlenen und abgeschriebenen Briefe hat der Zar gelesen, genau so, wie er die von seinen Reaturen überwachte private Korrespondenz Leo Tolstois und zahlreicher anderer Personen gelesen hat.

Die Agenten des Zaren erhalten auch eingehende Berichte über die Veranstaltungen der internationalen Sozialdemokratie, namentlich über solche, die zu den Ereignissen in Rußland Stellung nehmen oder an denen sich russische Sozialisten beteiligen. So enthält der Bericht pro Mai 1897 die Mitteilung, daß am 24. Mai unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Deputierten Daczynski und Kosakewicz eine von 50 000 Personen besuchte Massenversammlung in Wien stattfand, in welcher Reden gehalten wurden, die die russische Revolution verherrlichten und Geldsammlungen zugunsten der russischen Revolutionäre veranstaltet wurden. Der Bericht pro Mai 1899 enthält ein aus der deutschen bürgerlichen Presse stammendes Referat über die internationale sozialistische Konferenz in Brüssel am 27. Mai 1899, in welchem darauf hingewiesen wird, daß auch ein Russe namens Mechanoff an der Konferenz teilgenommen habe. Hierzu bemerkt der Verfasser des Berichtes melancholisch: „In den Akten des Polizeidepartements sind keinerlei Angaben über einen Mechanoff enthalten und es ist sehr wahrscheinlich, daß das nicht sein richtiger Name ist.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. September 1903.

Die Regierung schweigt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schweigt noch immer zu der ungeheuerlichen Verschuldigung, daß die Regierung über die Novemberereignisse mit Wissen und Absicht die Öffentlichkeit irregeführt habe. Je länger dies Schweigen währt, desto eher wird man das alte Wort: „Wer schweigt, scheint zuzustimmen“ auch in diesem Falle für wahr zu halten geneigt sein. Die konservative und liberale Presse wird auch zuweilen zurechtgerichtet. So erklärt heute die „Märk. Volksztg.“ neuerdings:

„Als Gewährsmann für unseren Artikel „Die Wahrheit über die Novemberereignisse“ wird in den liberalen Blättern der Regierungsrat A. D. Martin genannt. Dies ist total falsch. Verschiedene hochstehende Männer, die der Zentrumspartei nicht angehören, auch nicht katholisch sind, haben unseren Gewährsmann wiederholt eingehend informiert und alles Beweismaterial vorgelegt. Diesen war es nur um die Feststellung der Wahrheit zu tun. Wenn man nun allgemein eine neue amtliche Darstellung der Vorkommnisse fordert, so wird diese nicht gegeben werden können, da nach unseren Informationen im Auswärtigen Amte keine vollständigen Akten über das Interview mehr vorhanden sind. Des Schweigens an dieser Stelle sagt auch genug; nur wird sich der Reichstag damit nicht zufrieden geben können.“

Auch wir meinen, daß, wenn nicht früher, so sicher im Reichstag der Regierung der Mund geöffnet werden muß.

Kommunale Scharfmacherpolitik.

Die auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten Kleis ausgelegte Debatte über die Streckabrechnung des Magistrats wurde in der Sitzung der städtischen Kollegien am letzten Dienstag fortgesetzt. Wie wir schon berichtet haben, lagen zwei Anträge der sozialdemokratischen Fraktion vor. Der eine verlangte die Einsetzung einer Kommission, die die Abrechnung des Magistrats nachprüft, der andere die Wiedereinsetzung der nach dem Streik wiederbeschäftigten Arbeiter in die Rechte, die sie in Bezug auf Höhe des Lohnes, Ferien, Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen vor dem Streik durch ihr Dienstalter erworben hatten. Der Magistrat hat bekanntlich alle Arbeiter, die er nach Beendigung des Streiks wieder eingestellt hat, als Neueingestellte behandelt, die Einstellung nur nach dem Anfangslohn vorgenommen und außerdem den Arbeitern die Vergünstigungen, die sie durch ihre Dienstzeit erworben hatten, entzogen.

Nicht genug mit diesem brutalen Vorgehen, das selbst von Privatunternehmern bisher in Kiel nach verlorenen Kämpfen der Arbeiter nicht geübt worden ist, hat der Magistrat auch noch eine ganze Anzahl der Ausgesperrten und Streikenden auf die schwarze Liste gesetzt, darunter viele Familienväter, und besonders ältere Arbeiter, die heute auch nicht wieder eingestellt worden sind! Das veranlaßte nun die sozialdemokratischen Stadtverordneten, in der Sitzung am Dienstag einen weiteren Antrag einzubringen: daß bei Einstellung von Arbeitern zunächst die alten städtischen Arbeiter zu berücksichtigen sind und daß die Einstellung nach dem Dienstalter zu erfolgen habe. Unsere Genossen Rindfleisch, Martens und Adler beabsichtigten das allen guten Sitten zuwiderlaufende Vorgehen des Magistrats gegen die Arbeiter nach beendigtem Streik. Sie appellierten an das Gewissen der bürgerlichen Parteien, den Anträgen zuzustimmen. Der Appell war vergeblich — die bürgerliche Stadtverordnetenklasse schloß sich ein mit dem Magistrat in der Vergewaltigung der städtischen Arbeiter. Alle drei Anträge der Sozialdemokraten stimmte die geschlossene bürgerliche Mehrheit nieder, nur für den einen Antrag, der die Wiedereinsetzung der Arbeiter in ihre alten Rechte fordert, stimmte außer den Sozialdemokraten noch der Stadtverordnete Hermann, ein vom Hausbesitzerverein protegiertes Herr, der früher Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts war und in dem sich bei der Abstimmung doch wohl etwas das Gewissen regte. Jetzt ist es an der Reihe der Arbeiter, mit dem Magistrat und den bürgerlichen Stadtverordneten abzurechnen. Diese Abrechnung wird nicht auf sich warten lassen!

Ein Spezial-Koalitionsrecht für Beamte.

Dem preussischen Landtage soll der Entwurf eines Gesetzes, die Beamtenorganisation betreffend, zugehen. Nach diesem Entwurf soll den Beamten das Recht zugestanden werden, sich zu organisieren; doch ist diesen Organisationen jede Einwirkung auf die Öffentlichkeit zum Zweck der Abänderung bestehender Zustände verboten. Mitglieder können nur aktive Beamte sein. Die Redaktion der Beamtenfachblätter darf nur von aktiven Beamten geführt werden, die verpflichtet sind, verantwortlich zu zeichnen. Den Leitern der Organisation kann zur Wahrnehmung dieser Geschäfte Dienstleistung zugestanden werden.

Eine schroffere Verhöhnung des Gedankens der Koalitionsfreiheit ist jedenfalls noch nicht dagewesen. Wenn die Beamten sich darauf einlassen, solche Organisationen zu bilden, so werden es eben Vereine, die sich lediglich auf die Pflege der Harmoniebesetze beschränken müssen. Jede Erörterung von Forderungen verleiht doch die Absicht, bestehende Zustände zu ändern, sobald also den Beamten durchaus nicht gestattet wäre, in ihren Organisationen über eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage auch nur zu beraten, geschweige denn zu beschließen. Daß die Redaktion von Fachblättern nur aktiven Beamten übertragen werden darf, hat seinen Grund darin, daß sich die vorgesehene Behörde ein weit-

gehendes Aufsichtrecht über die Haltung der Blätter sichern will. Der Redakteur untersteht dann in seiner Eigenschaft als aktiver Beamter der Disziplinarbefugnis seiner vorgesetzten Behörde, auch für seine redaktionelle Tätigkeit.

Weder Politiker noch Literaten.

Ein freundlicher Leser macht uns darauf aufmerksam, daß „Die Welt am Montag“ in ihrer letzten Nummer sich in eine Polemik mischte, die wir mit der „Deutschen Tageszeitung“ hatten. Wir haben dem Verteilungsblatt bewiesen, daß ihm nicht einmal die herrlichsten Gedichte Freiligraths bekannt sind, und die Bemerkung gemacht: wenn das teutsche Agrarierblatt uns mal mit Zitaten aus Freiligrathschen Gedichten von 1870 käme — etwa mit der „Trompete von Gravelotte“ — dann würden wir uns besser beschlagen zeigen als die „Deutsche Tageszeitung“.

Der „Welt am Montag“ nun gelästete es, wie's scheint, hinter der „Deutschen Tageszeitung“ an Ungeschicklichkeit und literarischer Tapferkeit nicht zurückzugeben, und so leistete sich das Montagblatt denn ein „Streiflicht“: Politisch kontra Literatur. Der wertere Skribist leitete seinen Sermon mit ein paar Redensarten über die Politiker ein, die nichts von Literatur, und die Literaten, die nichts von Politik verstehen, worauf er sich selber als einen neumannschen Literaten vorstellte. Und dann meinte der Hans Dampf und Schulmeister zu können, indem er docierte: wir hätten das Freiligrathsche Gedicht fälschlich „Die Trompete von Gravelotte“ betitelt, während es sich doch „Die Trompete von Vionville“ nenne und — wir hätten gar „Die Trompete von Gravelotte“ mit dem Gedicht „Die Rösse von Gravelotte“ verwechselt!

So viel Worte, so viel Dummheiten. Das Freiligrathsche Gedicht heißt — da heißt keine Maus 'nen Faden ab —: „Die Trompete von Gravelotte“. Und wenn der Splankopf von der „Welt am Montag“ Freiligraths Gedicht durchaus mit Karl Gerolds „Die Rösse von Gravelotte“ verwechselt wil, so ist das seine Sache, qualifiziert ihn aber noch lange nicht zum literarischen Sachverständigen über andere Materien als vielleicht über die Pikanterien, mit denen sein Blatt allmorgentlich die Datsche und Lebegreife von Berlin NW. erfreut.

Vermutlich kam's dem Kritikus darauf an, zu betweisen, daß er weder Politiker noch Literat ist.

Die beleidigte Kolonialmacht.

Wegen angeblicher Beleidigung des Schutztruppen-Oberkommandos und der Schutztruppe angeklagt, hatte sich Dienstag der Reichstagsabg. Genosse Stolle vor dem Schöffengericht Wildensfelde zu verantworten. Der Grund der Anklage bildete eine Rede Stollens in einer Reichstagswählerversammlung vom 30. Dezbr. 1902, in der er die Kolonialskandale behandelte und die Reden der Vertreter der einzelnen Parteien aus dem Reichstagsbericht im Zusammenhange vortrug. — Darin erklärte die Anklagebehörde eine absichtliche Beleidigung. Das Gericht gelangte jedoch zu einer Freisprechung. Es würde Stolle der Schuß des § 198 zuzubilligen sein, denn er habe als Reichstagsabgeordneter und Kandidat ein lebhaftes Interesse gehabt, die im Reichstags vorgebrachten Mißstände seinen Wählern klarzulegen.

Aus dem Polenlager.

Die erste Polenversammlung, die seit Inkrafttreten des neuen Reichsbereinsgesetzes in Berlin stattfand und mit Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen genehmigt werden mußte, führte zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Verfalls der polnischen Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform. Als der Reichstagsabgeordnete Kulerski die Haltung der Fraktion im Reichstags verteidigte und sie als „arbeiterfreundlich“ pries, ertönten Zwischenrufe wie: „Jahre nach Hause, alter Schwindler“, „Wann steigt Du wieder mit Kappeln?“, „Sing lieber gleich: Deutschland, Deutschland über alles“.

Die Freunde Kulerskis befehlten aber die Oberhand, sie schrien jeden Redner, der gegen die Fraktion sprach, nieder. Die Redakteure der polnischen Oppositionsblätter, darunter auch „Dziennik Berlinski“, wurden als „Schmierfinken“ bezeichnet, die „nur im Trüben fischen wollten“.

Das Berliner Politische Polenkomitee hat gegen den Abg. Kulerski eine Beschwerde an die Fraktion gerichtet, weil er die Versammlung unbesugterweise einkerkerte und den Frieden unter den Berliner Polen gestört habe.

Das Blatt mit der eisernen Stirn.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ unterschlägt weiter die Erklärungen Hengsbachs und Seberings.

Genosse Hengsbach erklärte in einer Versammlung in Wilhelmstr. nach der „Arbeit u. Kultur“ erneut die ganze Geschichte, die selbstverständlich ein gerichtliches Nachspiel haben werde, für erlogen. Aus der Tatsache, daß er über neun Jahre von seiner Frau getrennt lebe, habe sich das Liebesgewebe gebildet. Zu der Reise nach der Schweiz mit einem Frauenzimmer erklärte er, daß er im August 1900 nach einer zweimaligen Operation an Blinddarmentzündung zur Erholung dorthin gegangen sei. Er habe einen Bauunternehmer als Reisebegleiter, ferner seinen 13-jährigen Sohn und eine 13 Jahre alte Tochter eines Parteigenossen mitgenommen. Letztere habe eine frühere Schulfreundin, die in Luzern lebe, besuchen wollen. Aus diesem Mädchen habe man dann in dem Briefe, der in der Handlungsgehilfenversammlung verlesen wurde, ein Frauenzimmer gemacht. Er würde nicht in einer Versammlung auftreten, wenn an der Sache etwas Wahres wäre.

In die Bresche gesprungen.

Halle und der Saalekreis stehen noch immer — bereits im vierten Monat — im Zeichen skandalöser, gesch. und verfassungswidriger amtlicher Verschleppung der Bekanntgabe des Termins der Reichstagswahl.

Inzwischen haben die bürgerlichen Parteien Herrn Reimann, einen wackelhaften Berliner Kommunalfreisinnigen, als gemeinsamen Kandidaten aufgestellt; während bereits vor Jahresfrist die Sozialdemokratie für die Kandidatur unseres Parteigenossen Kunert votierte.

Gegen die Kandidatur Reimanns war von gewissen bürgerlichen Berufsgruppen (und Parteien) energisch und wiederholt Einspruch erhoben worden. Im Zusammenhange damit beteuerte Reimann in seiner Halle'schen Jungfernsrede, daß er nicht wie ein solches Lamm der freisinnigen Parteileitung nach Halle gekommen sei, sondern erst dann, als ihm ein Herr Döhler die Kandidatur angeboten habe. In seiner fälschlich pathetischen Weihe betonte darauf Herr Wiemer, daß der Kandidat „mancherlei“ Angriffe erfahren, bevor er noch politische Arbeit geleistet habe. Reimann habe aber Dank und nicht bürgerliche Angriffe verdient, weil er — der Aufforderung Halle'scher Parteiführer folgend — todesmutig den Sprung in die Bresche riskiert habe.

Daß jedoch noch andere Ursachen zu dem „Sprung“ des modernen Marcus Curtius mitgewirkt haben, geht für uns zweifellos aus der nachstehenden Zuschrift aus Plauen im Voigtland hervor:

Die Kandidatur des freisinnigen Stadtverordneten Reimann aus Berlin würde den liberalen Hochhauern durch den Vertreter Plauens im Reichstags, Herrn Gänther, schmählich gemacht worden sein. Das kam etwa so: Reimann betreibt in Berlin ein Tapissierwarengeschäft, Gänther ist Mitbesitzer einer Tapissierwarenfabrik und Reimann ist sein guter Freund und dito Wähler. Wirklich zum Ueberflus ist R. auch guter Stadtverordneter und streng böslich-höflich-freisinnig. Es bedurfte wohl nur weniger

Worte Gänthers, um Freund Reimann bei den Kleingeldern in der Zimmerstraße zu Berlin aufs Beste zu akkreditieren. Und man weiß, wie sich der Rudan über jeden kritischen Proklamationswuchs freut. Öffentlich bleibt Herr Reimann lediglich seinem Geschäft erhalten.“

Der Minister des Pluralrechts gestorben.

Dresden, 29. September. Der frühere Staatsminister Graf v. Hohenthal und Bergen ist heute abend gestorben. Graf Hohenthal, früher sächsischer Gesandter in Berlin, hat nur kurze Zeit das sächsische Ministerium des Innern verwaltet. Er war, nachdem sein Vorgänger v. Reich an der Aufgabe verzweifelt hatte, berufen worden, um die Wahlreform zu machen, um den grossenden Unwillen, der sich gegen das Dreiklassenrecht im sächsischen Volke aufgefammelt und sich in den Reichstagswahlen von 1903 explosiv entladen hatte, zu beschwichtigen. Den Wahlrechtsminister nannte man ihn. Als der Wahlrechtsminister, der Minister des Pluralrechts schied er aus dem Amte und jetzt aus dem Leben. —

Anarchistenprozess.

Leipzig, 29. September. Das Reichsgericht verurteilte heute den anarchischen Redakteur Hermann Reeh aus Berlin wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuchs (Aufzuredung zum Ungehorsam gegen die Geweche) beängend durch vier Artikel zu einem Jahre Gefängnis. Drei Monate Unterzuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Die Anklage lautete auf Hochverrat. Das Landgericht I Berlin hatte ihn in den vier Artikeln erwidert und sich deshalb für unzuständig zur Aburteilung des Sünders erklärt. Vor dem Reichsgericht stimmte der Rechtsanwalt der Berliner Richter zu; er beantragte 1/2 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust gegen Reeh. Das Reichsgericht verneinte die Anklage wegen Hochverrat, verurteilte indes den Angeklagten auf Grund eines anderen Klauselparagrafen des Strafgesetzbuchs zu der oben gemeldeten außerordentlich hohen Strafe.

Oesterreich.

Der Generalfreik in Trient.

Trient, 27. Sept. (Og. Ber.) Der Generalfreik hat heute früh mit imponierender Macht eingeseht. Alle Arbeiter haben die Arbeit eingestellt, selbstverständlich auch die Buchdrucker, die Elektricitäts- und die Gasarbeiter. Zum Reichen des Protestes haben auch die Geschäftseute ihre Läden gesperrt und auch die Zeitungsherausgeber haben sich der Protestkundgebung angeschlossen. Vormittags veranstalteten die Arbeiter einen Demonstrationsumzug durch die Stadt, wobei Abgeordneter Avancini eine Ansprache hielt, in der er die Arbeiter anforderte, die Kundgebung würdig zu beschließen und sich durch nichts provozieren zu lassen.

Rußland.

Som Henkerregime.

Aus Jekaterinoslaw wird gemeldet, daß die Genossen Ritusoff, Grigoritschenko, Subarjow, Katschenko-Petrenko, Tschernakow, Waschajew, Schmilowit und Babitski, die im bekannten Prozeß wegen des Aufstandes auf der Jekaterinenbahn im Jahre 1902 zum Tode verurteilt wurden, in der Nacht vom 18. zum 19. September hingerichtet worden sind. Die genannten Genossen hatten sich geweigert, dem Beispiele der übrigen zum Tode verurteilten 24 Angeklagten zu folgen und ein Begnadigungs-gesuch an den Zaren einzureichen. Sie hielten bis zum letzten Augenblick die Fahne der Revolution hoch.

In Wilna wurden dieser Tage vier Gefangene, die im Juni einen Mordversuch aus dem Gefängnis unternommen, zum Tode verurteilt. Der Verteidiger eines der Angeklagten, Genosse Drosdowitsch, hatte telegraphisch in Petersburg ersucht, die Hinrichtung zweier Verurteilten aufzuschieben. Der Generalgouverneur hatte es aber so eilig, daß die nach 24 Stunden eingetroffene Begnadigung zu spät kam. Der Generalgouverneur Horschelmann ist schon von seiner Moskauer Tätigkeit her durch seinen unerfülllichen Mordurth bekannt. —

Rumänien.

Ein Zensurstreik.

Man schreibt uns aus Bukarest: Die Generalkommission der Gewerkschaften Rumäniens schickte vor kurzem an die Gewerkschaftskommission Schwedens ein Sympathietelegramm folgenden Wortlauts: „Die organisierten rumänischen Klassenbewußten Arbeiter, welche einen langen und schweren Kampf gegen die Unterdrückungen der „liberalen“ Partei zu führen haben, senden ihre brüderlichen innigsten Grüße den Kämpfern für die Eroberung der Arbeiterfreiheit. Hoch der Streik!“

Drei Tage später erhielt die Generalkommission von der Post die Mitteilung, daß dieses Telegramm im Auftrag der liberalen Regierung konfisziert worden sei! Dieses Stillschicken ist ja nun allerdings nicht das schlimmste, das einer „liberalen“ Regierung zur Last fällt, unter der im Frühjahr 1907 Tausende von Bauern ermordet wurden, die systematisch alle tätigen Sozialdemokraten ins Ausland heft und die auf Veranlassung eines ihrer Mitglieder, das ehemals sich als Sozialdemokrat gebärdete, eine ganze Armee von Lockspitzeln unterhält. Aber dieses Stillschicken charakterisiert allerdings diesen „Liberalismus“ so treffend, daß es der empörenden Dummheit doch nicht vorzuziehen werden dürfte.

Marokko.

Die Besetzung des Guruguberges.

Melilla, 29. September. Heute vormittag 10 Uhr bemächtigten sich die zur Brigade des Generals Del Real gehörigen Truppen der Garnison Melilla des höchsten Punktes des Guruguberges und pflanzten dort die spanische Flagge auf, die von den Kriegsschiffen mit Salutschüssen begrüßt wurde.

Ein neuer Angriff der Mauren.

Madrid, 29. September. Amlich wird aus Melilla unter dem 28. d. M. gemeldet: Um 3 Uhr nachts wurde das Truppenlager bei Suf el Arba von 500 Mauren angegriffen. Da eine Anzahl Mauren bis an die Verzahnungen vorging, so entspann sich ein Handgemenge. Die Spanier erwiderten das Feuer der Feinde wegen der herrschenden Dunkelheit nur vorsichtig. Während eines unter feindlichem Feuer unternommenen Retrospektionsritches wurden ein Major, ein Sergeant und drei Soldaten getötet, ein Hauptmann, zwei Sergeanten und zwölf Soldaten verwundet. Die Feinde wurden zum Rückzug gezwungen. In den Schluchten des Guruguberges sind die Leichname von weiteren 50 gefallenen Spaniern aufgefunden worden.

Die verhöhten Diplomaten.

Paris, 29. September. Im Ministerrat gab der Minister des Auswärtigen Michon die von ihm erteilten Anweisungen zum Protest gegen die grausamen Strafen, die über die gefangenen Anhänger des Rhogi verhängt wurden, bekannt, und teilte die von Wulay Hadd auf den Schritt der Konvul in Bes gegebene Antwort mit. Die Bemühungen der politischen Agenten der Mächte hätten es nicht vermocht, vom Sultan die bestimmten Zusicherungen zu erhalten, die sie ihrem Auftrage gemäß von ihm sich geben lassen sollten.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften und die Bischöfe.

Auf der internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer, die im August 1908 in Zürich stattfand, sind bekanntlich von deutscher Seite entschiedene Worte gegen die Bischöfe gefallen, die gegen die Interkonfessionalität der Arbeiterorganisationen sind, weil sie darin eine Gefährdung des Seelenheils ihrer katholischen Schäfchen erblickten. „Was hierher und nicht weiter“ — rief der Abgeordnete Schiffer den Bischöfen zu. „Sie haben das Recht und die Pflicht, in religiösen und kirchlichen Dingen und die Wege zu weisen, aber wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt, hat der Bischof kein Recht, ein Machtwort zu sprechen.“ Und der christliche Metallarbeiterführer Wieber meinte: „Auf diesem Gebiete gilt, wenn irgendwo, die Mahnung, den Anfängen zu widerstehen. Deshalb ist es unsere Pflicht, den kirchlichen Oberen beizubringen, daß es ein Übel ist, in den wirtschaftlichen Kämpfen die katholischen Arbeiter von ihren evangelischen Genossen zu trennen.“

Diese Worte zielten nicht nur nach Deutschland, sondern auch nach Holland, wo die Bischöfe aus ihrer Abneigung gegen die Interkonfessionalität der Gewerkschaften noch viel weniger ein Hehl machen. Auf die holländischen Bischöfe hat indessen die Züricher Kundgebung der Herren Schiffer, Wieber und Genossen nicht den mindesten Eindruck gemacht, denn ein Jahr darauf, im Juli 1909, erließen sie ein Pastorale, worin sie als ihren „ernstlichen und ausdrücklichen Wunsch“ bezeichnen, „daß die ihnen unterstellten Katholiken sich vereinigen und vereinigt bleiben in katholischen Organisationen“, und zwar sollen in diesen Organisationen „die katholischen Prinzipien zu ihrem vollen Rechte kommen“. Die allgemeinen Statuten der katholischen Berufsverbände sollen der Bestätigung des Bischofs bedürfen, der auch den „geistlichen Beirat“ (Adviseur) zu ernennen hat. Dieser „geistliche Beirat“ hat „darüber zu wachen, daß keine Beschlüsse gefaßt werden, die mit der Religion und der Moral in Widerspruch stehen, für die religiösen und sittlichen Interessen der Vereinigungen und ihrer Mitglieder zu sorgen und den Frieden sowohl zwischen den Mitgliedern untereinander als auch mit anderen Vereinigungen und Ständen zu fördern.“

Das bedeutet die völlige Unterordnung der christlichen Gewerkschaften unter die kirchliche Autorität. Wie verhalten sich nun demgegenüber die Kollegen und Genossinnen der Herren Schiffer, Wieber usw. in Holland? Sie unterwerfen sich (höllisch) die härteste christliche Organisation in Holland, die bisher auf interkonfessionellem Boden stand, ist die „Unitas“, der Verband christlicher Textilarbeiter, auf dessen Bundesgenossenschaft die Christlichen in Deutschland am festesten bauen zu können glauben. Im Bezirk Twente (Oberijssel), wo die holländische Industrie ebenso wie die christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Mittelpunkt hat, sind jüngst die Vertreter der „Unitas“ mit den Vorständen katholischer Arbeitervereine zusammengekommen und haben nach langer Beratung beschlossen, daß nunmehr, nachdem die Bischöfe sich für die „nationale katholische Fachorganisation“ ausgesprochen haben, den Mitgliedern der „Unitas“ angetragen werden soll, in die katholischen Fachabteilungen einzutreten!

Die christlich-interkonfessionelle „Textilarbeiter-Zeitung“ (Deutschland) bemerkt kleinlaut, daß allem Anschein nach die holländische christliche Gewerkschaftsbewegung „in vollständig neue Bahnen eintreten“ werde. Herr Schiffer, der Führer der christlichen Textilarbeiter, findet nicht mehr wie in Zürich scharfe Worte der Abweisung gegenüber der bischöflichen Annäherung, er begnügt sich, der „Unitas“ vorzugeben, daß sie als Mitglied der internationalen Textilarbeitervereinigung doch wohl gut getan hätte, vorher eine Aussprache mit den führenden Kollegen der internationalen Vereinigung herbeizuführen, oder ob denn nicht die Sache der „Unitas“ auch Sache der internationalen Textilarbeiterbewegung sei?

Die deutschen christlichen Gewerkschaftsführer haben Grund, kleinlaut zu sein. Wer weiß, wie bald auch für sie die Zeit kommt, wo sie sich dem bischöflichen Machtwort fügen und dem „Adviseur“, dem geistlichen Vertrauensmann des Episkopats, die Sorge darüber anvertrauen, daß in ihren Organisationen stets die „katholischen Prinzipien“ gewahrt und die Mitglieder zur Friedfertigkeit mit anderen „Ständen“ erzogen werden.

Deutsche Gewerkschaftsführer in Amerika.

Seit Compers auf seiner europäischen Studientour auch Deutschland besucht hat, ist die Frage, wie drüben die zumwandernden Arbeiter von den Gewerkschaften behandelt und aufgenommen werden, in den Vordergrund getreten. Soweit der Streit bis jetzt sich überblicken läßt, wirklich authentische Berichte aus der Union sind leider nur recht unzureichend vorhanden, scheint da allerdings verschiedenes nicht in Ordnung zu sein.

Zur Aufklärung der Frage, insbesondere wie das lithographische Gewerbe in Frage kommt, hat jetzt der Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufsgenossen einen recht glücklichen Schritt unternommen. Da Amerika als Absatz- und auch als Konkurrenzgebiet für die deutsche graphische Industrie eine große Rolle spielt, und einmal die Tarifreform, zum andern der fortwährende Hinweis der deutschen Unternehmer auf die Leistungen der amerikanischen Arbeiter eine genaue Kenntnis der dortigen Verhältnisse wünschenswert erscheinen ließ, hat der genannte Verband dafür gesorgt, daß einige deutsche Gewerkschaftsführer eine Studientour nach der Union unternahmen. Als besonderer Grund zu dieser Maßnahme kam noch hinzu, daß die amerikanischen Lithographen nach kurzer Verbindung mit der Berufsinternationale wieder absolut still geworden sind. Um auch da einmal endlich Klarheit zu schaffen, schickte die Internationale ihren Sekretär, den Genossen Otto Sillier, Zentralvorsitzender der deutschen Berufsorganisation, nach den Vereinigten Staaten. Da aber, wie schon gesagt, gerade die deutsche Organisation noch besonderes Interesse an den amerikanischen Berufsgenossen hat, delegierte sie ebenfalls ein Mitglied ihres Hauptvorstandes, es ist der Genosse Hermann Müller, der im Zentralarbeitersekretariat als Sekretär beschäftigt ist und als Lithograph die Berufsverhältnisse ebenfalls kennt. Die österreichische Brudervereinigung delegierte dann ebenfalls ihren ersten Vorsitzenden. Die Studientour der drei genannten Genossen ist jetzt nahezu beendet, sie werden in aller nächster Zeit wieder in Europa eintreffen. Sicher wird ihre Monate umfassende Informationsreise wichtiges Material zusammengebracht haben. Einmal wird ein klarer Blick über das größte Absatzgebiet der deutschen lithographischen Industrie geschaffen worden sein, und dies ist gerade jetzt, wo die Tarifreform durchgeführt worden ist, von besonderer Bedeutung. Des weiteren werden die deutschen Kollegen über die Arbeitsverhältnisse ihrer amerikanischen Kollegen besser unterrichtet werden. Daneben wird noch manche der anderen, in der letzten Zeit aufgetauchten Fragen, einiges Tatsachenmaterial zu ihrer Beantwortung finden. Wie sich die amerikanischen Arbeiter zu den Eingewanderten stellen, wie sie organisiert sind, wie die Möglichkeiten der Ausnahme von Ausländern in die amerikanischen Gewerkschaften aussehen, und so manches andere wird dann besser beantwortet werden können. Und als besonderes kommt noch hinzu, daß die so schnell unterbrochene Verbindung der lithographischen Internationale mit dem

Rande der Streifen und Sterne seine Aufklärung finden wird, vielleicht sind sogar Möglichkeiten neuer Anknüpfungen schon wieder gegeben.

Sicher wird durch diese Studientour, die doch immerhin nur beschränkte Zeit zur Verfügung hatte, nicht über alle Fragen und Angelegenheiten Auskunft geben; aber es ist mit dieser Informationsreise doch ein erster Schritt getan, um führende deutsche Gewerkschaftsgenossen mit amerikanischen Verhältnissen vertraut zu machen, und diese Erweiterung der Kenntnisse ist von größter Bedeutung.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Schubert (Schuhfabrik), Elisabethstraße, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen fortwährender Entlassungen und Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt. Zentralverband der Schuhmacher (Ortsverwaltung Berlin).

Deutsches Reich.

Eine neue Lohnbewegung der Binnenschiffer auf der Elbe.

Ende August wurde mit dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt ein Tarif vereinbart. Jetzt nun wird der Verband der Hafenarbeiter eine Nachlese halten. Er wendet sich an diejenigen Firmen, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, um sie zur Anerkennung des Tarifs zu veranlassen. Unter ihnen befinden sich Unternehmer, die einen ansehnlichen Schiffsparkei eigen nennen. Doch sie verhalten sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend. Die Organisation hat daher beschlossen, die Unternehmer durch Arbeitsentziehung zu zwingen, dieselben Forderungen anzuerkennen, die mit den anderen Unternehmern abgeschlossen worden sind. Vorläufig sind es 12 Firmen, bei denen die Arbeit am 15. Oktober eingestellt werden wird. Die Kündigung erfolgt am 1. Oktober durch die Organisationsleitung, die hierzu von den Deputatschaften bevollmächtigt ist. Die Firmen, bei denen die Arbeit eingestellt wird, sind folgende: Pure Del Compagnie, Hamburg; Dümling, Schönebeck; Wienide, Tangermünde; A. Vogel, Hamburg; Schwarzkopf u. Co., Magdeburg; W. Gerloff, Westerbüchen; Wüchle, Dessau; Deutsche Petroleum-Verkaufsgesellschaft, Hamburg; Frähdorf, Hamburg; Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft, Hamburg; Albert Lädde, Magdeburg; Neubert, Riesa.

Diese zwölf Firmen sollen die ersten sein; es werden dann — je nach Lage der Verhältnisse — auch die anderen Firmen an die Reihe kommen, denn es ist beschlossene Sache, daß alle Unternehmer veranlaßt werden sollen, die neuen Bedingungen anzuerkennen. Die Situation ist für die Schiffer die denkbar günstigste. Der Geschäftsgang ist — wie alljährlich im Herbst — ein sehr flotter; es herrscht allgemein Mangel an befahrenen Deputatschaften.

Die Leitung der Bewegung erfolgt durch die Zentralstelle der Sektion Binnenschiffer in Magdeburg. Außerdem können sich die Mannschaften beim Verlassen der Schiffe an folgenden Orten melden: Hamburg: bei L. Grell, Weisenbünderhof 57; Magdeburg: bei W. Schünning, Petrieförde 3 I.; Dresden: bei A. Hoffberg, Rigenbergstr. 4. pt.; Ruzsig (Böhmen): bei A. Prager, Zöpfergasse 45 I.; Berlin: bei W. C. Wöhmer, Rankow, Charlottenstraße 38.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer Streikbrecher von auswärts herbeiholen wollen, da von der Schiffmannschaft auf der Elbe und Havel, die fast völlig organisiert ist, sich solche nicht finden werden. Es wird dann gebeten, der Ortsverwaltung des Hafenarbeiterverbandes in Magdeburg, Petrieförde 3, davon Mitteilung zu machen.

Die Zigarrenfabrik E. Deten in Stettin, die eine Anzahl Filialen besitzt, will die in Bawalk befindliche Filiale gänzlich auflösen. Es ist den dort beschäftigten hundert — größtenteils unorganisierten — Arbeitern gekündigt worden.

In der Wagenfabrik Rathe u. Sohn in Halle a. S. haben am Mittwoch sämtliche Sattler die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng ferngehalten!

Lohnbewegung in der Nordhäuser Kautabakindustrie.

Die Kautabakfabrikanten der Kautabakindustrie verlangen $\frac{1}{4}$ bis 5 Pfennig pro Pfund mehr Lohn. Die Lohnforderung machte sich notwendig, nachdem die Kautabakfabrikanten dazu übergingen, die Preise für ihre Fabrikate zu erhöhen, und sich dadurch wesentliche Verschlechterungen im Lohnverhältnis einstellten. Jede Preiserhöhung des Kautabaks hat zur Folge, daß in derselben Weise, wie sich der Preis um je 10 Pf. pro Pfund erhöht, die Kautabakmache je ein Pfund mehr anzu fertigen haben. Die Preisaufschläge, die infolge der Tabaksteuererhöhung vorgenommen wurden, bewegen sich aber zwischen 40 bis 100 Pf. pro Pfund für die Konsumenten, woraus sich ergibt, daß die Kautabakmache 4—10 Stück Pfund pro Pfund oder 400—1000 Stück pro Zentner mehr anzu fertigen haben. So haben die Kautabakmache neben der Einschränkung der Arbeitszeit und dadurch bedingte größere Lohnausfälle noch durch diese Verschlechterung ihres Lohnverhältnisses einen Schaden von 2,50—3 M. pro Woche. Die Forderung der Kautabakmache, die als sehr mäßig bezeichnet werden muß, entspricht nur den Verschlechterungen, die sich durch die Einschränkung der neuen Sorten ergeben haben; sie ist deshalb nur als eine Ausgleichsforderung zu bezeichnen, durch die die früheren Lohnverhältnisse wiederhergestellt werden sollen.

Sum Kamps der Holzarbeiter in Südwest-Deutschland.

Wie schon berichtet, hat der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe sich jetzt an die Schreinerinnung in Frankfurt um Hilfe gewandt. Die Versammlung der Innung, welche am 27. d. Mts. stattfand, war gut besucht. Herr Dr. Reiner, Mannheim und Hertel, Frankfurt hatten es übernommen, die obligaten Sprech zu halten. Die Versammelten ließen dieses auch ruhig über sich ergehen. Die Innungsmeister haben sogar nach dem Willen der beiden Herren beschlossen, daß sie mit den Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes im Schreinergewerbe und ähnlichen Betrieben, sowie des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe betreffend die Tischlerzunft vollständig einverstanden sind. Sie erklärten sich bereit, den Arbeitgeberverband insoweit zu unterstützen, daß die einzelnen Mitglieder die organisierten Arbeiter ausperren, wenn nicht bis zum 1. Oktober d. J. die Frankfurter Zählstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes sich bereit erklärt, zu verhandeln. Der Vorstand der Innung wurde beauftragt, diesen Beschluß sofort dem Gesellenauschuss mitzuteilen.

Für die Resolution stimmte die Hälfte der Anwesenden. Eine Anzahl Meister stimmten dagegen, während eine große Anzahl sich an der Abstimmung nicht beteiligte. Die meisten Anwesenden betrachteten die Versammlung als eine kleine Schwächung. Das wird auch der einzige Erfolg sein. Aber es ist wenigstens einmal wieder etwas beschlossen worden, und das schlägt die Leitung der Arbeitgeber schon hoch an. Ausperren werden vielleicht noch einige Kleinrentner und damit ist dem Schlußverhandeln nicht geholfen.

Berichtigend sei noch mitgeteilt, daß in Frankfurt nicht 1041, sondern nur 104 Arbeiter von der Streikleitung veranlaßt wurden, die Arbeit niederzulegen, und zwar in solchen Betrieben, in denen ein Teil der Arbeiter ausgespart wurden.

In der Schuhfabrik von Kaufmann in Frankfurt-Oberstadt sind sämtliche Arbeiter in den Ausfall getreten.

Die Arbeiter der Petroleumraffinerie vormals August Korf & Co. in Bremen sind am Montag wegen Lohnunterschieden in den Ausfall getreten. Sie verlangten eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent. Die Direktion lehnte jedoch eine Aufbesserung im Lohnverhältnis unter Hinweis auf die schlechte Geschäftslage ab, worauf seitens der Arbeiter die Einreichung der Kündigung erfolgte. Der Ablauf der Kündigungsfrist ist von den Vertretern der Arbeiter alles

berücksichtigt worden, auf dem Wege der Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen. Selbst der Vermittlungsversuch des Richters des Bremer Gewerbegerichts scheiterte an dem Starrsinn des Direktors nach Empfangnahme des Lohnes und der Papiere haben die Arbeiter den Arbeitsplatz einmütig verlassen. Zugang ist ferngehalten.

Ein Tarifstreik wurde vor dem Gewerbegericht Erlangen am 20. September 1909 durch Urteil entschieden. Im Jahre 1908 schloß die Zählstelle des Verbandes der Brauereiarbeiter Erlangens mit zwei Brauereien gleichlautende Tarifverträge ab. Die Lohnfrage wurde durch § 5 festgelegt, der lautete:

„Der Mindestlohn beträgt für Brauer, Kälzer, Maschinenisten und Blütnner inklusive 1,50 M. Wohnungsgeschädigung und 7 M. Freizeiterlöschädigung pro Woche inklusive Sonntag im ersten Jahr 30,50 M., im zweiten Jahr 31,50 M., im dritten Jahr 32,50 M., nach weiteren zwei Jahren 33,50 M., nach weiteren zwei Jahren 34,50 M., nach weiteren drei Jahren 35,50 M.“

Bei der Beratung des Tarifs wurde § 5 dahin interpretiert, daß im zehnten Dienstjahre der Höchstlohn erreicht wird. In der Leitung der Brauerei Henninger-Reif trat ein Wechsel ein und weigerte sich die neue Direktion, eine Aufbesserung des Lohnes mit Beginn des fünften Jahres eintreten zu lassen, nachdem sie den Abzug des § 5 „nach weiteren zwei Jahren“ dahin ausgelegt wissen wollte, daß erst mit Beginn des sechsten Jahres die vierte Lohnstufe einzutreten hätte. Die Arbeiter beriefen sich auf die Direktion der zweiten Brauerei, bei der der Lohn von 33,50 M. mit Beginn des fünften Jahres bezahlt wurde.

Bei der Zeugenvernehmung gab die Direktion einen Irrtum ihrer Buchhalter an. Auch sie legte den Tarif nach Anschauung der Brauerei aus. Nun hatten die Arbeiter noch den Direktor einer dritten Brauerei vernommen lassen, mit dem der gleiche Tarif 1908, also 3 Jahre später, abgeschlossen wurde. Dieser machte auf den Tarif bei der Beratung die Notizen 1., 2., 3., 5., 7., 10. Dienstjahr. Es war klar zu entnehmen, daß so die Aufbesserung zu erfolgen hat und der Tarif auszuliegen sei. Der Brauereiarbeiter-Verband erhob nur im Namen eines Arbeiters Klage auf Bezahlung der tariflichen Zulage ab 1. April 1909 mit 1 Mark pro Woche. Die Firma stellte Präjudizialinhaltsfeststellungswiderklage (präjudizial: was vor der Hauptsache entschieden werden muß) mit dem Antrage, es möge festgestellt werden, daß der Tarif nach ihrer Anschauung auszuliegen sei; ferner beantragte sie, den Streitwert auf 500 M. festzusetzen. (Im eventuellen Verurteilung zum Landgericht einlegen zu können.) Das Gewerbegericht beurteilte die Firma zur Nachzahlung des Lohnes und wies die Widerklage ab. Es führte in der Begründung an: Nicht der Wortlaut eines Tarifes ist allein bindend für dessen Auslegung. Nach § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind Verträge so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Der allgemeine Gesichtspunkt bei Abschluß von Lohnverträgen ist der, daß zunächst die Löhne schnell, dann langsam steigen, dann eine gewisse Ruhe, bis zum Höchstlohn eingeleitet wird. Nach der Auslegung der Brauereidirektion würde die Lohnsteigerung schnell, dann langsam, dann wieder schnell dann wiederum langsam zum Höchstlohn steigend. Dies war nicht die Absicht der Vertragschließenden, was auch der Zeuge mit seinem mit der Reichsjustiz verhandelten Tarifvertrag bestätigte. Die Widerklage mußte abgewiesen werden, weil es sich nicht um das Bestehen eines Rechtsverhältnisses, sondern lediglich um die Auslegung eines solchen handelte. Zur Festsetzung eines Streitwertes von 500 M. bestand kein Anlaß, da nur die Klage eines Arbeiters zur Aburteilung stand, obwohl der eine Fall für die Firma maßgebend sein dürfte, auch ihren übrigen Arbeitern die Lohnzulage zu gewähren.

Aus der Frauenbewegung.

Freisinnige Halluzinationen.

Dienstag abend brachte die „Vossische“ und „National-Zig.“, gestern morgen die „Freisinnige“ je eine Notiz über Frauenwahl- agitation, die aus der Lügenfeder ein und desselben Herrn stammen. Es wird darin von sozialdemokratischen Sprengkolonnen berichtet, in deren Gefolgschaft sich sogar 14jährige Mädchen befanden, die einen ohrenbetäubenden Lärm anstimmten, „Hoch Hoffmann!“ und „Nieder mit den Pfaffen!“ schrien. Unter Gröhlen und Schreien hätten sie den Saal verlassen, „die Kolonne konnte nicht wirksam in Aktion treten“, da viel liberale Männer anwesend waren. Das Vaterland war gerettet.

Diese in den genannten Zeitungen wörtlich übereinstimmenden Angaben sind, wie uns berichtet wird, nicht nur maßlos übertrieben, sondern in der Hauptsache erlogen.

Als Montag abend angezählt 87 Weiblein und Männlein in den „Hohenzollernsälen“ saßen und ein sozialdemokratischer Redner so wirksam gegen den Freisinn sprach, daß die Vorsitzende wiederholt und vergebens aufforderte, es mögen sich genaue Kenner der liberalen Politik zum Worte melden, damit die Ausführungen des Gegners nicht unwiderprochen bleiben, traten gegen 11 Uhr still und bescheiden etwa 40 Arbeiterinnen in den Saal. Sie kamen von der gemeinsamen Lesestunde des Roabiter Bezirks und folgten hier mit gespannter Aufmerksamkeit der Debatte. Lächelnd schüttelten sie die Köpfe, als der Vorsitzende erklärte, ihre Interessen werden vom Freisinn (!) am besten (!!) vertreten, stimmten sie dem sozialdemokratischen Redner zu, der die Schlappe des Freisinns hervorhob und seine volkverräterische Politik scharf geißelte.

Da es bereits spät war, als eine Resolution zur Verlesung kam, die sich gegen den Landtagskandidaten Hoffmann wandte, standen sie auf, an der Türe ertönte ein „Hoch Hoffmann!“ und drauher waren sie! Kein Wort fiel weiter! — Zunächst waren die Philister starr, dann tobten einige von diesen (!) und schrien Haas! obwohl die Türe sich längst geschlossen hatte. Die 14jährigen Mädchen und der „ohrenbetäubende Lärm“, den die Arbeiterinnen anstimmten, existierte nur in dem überreizten Gehirn des kapitalistischen Soldatensoldaten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der schiffbrüchige Landtag.

Frank, 20. September. (W. Z. B.) In der heutigen Volksversammlung der deutschen Landtagsabgeordneten wurden die Vermittlungsvorschläge als unannehmbar abgelehnt. Damit sind die Verhandlungen zur Flottmachung des Landtages endgültig gescheitert.

Risiko der Arbeit.

Frankfurt a. M., 20. September. (W. Z. B.) In der Eisenbahnerlei von D. S. Friedsohn in Sachsenhausen rix heute morgen die Kette eines Aufzuges, an welchem schwere Eisenteile gehoben werden. Ein eiserner Träger stürzte herab und tötete den Anführer Geyß, während dem Schlosser Jost beide Beine zerhackt wurden. Letzterer wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Hannau, 20. September. (W. Z. B.) Am Rendsau der Kaiserin für das Eisenbahnregiment stürzten gestern infolge Gerüchelschreckes drei Arbeiter ab. Der eine wurde schwer, die anderen leichter verletzt.

Die Berliner Genossen über den Parteitag in Leipzig.

Am Dienstag hielten alle sechs sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins Generalversammlungen ab. Die Versammlungen beschäftigten sich durchweg mit der Aufstellung von Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen und mit der Entgegennahme der Berichte von der Provinzialkonferenz. Das Hauptinteresse aber beanspruchte in allen Versammlungen der Bericht vom Parteitag in Leipzig. Die Debatte über diesen Punkt verlief nirgendwo den Rahmen sachlicher Erörterung. In den meisten Versammlungen konnte sie noch an diesem Abend zu Ende geführt werden; nur einige wenige Kreise waren genötigt, die weiteren Verhandlungen wegen der vorgeschrittenen Zeit zu vertagen. Wir geben nachstehend die Einzelberichte über die Versammlungen wieder.

Erster Wahlkreis.

Zu Beginn der Versammlung wurde die Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl erledigt. Im 2. Bezirk wurde Stoltenberg und im 2. Dr. Oskar Kohn aufgestellt. Den ersten Teil des Berichts vom Parteitag gab

Wittner.

Eingangs seiner Ausführungen gab Redner einen allgemeinen Ueberblick von den Arbeiten des Kongresses, über die in ausführlicher Form im „Vorwärts“ berichtet wurde. Was die Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes anbelangt, habe der Berliner 1. Wahlkreis an erster Stelle gestanden. Koltenbahr habe in dieser Sache erklärt, Resolutionen ohne geeignete Vorschläge hätten keine Wirkung. Die Genossen sollten in Zukunft, wenn sie gute Vorschläge hätten, diese dem Parteivorstande übermitteln. Bezüglich des Schnapsboykotts müsse jeder einzelne seine Kraft einbringen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Nach Redners Meinung habe Ledebour in seinem Referat sich sehr zurückhaltend sachlich gehalten, dasselbe treffe auch auf die nachfolgende Debatte zu. Nur das scharfe Eingreifen Fischers habe unangenehm berührt. In der Reichstagsfraktion sei scheinbar doch nicht alles einig gewesen, jedenfalls sei manches nicht geklärt worden. Wie können nicht heute sagen: wir stimmen für und morgen: wir stimmen gegen die Steuern.

Redner bespricht sodann die bekannten Vorgänge bei der Abstimmung über die Resolution des 1. Berliner Kreises. Er selbst müsse aber zugeben, daß die letzten Sätze nicht sehr glücklich gefaßt waren. Leider habe ein Teil der Berliner, der vorher dafür gestimmt habe, nachher dagegen gestimmt. Auch waren einzelne Freunde der Resolution im Moment der Abstimmung nicht im Saal, so sei denn das Schmerzenskind durchgefallen.

Hierauf sprach

Wolberst:

Er müsse sagen, daß er einige Punkte anders verstehe wie sein Vordr. Ein Teil der Berliner habe jedenfalls Redners Meinung befolgt, sich tatsächlich nicht fehzulegen. Heute werden sich wohl alle Antipathien mit der Korrektur des Parteitages einberstanden erklären. Auch sei es wohl eine Täuschung Wittners, wenn er meine, die Steuerdebatte sei sachlich gewesen bis Fischers eingegriffen habe. Fischers polemisierte nur gegen den Artikel *Karl* im „Vorwärts“. Als Reichstagsabgeordneter habe Fischers sich nur gegen diesen Angriff verwehrt. Was den Konf. Fischers anbelangt, so müsse man ihm seine hoberische Abstammung zugute halten. Auch Belhel habe angeführt, daß die Situation erkläre, daß auch er für die Erbschaftsteuer gestimmt hätte. Schon Ende Juni sei dem Vorstande vom Aktionsausschuß gefaßt worden, kräftiger einzuhaken. Singer habe gesagt, daß die Fraktion auch dieser Meinung sei, aber bei der heutigen Geschäftsordnung sei eine Obstruktion erfolglos. Der Wunsch gewisser bürgerlicher Kreise, daß es bei der Hofgängeraffäre zum Bruch kommen würde, ist durch parteigenössische Aussprache erledigt worden.

Im großen und ganzen können wir mit den Ergebnissen des Parteitages zufrieden sein. Wenn man mit einem solchen Hof-

gänger am selben Tisch sitze und ihn selbst höre, so gewinne man den Eindruck, daß sie mit dem was sie taten, ehrlich der Partei zu nützen glaubten. Beim Organisationsstatut sei alles ziemlich glatt konstatieren gegangen. In der Waisener stand der Parteitag vor der Frage, was nun zu tun sei. Die Unterstufungsfrage durch Lohnablieferungszwang zu lösen, sei nicht glücklich. Bismarck habe sehr wirkungsvoll gesprochen. Wenn man die Leute höre, die die Folgen am besten verspüren, so könne man ihre Stellung verstehen. Er hoffe, daß nun endlich die Frage zur Ruhe kommen werde. In der Reichsversicherungsordnung liege die Sache so, daß nicht alle im Volke Einsicht in diese Materie gewinnen könnten. Mit der vielgerühmten kaiserlichen Votschaft hat es eine andere Bewandnis, als was davon immer erzählt werde. Die aufstrebende Industrie habe große Massen Arbeiter vom Lande in die Städte gelockt. Das habe nun nicht einmal der Kommune oder dem Staate zur Last fielen, habe man die Vorfrage getroffen, die Kosten auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Redner erläuterte noch in kurzen Zügen die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Der Vorteil sei, daß der Parteitag sich jetzt mit der Frage beschäftigt hat, wo noch Sturm gelaufen werden kann gegen die Bestimmungen, die von uns nicht gebilligt werden können. Die drei Referate seien gebiegen und inhaltreich gewesen. Zur Frage der Einführung eines Abendblattes werde wohl ein zustimmender Beschluß gefaßt werden müssen. Der jetzige Zustand sei im Hinblick auf die bürgerliche Presse unhaltbar. Auch harren unser noch riesige Aufgaben auf dem Gebiete der Organisation und Agitation; Landarbeiter, Frauen und Jugend gäben noch ein reiches Arbeitsfeld ab.

Als erster

Diskussionsredner

sprach Alex Bloch: Der Boykott des Schnapses müsse streng durchgeführt werden, in erster Linie von den organisierten Genossen. Mit den positiven Ergebnissen des Parteitages könne man zufrieden sein. Die verhältnismäßige Stimmung des Parteitages sei allerdings mehr wahltaktischen Gründen zuzuschreiben. Bezüglich Koltenbahr's Aeußerung meinte der Redner, daß ja der Parteivorstand Hunger sein müsse wie die gewöhnlichen Genossen. Aber es hätten doch Vorschläge vorgelegen, zum Beispiel hätten verschiedene Parteiblätter Anregungen gebracht, wie man einen schärferen Druck hätte ausüben können. Er sei nicht der Meinung, daß man unbedingt für die Erbschaftsteuer hätte stimmen müssen. In der Resolution 41 sei von einer Bindung keine Rede, wer lesen könnte, müsse dies auch herausfinden. Immerhin habe er nichts gegen eine Bindung. Der Freisinn sei völlig reaktionär. Er wende sich dagegen, daß der Freisinn das kleinere Uebel sei. Die Konfessionen gäben ehrlich zu, was sie wollten, der Freisinn heuchle. (Beifall.)

Parzig bedauert, daß es auf den Parteitagen immer zu gereizten Debatten komme, und gibt seiner Freude Ausdruck, daß die Hofgängeraffäre so glatt erledigt wurde. In der Waisenerfrage sollte man endlich einmal zu einem Resultat kommen. In der Erbschaftsteuer hätte die Fraktion zu einer klaren Entscheidung kommen müssen. Wir hätten bei unseren Beschlüssen Rücksicht zu nehmen auf die noch unaufgeklärten Massen. Der Schnapsboykott müsse streng durchgeführt werden.

Woldt: Bloch habe Wolberst's Ausführungen ins Gegenteil umgekehrt. Die Fraktion hat sich mit dem Aktionsausschuß ausgesprochen. Bei heute noch anderer Meinung sei, der ziele die realen Machtverhältnisse nicht genügend in Betracht. Koltenbahr habe deutlich genug erklärt, wer einen guten Rat wisse, möge ihn dem Vorstand unterbreiten. Wenn Bloch Streikdemonstrationen und Generalstreik verlange, so ist er in die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge nicht eingeweiht. Beahlich sei es mit der Resolution 41 gewesen, deren Tragweite bei der Annahme nicht erfaßt worden sei. Wir sollten uns mehr Ruhe und Ueberlegung angewöhnen und die wirklichen Machtverhältnisse genügend berücksichtigen.

Guttman polemisiert gegen Woldt. Der 1. Kreis habe ebensolche Rechte wie die anderen größeren Kreise. Die Resolution 41 sei durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse gegangen, niemand aber habe vorher eine Bindung herausgelesen. Die Resolution stand auf dem Boden unserer bisherigen Taktik. Ihre Schärfe sei herausgeboren aus dem Verhalten der Revisionisten, der Meise usw.

A. Bloch erkennt an, daß Woldt sehr sachlich gesprochen habe, polemisiert aber gegen Woldt in einigen Punkten.

Kugust kritisierte die Imitationsausgabe der „Sozialisti-

unserer Willenskraft die metallenen Uhrsiedern unseres Treibflugwerkes immer von neuem aufspannen können. Zwei Arme — zwei Füße — ein beweglicher Kopf — eine Luft einlassende und Luft ausdehnende Brust — also Ruder und Gegenruder — elastische Metall- und andere Federn — Winde, welche durch diagonale Luftzüge so gut zum Heben als die Seewinde durch Segelwinde zum Seitenbewegen helfen müssen, und mehr dergleichen, was mir jetzt nur nicht einfällt, weil ich sonst die Flugkunst ja selber hier erfunden gäbe, deren Fäden ich erst anknüpfte. — Alles dies verbindet und verbürgt sich uns für die Hoffnung, daß einmal endlich — nach umgekehrter Rangordnung — aus dem geistigen Steigen und Fliegen des Menschen ein körperliches Entschicken und den Geistern die Weiber nachfliegen werden.“

Theater.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus „Hinrich Lornsen“, bürgerliches Trauerspiel in drei Aufzügen von Erich Schlichter. — Schlichter's Tragödie, die schon vor einem Jahrzehnt mit wenig Erfolg in Berlin über die Bühne ging, hat in der Direktion des Schauspielhauses einen Erwecker zu neuem Leben gefunden. Aber auch diesmal wird ihr Schicksal voraussichtlich wieder kurzlebigkeit sein. Es steht in dem Stück zu viel jugendliche Unausgegorenheit, zu viel Unfertigkeit im dichterischen und bühnentechnischen Sinne, als daß es irgendwie zünden oder paden könnte. Die Dialoge sind zu langatmig, die Kraftworte, die nicht gerade häßlich geformt sind, zu abgebleicht, zu schablonenhaft. Der Witwe Lornsen, die durch ihre früheren Beziehungen zum Schiffredner Sievert ihren Mann erst zum Tode und dann in den Tod getrieben, erstet in ihrem Sohn Hinrich ein harter und unbarmherziger Ankläger. Jahrelang gingen die beiden nebeneinander her: er mit dem wilden Haß seiner heißen Jugend, — sie mit dem lauernden Instinkt, daß ihr von ihm aus, der seinen Lehrerberuf ausgegeben und Schriftsteller geworden, Gefahr drohe. Ein Sturmabend bringt die Entscheidung zwischen Mutter und Sohn: die große Auseinandersetzung. Er bringt zugleich auch die Katastrophe: den Tod der Mutter. So weit das eigentliche Drama in der Schlichter'schen Tragödie. Was folgt — ein langer, gequälter dritter Akt — sind Tiraden von Schuld und Sühne, Kampf und Wunden. Auch ein stilles Bild geht nebenbei noch in Scherben: die Liebe Anna Damsens, die in Freud und Leid unentwegt ausgehalten und nun von dem jugendlichen Draufgänger rücksichtslos zur Seite gestoßen wird.

Die Darsteller waren in jeder Weise bemüht, den Personen des Dramas Leben und Glaubwürdigkeit einzufhauchen. Das gelang vielleicht einigermaßen bei der Rolle des vom Autor gut gegebenen Vektors Dertzen, den Franz Cornelius gab, und bei der des von Emil Kameau dargestellten alten Lehrers Hansen. Die Kunst der anderen Schauspieler scheiterte jedoch an der Unmöglichkeit der dichterischen Figuren. Wohl setzte Agnes Werner-Wagner ihr ganzes, reiches Können ein, die Witwe Lornsen plastisch herauszubringen; aber auch ihr blieb es verfaßt, aus dieser Hauptfigur des Stückes mehr als ein altes, feindendes, atemnotgeplagtes Weib zu machen. Ähnlich erging es Rudolf Werner in der Titelrolle. Alle Jugendliebe und aller zukunftsstöße Wagemut, mit denen er seinen Hinrich Lornsen ausstattete, vermochten nicht die geschraubte

schen Monatshefte“ durch die Leipziger Genossen, und hofft, daß so etwas nicht wieder gemacht wird.

Die Resolution wurde im ersten Kreis angenommen, als die Versammlung schon ermüdet war.

Woldt greift noch einmal in die Debatte ein und wendet sich gegen Bloch. Die Stimmung sei damals eben nicht so gewesen, daß man hätte außerordentlich künstliche Mittel anwenden können. Wenn Partei und Gewerkschaft geschlossen zusammenstehen, müssen wir auch vorwärts kommen.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung, die im großen Saale der Brauerei tagte, beschäftigte sich zunächst mit der Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl im fünften und achten Wahlbezirk. Im fünften Bezirk, wo Genosse Werner die Kandidatur nicht wieder angenommen hat, wurde Genosse Max Brunwald, im achten der bisherige Vertreter Genosse Dupont als Kandidat vorgeschlagen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit diesen Vorschlägen einverstanden. Der Vorsitzende Genosse Schwemke forderte dann zu eifriger Beteiligung an den Arbeiten für die Wahlbewegung auf.

Den Bericht vom Parteitag gaben die Genossen Frihe und Staeger; der dritte Delegierte, Genosse Schrader, ist erkrankt, so daß er nicht an der Versammlung teilnehmen konnte.

Genosse Frihe

führte aus, daß der Parteitag gute Arbeit geleistet habe und seine Tätigkeit nicht besser einleiten konnte als durch die Bewilligung jener zweiten Unterstützungssumme von 30000 M. für die kämpfende Arbeiterschaft Schwedens. Der Redner sprach sodann über einige der wichtigsten Punkte aus den Berichten des Parteivorstandes und der Fraktion wie den damit zusammenhängenden Debatten und Beschlüssen. Er und seine Mitdelegierten seien erstaunt gewesen, als die erst angenommene Resolution 41 am 2. Tag von neuem zur Abstimmung gebracht und dann abgelehnt wurde. Jedoch sei später ja die Situation durch die einstimmige Annahme der Resolution Dittmann wieder geklärt worden. Ferner hob der Redner hervor, wie die Erledigung der württembergischen Angelegenheit der sensationslüsternen bürgerlichen Presse arge Enttäuschung bereite, machte auf die große Bedeutung des Populärbeschlusses gegen den Schnaps aufmerksam und forderte schließlich die Versammlung auf, sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden zu erklären. Jeder Genosse möge nun im Sinne dieser Beschlüsse für die Organisation und die Ziele der Partei mit erneuertem Eifer unermüdetlich tätig sein.

Genosse Staeger

berichtete namentlich über das neue Organisationsstatut sowie über die Waisenerfrage. Er sprach zunächst die Erwartung aus, daß der dem Bildungsausschuß überwiesene Antrag auf bessere Ausgestaltung der Zeitschrift den gewünschten Erfolg haben möge, und ferner, daß Rechtskommission und Parteivorstand dahin kommen würden, dem Verlangen nach einer Abendausgabe des „Vorwärts“ Rechnung zu tragen. Der Redner legte dann die wichtigsten Bestimmungen des Organisationsstatuts dar und bemerkte, daß man sich nun auch mit der Frage beschäftigen werde, ob es nicht vorteilhaft und zweckmäßig sei, für Berlin den 40 Pf. Beitrag einzuführen. Nachdem der Redner noch kurz die Waisener berührt, und hervorgehoben hatte, daß es sich bei der Debatte hierüber hauptsächlich um die Regelung der Unternehmung handelte, dem Gedanken einer Verlegung der Zeitschrift auf den Abend keine Bedeutung beimessen ist, schloß er mit den Worten, daß die Genossen mit dem diesjährigen Parteitag vollständig zufrieden sein könnten, der fleißig und sachlich gearbeitet habe.

Zur Diskussion über den Bericht meldete sich niemand. Es wurde sodann mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung des zweiten Berliner Wahlkreises erklärt sich mit der Haltung der Delegierten und mit den Beschlüssen des Leipziger Parteitages einverstanden und ersucht die Genossen und Genossen nach diesen Beschlüssen zu arbeiten und besonders den Boykott gegen den Schnaps wirksam zur Durchführung zu bringen.“

Den

Bericht von der Provinzialkonferenz

erstattete Klajus. Der Redner beschränkte sich darauf, die wichtigsten Punkte der Provinzialkonferenz kurz hervorzuheben

und zusammengefaßte Psychologie dieses großen Jungen glaubhaft zu machen. Marian Knorr schließlich, die Braut Hinrichs, wirkte einigermaßen durch die stille Bornehmheit, mit der sie ihre Rolle durchführte und die sie erst am Schluß, kurz bevor es zum Bruch zwischen ihr und dem Geliebten kommt, verliert.

Trotz der vielen und großen Schwächen des Trauerspiels blieb der Beifall nicht aus; der Autor konnte sich etliche Male zeigen.

Humor und Satire.

Die Kunst des Fliegens.

Wvar sind wir mit den Zeppelein den andern schon ein Stück voraus, doch sieht es mit den Flugmaschinen bei uns noch ziemlich traurig aus.

Im Ausland steigt seit ein'gen Jahren — man kann wohl sagen: Hinz und Kunz. Wir müssen das mit Reid gewahren. . . Wie sieht es, Freunde, denn bei uns?

So sprach ich, und an unserm Stammtisch schlug mir der Dichte auf den Bauch: Was quatscht du Esel? Gott verdamm' dich, wir haben so ein Dings doch auch!

Und das Modell kann was vertragen, da reißt nicht Stange oder Draht, da gib's nicht Unfall und Veragen, stets klappt bei uns der Apparat.

Ob Bürgermeister, Bahnarbeiter — ein Stämper gegen sie ist Wright, Briefträger, Lehrer und so weiter. . . ein jeder ist stets flugbereit!

Er braucht nicht lang' herumzudrücken, braucht nur ganz lei' zu sagen Wip! Er braucht nur einmal aufzumachen: dann fliegt er — schneller als ihm lieb!

Franz.

Notizen.

— Die Armut in London. Aus London wird berichtet: Das Elend, das dieser Tage ausgegeben worden ist, enthält eine erschreckende Zunahme des Elends in der englischen Hauptstadt. Es werden mehr als 150 000 Arme in London gezählt, 3 1/2 Proz. mehr als im Vorjahre, und Tag für Tag treten neue Heerden in dieses gewaltige Heer des Elends ein. Von 1000 Personen, die die Weststadt herbeibringt, haben 84 nicht die nötigen Mittel des Unterhalts und kein Dach, unter dem sie ihr Köpfechen finden können; auf den Bänken längs der Themse, unter Torbogen und in den Parks müssen sie einen Platz suchen, wo sie die müden Glieder strecken können. Seit dem Jahre 1872 war das Elend in London nicht so groß wie heute.

Kleines feuilleton.

Jean Paul über die Flugmaschine. Jean Paul, der einzige deutsche Humorist großen Stils, ein verschollener Dichter nebenher, schrieb 1808 einen Aufsatz „Ueber die erkundene Flugkunst“. Er hatte nämlich am 12. Mai im Extrablatt der „Bayreuther Zeitung“ die Nachricht gelesen: „Der Uhmacher Jakob Dejen in Wien sei mit Flügeln aus zusammengeheftem Papier, welche eine Last von 210 Pfund heben, im Reichthum vor einer Zuschauerschaft 54 Fuß hoch nach beliebigen Richtungen geflogen.“ Jean Paul knüpft an die zukunftsreiche Erfindung, von der er hofft, daß ihre Erfindung leicht ihre Verbesserung nach sich zieht, vorwiegend satirische Betrachtungen, die so ziemlich alles vorwegnehmen, was seither und auch in jüngster Zeit an Luftschiffausblicken produziert worden ist. Zum Beispiel: „Nach Bekanntschaft eines Grubenkleides zum Einfahren sind für die Damen sehr brauchbare Höhenkleider zum Auffahren erfunden und überall zu Kauf; und es erquickt ungemein, daß sie alle oben im Himmel und gerade im größeren Lufttraume weit anständiger belleidet (schon um Wind weniger zu fangen noch zu leiden) umfliegen als hier unten.“ Neben solchen Bemerkungen fällt aber eine ernsthafte auf, weil sie zeigt, daß auch vor hundert Jahren, gerade wie jetzt, zwei Probleme naturwissenschaftlich-technischer Art zu gleicher Zeit und ebenfalls auch in Verbindung miteinander das Interesse in Anspruch nahmen: Flugkunst und Nordpolfahrt. Jean Paul sagt: „Es gibt nun ein gutes, ja ein einziges Werk über den Nordpol (was aber natürlich noch nicht da sein kann), nämlich das Werk, das der erste und für jezo beste Polfahrer über den Nordpol darum geschrieben, weil er aus seinem eingeschmiedeten Schiffe zwischen den zermalmenden Eisfeldern ausstieg und dann als Flugmensch von Insel zu Insel und Scholle zu Scholle (als Absteigequartier) immer weiter fliegen konnte, bis er oben auf dem Pole lag, gerade unter dem Polstern.“ — Daß die Furcht vor Enten auch in jener Kinderzeit des Zeitungswesens schon nach war, zeigt der Schlusssatz des Aufsatzes: „Gott gebe uns, daß aus dem ganzen Fliegen etwas wird; oder wenigstens daß die Zeitungen die Nachricht nicht eher widerrufen, als bis dieser Aufsatz im „Morgenblatt“ abgedruckt ist.“ Weiterens sagt Jean Paul im Jahre 1815 noch eine Nachschrift hinzu, die zwar noch keine Erfüllung der gehegten Hoffnungen konstatieren kann, aber einen zukunftsreicheren Optimismus atmet, der in unseren Tagen endlich Recht behält: „Alles oder auch viel ist dato noch nicht aus der Flügelmachung geworden und man hätte sowohl Größeres gewünscht, den Erfolg anlangend, als Kleineres, die Mittel betreffend. Jezo erhebt der Flügelmachung von Luftflugeln den Flugmensch bloß zu einem Luftschiff, welches Schwimmt in die Höhe und fliehet zugleich zum Zeigen vorwärtwärts. Aber auch dies erhebt, wenigstens geistig, den Menschen, denn er selber hat sich zuerst die Blase und die Federn bauen müssen. Der Verfasser dieses verzagt noch immer an der Vollendung bequemer menschlicher Flügeln nicht, da wir ja ein Paar große unbenutzte durch diese kleine verdängen und durch das Perpetuum mobile

und bemerkte unter anderem, daß entsprechend dem Beschluß der Konferenz das Referat des Genossen Hirsch über die Verwaltung in Preußen demnächst als Broschüre im Vorwärtsverlag erscheinen wird. — Eine Debatte knüpfte sich auch an diesen Punkt der Tagesordnung nicht. Unter Vereinskangelegenheiten mochte der Vorsitzende bekannt, daß demnächst wiederum einige aufläuternde Vorträge gehalten werden, und daß ferner am 31. Oktober und 14. November Vorträge in der Urania stattfinden. — Genosse Klus regte an, daß in einer der nächsten Versammlungen des Wahlkreises ein Vortrag über die Erbschaftsteuer gehalten werden möge, und Genosse Henschel wünschte, daß besondere Maßnahmen getroffen werden, um den Schnapsboykott so wirksam wie nur irgend möglich zu gestalten. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß seines Wissens der Parteivorstand ein besonderes Flugblatt zum Schnapsboykott herausgeben werde. Mit der Anregung über einen Vortrag zur Erbschaftsteuer werde sich der Vorstand befassen.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlkreises für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis stellte als Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen auf Vorschlag der Bezirksführerkonferenz den Genossen Wilhelm Börner für den 17. und den Genossen Emil Kerfin für den 18. Kommunalwahlbezirk auf. Die erste Kommunalwählerversammlung, in der Genosse Dr. Behl referieren wird, findet, wie der Vorsitzende Pohl mitteilte, in acht Tagen statt. Er ersucht um rege Beteiligung an den Vorbereitungen. Es folgt die Berichterstattung vom Parteitag.

Die Delegierten zum Parteitag Fröhlich, Braun und Jacob geben referierend einen Überblick von den Arbeiten und Beschlüssen des Parteitages.

Fröhlich

meint, der Umstand, daß die bürgerliche Presse fast ausnahmslos mit dem Verlauf des Parteitages ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gegeben hat, beweise, daß der Parteitag das Richtige in der Vertretung unserer Interessen getroffen habe. Wir dürfen also mit Recht mit ihm zufrieden sein.

Braun

ber auch über die Behandlung der Mafseierfrage berichtete, hätte es lieber gesehen, wenn in dieser Sache der Parteitag einen besseren Beschluß gefaßt haben würde. Aber selbst die diesbezügliche Resolution, die von Teltow-Beckow gestellt war und den Berliner Delegierten noch am meisten zusagte, erwies sich als nicht annehmbar. Es blieb deshalb als der einzig richtige Beschluß die Annahme des Antrages des Parteivorstandes übrig. Eine Verlegung der Maidemonstration auf den Abend oder einen Sonntag wäre einer Verfestigung der Mafseier gleichgekommen. Redner sagt, Bismarck hätte recht, indem er sagte, daß über die Mafseier schon viel zu viel gesprochen worden sei, er, Redner wünsche deshalb, daß bei den künftigen Debatten darüber, die Unterstufungsfrage nicht wieder so in den Vordergrund gerückt werde.

Diskussion über die Berichte

beschließt die Versammlung die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Uppich ist erfreut, daß die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse, Leipzig werde ein zweiter Jungbrunnen werden, zunichte geworden sind. Einer der bedeutendsten Beschlüsse sei der Schnapsboykott. Wie haben dafür zu sorgen, daß er in die Praxis umgesetzt wird und uns Erfolge bringt. In Anbetracht der beiden Parteien Richtungen, die sich in ihren Anschauungen über die Mafseierfrage gegenüberstanden, war das geschlossene Kompromiß das Richtige. Der Streich der sieben Schwaben sei, nachdem diese ihrerseits jene Erklärung abgegeben hatten, auch für den Parteitag gegenstandslos geworden. Redner vertritt den Standpunkt, daß die Reichstagsfraktion in der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer hätte stimmen müssen. Wäre es durch den Fall derselben zu einer Reichstagsauflösung gekommen, so wäre eine maßlose Hege gegen uns losgebrochen. Weber habe mit seiner Ansicht durchaus recht. Die Ablehnung der von Berlin I gestellten Resolution ist deshalb nur logisch, denn eine politische Partei könne sich nicht bezüglich ihrer Taktik auf Jahre hinaus festlegen.

Gebrmann ist mit der Leipziger Tagung nicht ganz zufrieden. Die Frage der Erbschaftsteuer hätte als besonderer Punkt behandelt werden müssen. Die Fraktion hätte sie auch in der dritten Lesung ablehnen müssen, schon weil ihr so ungeheure Summen indirekter Steuern gegenüberstanden. Weber sei diesmal als Redner des rechten Flügels aufgetreten; er stimme mit ihm aber nicht überein. Wenn Steuern bewilligt werden sollen, so müsse auch danach gesehen werden, wozu sie gebraucht werden. Und wenn sie, wie hier zu volksfeindlichen Zwecken verwendet werden, so sind auch die direkten Steuern abzulehnen. Bei den letzten Wahlen haben die Auseinandersetzungen in Dresden durchaus nicht die Rolle gespielt, wie es immer behauptet wird. Lediglich der Kolonialenhusiasmus habe die Wahlen beeinflusst, indem man uns als die waterlandlosen Gefellen hingestellt hat. Mit der Annahme und Ablehnung der Resolution von Berlin I hat der Parteitag sich kein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Die zweite Abstimmung, die ohne nochmalige Eröffnung der Debatte vorgenommen wurde, sei eine Heberumpelung des Parteitages gewesen. Es hätte bei der Annahme der Resolution verbleiben müssen, denn für den heutigen Liberalismus, der sich in seiner ganzen Erbärmlichkeit bei jeder Gelegenheit gezeigt habe, könne man nichts mehr übrig haben. Bei der bevorstehenden Wahl im Kreise Landsberg-Soldin, wo wir in Stichwahl kommen werden, wird sich sicherlich der Liberalismus wieder von dieser Seite zeigen.

Reichstagsabgeordneter Heine hält das Gerücht der bürgerlichen Presse vom Siege der Revisionisten über die Radikalen für eine große Dummheit. Er erlennt den Unterschied von Revisionisten und Radikalen überhaupt nicht an. Seit elf Jahren arbeite er mit den Genossen des Kreises zusammen. Selbstverständlich habe es manchmal Meinungsverschiedenheiten gegeben, doch im Handeln seien wir uns immer einig gewesen. Der Streit um die Erbschaftsteuer sei ein Streit auf Vorschlag gewesen. Vor der entscheidenden Stunde wäre genau geprüft worden, ob für oder gegen dieselbe zu stimmen ist. Dies kann erst immer aus der jeweiligen politischen Lage heraus beurteilt werden. Es wäre zweifellos das getan worden, was für die Partei von Nutzen und den Gegnern zum Schaden wäre. Er bitte aber, daß die Genossen etwas mehr Duldung für andere Meinungen gegenüber üben, und diejenigen, die in der einen oder anderen Frage eine abweichende Ansicht vertreten, nicht immer zu Parteigenossen zweiter Klasse herabgestuft werden. Die Resolution von Berlin I sei nicht, um die Liberalen nicht vor den Kopf zu stoßen, abgelehnt worden, wie Gebrmann meint, sondern um uns in entscheidenden Momenten größeren Einfluß zu sichern. Nicht unter allen Umständen sollen die Liberalen unterstützt werden, sondern wenn wir sie unterstützen, so geschieht es nur, wenn uns bestimmte Garantien gegeben werden. Wenn aber von vornherein gesagt wird, wir unterstützen sie nicht, so treiben wir diese Leute ins reaktionäre Lager hinein. Auch er, Redner, habe kein Vertrauen zu den Liberalen, sie möchten gerne mit den Konserwativen teufelmedeln. Wir dürfen ihnen dies aber nicht leicht machen; sie würden sich sonst ihren Wählern gegenüber darauf berufen können, daß es die Sozialdemokratie nicht anders gewollt habe. Es könne uns aber auch nicht gleichgültig sein, ob ein Liberaler oder ein Konserwativer gewählt wird, denn die Liberalen sind ihren Wählern gegenüber in doch einem andern Maße für ihre Tätigkeit im Reichstage verantwortlich als die Konserwativen. Wir wollen uns durchaus nicht wegwerfen. In der zweiten Abstimmung der Berliner Resolution sei eine Heberumpelung nicht zu erblicken. Wenn die Delegierten weichen, daß sie sich geirrt haben, so sei das ihnen zu glauben. Dies kann man umso mehr tun, als der Parteitag von der Rede Lebedours sehr eingenommen war, die Resolution aber fast im geraden Gegenteil zu ihr stehe. Nach seiner Ansicht habe der Parteitag gute Arbeit geleistet. (Beifall.)

Rebus ist gegenteiliger Ansicht wie Heine. Die Liberalen seien zu unzuverlässig. Nur weil sie aus dem Blick hinausgestoßen wurden, haben sie gegen die indirekten Steuern gestimmt.

Heine verweist sich dagegen, daß seine Kritik in den „Sozialistischen Monatsheften“ Stänkeren seien. Für die „Neue Zeit“ zu schreiben, halten ihn rein persönliche Gründe ab. Es gebe auch solche Grenzen. (Zurufe: Und die Sache!) Er könne, selbst wenn man es von ihm wünschen würde, für die „Neue Zeit“ nicht schreiben. Man wünscht es ja auch nicht. Der Sache ist seine Feder nicht entzogen. Er schreibe doch für mehrere Parteiblätter, auch für den „Vorwärts“; allerdings hier nicht mehr so wie im früheren Maße, weil jetzt der „Vorwärts“ einen juristischen Redakteur hat. Erst kürzlich habe er gern auf Verlangen eine Arbeit für den „Vorwärts“ geschrieben. Das hindere ihn aber nicht, auch für die „Sozialistischen Monatshefte“ zu schreiben. Er entziehe damit der Partei nichts. Er sehe nicht ein, warum er dieser Mitarbeit ein Ende machen soll. (Zurufe: Aber die anderen Mitarbeiter!) Die Parteigenossen sollten erst einmal die „Sozialistischen Monatshefte“ lesen, ehe sie seine darin enthaltenen Artikel verurteilen. Wenn an irgendeinem Artikel etwas auszusetzen ist, so soll es gesagt werden; das erwarte er bei der bei uns üblichen Offenheit.

Braun wendet sich gegen Heine. Er wird jedoch durch Vaden und Juruf aus der Versammlung unterdrückt. Auch Gebrmann spricht nochmals gegen Heine. Er vermute, daß die Prüfung der Erbschaftsteuerfrage in der Fraktion genau so ausgefallen wäre, wie auf dem Parteitag. Die Fraktion sei aber in eine glückliche Lage gekommen, indem sich die Prüfung für sie erübrigte. Die „Monatshefte“ zu lesen, sei den Arbeitern leider nicht möglich; sie könnten ihr Budget nicht übersteigen, weil einige Literaten es wünschten. Er glaube auch nicht, daß Heine noch dem Dresdener Parteitag noch einmal den Besuch gemacht hat, an der „Neuen Zeit“ mitzuarbeiten. Einem Teils der Mitarbeiter an den „Sozialistischen Monatsheften“ müßte sich Heine schämen.

Heine erklärt, der Leiter der „Neuen Zeit“ und er können nicht mehr an einem Tische sitzen. Um seine Ansicht kennen zu lernen, brauchen die Genossen nicht die „Sozialistischen Monatshefte“ abonnieren. Er sei jederzeit bereit gewesen, seine Ansichten vor seinen Wählern darzulegen. Für seine Mitarbeit an einem Blatte ist die Anständigkeit desselben allein nicht entscheidend. Er bevorzuge das Blatt, in dem mehrere Meinungen nebeneinander sind. Und wer sich die Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, deren er sich schämen müßte. Es sind die tüchtigsten und erprobtesten Gewerkschaftsführer. Nur dann, wenn mal ein bürgerliches Blatt etwas aus dem Zusammenhang reißt, dann wird darauf hingewiesen, welche Gemeinheit die „Monatshefte“ wieder begangen haben. Er halte es für keinen Fehler, wenn Genossen in ihnen die Schutzpolizei vertreten. Er teile sie nicht, aber man sollte seine Ansicht auch nach dieser Richtung hin sagen dürfen. Auch Leuthner hat eine falsche Ansicht geäußert. Wenn aber solche Ansichten nicht geäußert werden dürfen, so ist die Gefahr sehr groß, daß die Partei geistig verarmen werde. Den Kampf gegen die „Monatshefte“ sollten die Genossen einstellen, zumal wenn sie sie nicht lesen können. (Beifall.)

Busch glaubte, daß nach dem vorzüglichen Verlauf des Parteitages eine solche Diskussion nicht stattfinden würde; aber es scheint, daß einige Genossen nicht umhin können, gegen die „Monatshefte“ loszugehen. Auch er sei Abonnent derselben. Daß die „Neue Zeit“ weiter verbreitet sei, als die „Monatshefte“, gebe er zu; sie sei aber darum noch nicht gelesen. Redner hätte gewünscht, daß man die Zeit lieber dazu benutzte, um sich über den Schnapsboykott und seine Durchführung zu unterhalten.

Scholz will geistige Bewegungsfreiheit; aber die „Monatshefte“ sind dem Proletariat nicht zugänglich.

Früh sagt, nur ein Teil der Arbeiter hat den Wunsch, solche Artikel kennen zu lernen. Den 400 000 Gewerkschaftsmitgliedern stehen nur 100 000 Abonnenten unserer Tagespresse gegenüber. Auch ein nicht unerheblicher Teil der Parteigenossen bevorzuge noch die bürgerlichen Blätter. Die geistige Freiheit müsse auch in unserer Presse gesichert werden. Mit der Ablehnung der Resolution von Berlin I sei er einverstanden. Man solle eine Partei wie die unsere nicht immer in eine fatale Lage bringen, indem man sie festlegen will. Dazu lag keine Notwendigkeit vor.

Damit schließt die Diskussion. Von der Berichterstattung von der Provinzialkonferenz wird abgesehen. In die Agitationskommission wird an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Gebrmann, Genosse Kische gewählt. Nach einem Hinweis auf die am Sonntag in den Arminshallen stattfindende öffentliche Versammlung, wird die Versammlung geschlossen.

Vierter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des vierten Kreises erstattete Genosse

Barentzin

den Bericht vom Parteitag. Redner schildert kurz das Schicksal verschiedener Anträge und hebt die wichtigsten Tatsachen aus dem Vorstandsbericht hervor. Der verbesserungsbedürftige Abonnementstand der „Arbeiter-Jugend“ müsse uns zu eifrigerem Ausbau der Jugendorganisation und der damit zusammenhängenden Bildungsbestrebungen anregen; wer die Jugend habe, habe auch die Zukunft. Mit dem Beschlusse des Schnapsboykotts habe der Parteitag gute Arbeit geleistet, zumal wenn man bedenke, welche verheerenden Wirkungen der Schnapsgenuß noch auf weite Kreise gerade der rüchdändigsten Arbeiter ausübe. Mit der Erklärung der Württemberger Hofsänger, die man als ausreichende Entschädigung bezeichnen könne, sei diese Debatte zur allgemeinen Zufriedenheit vermieden worden. Ein wunderbares Schicksal habe der Antrag des ersten Kreises gehabt, über den eigentlich drei Abstimmungen stattgefunden haben. Redner bespricht sodann noch die wichtigsten Neubestimmungen des Organisationsstatuts, wie Festsetzung eines Minimalbeitrages und Festsetzung einer proportionalen Vertretung auf den Parteitag. Daß die Reichstagsfraktion, wie früher, vollständig anwesend sein könne, hält Redner für durchaus berechtigt. Besonders Interesse habe der parlamentarische Bericht durch die Erbschaftsteuerfrage erhalten. Da der Parteitag beschloß, die Steuerfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, so seien darüber nicht viel Worte zu verlieren. Soviel aber sei fest, daß wir auch dann nicht mit verführten Armen zusehen könnten, wenn einmal ausnahmsweise die herrschenden Klassen die Nachtmittel des Staates zur Unterdrückung der Arbeiterklasse aus ihren eigenen Taschen zahlen wollten. Die Verwendung der Mittel spiele bei einer Bewilligung die wichtigste Rolle. Von den Verhandlungen über die Mafseier könne man hoffen, daß sie durch die Regelung der Unterstufungsfrage einen neuen Impuls zur härteren Beteiligung an der Arbeitstrube geben werden. Mit einem Appell an die Anwesenden, für Ausbreitung der Organisation und für Stärkung der Mittel, durch Erhöhung des Beitrags auf 40 Pf. pro Monat, einzutreten, schloß der Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Als erster

Diskussionsredner

Bespricht sodann Genosse Da Leibusch das provokatorische Auftreten Richard Fischers auf dem Parteitag. Fischer habe sich zwar über den Ton des „Vorwärts“ beklagt, aber selbst in der schaltesten und unparteiischsten Weise dem „Vorwärts“ eine auszuweisen gesucht. Die Redaktion habe ganz recht gehabt, dieses Vorgehen Fischers als ein Einwerfen einer Stinbombe in die Verhandlungen zu bezeichnen. Da Leibusch beklagt es auch, daß diesmal die Berichte des „Vorwärts“ zu kurz und mangelhaft gewesen seien. Da für das Protokoll doch ein neuer Satz hergestellt werden müsse, so seien wahrscheinlich die Unkosten eher größer als sonst, und die Befürchtung am Platz, daß das Protokoll noch teurer werde als in den letzten Jahren. Aus den Differenzen in der Fraktion möge die Arbeiterklasse die Lehre ziehen, sich ihre Vertrauensmänner besser als bisher anzusehen,

die nicht auf die äußere Form, sondern auf den inneren Gehalt hin zu prüfen.

Russial ist mit dem Parteitag zufrieden, da er positive Leistungen vollbracht habe. Die Annahme der Resolution zum Beamtenboykott sei geradezu eine befreiende Tat, die nicht nur wirtschaftliche und kulturelle, sondern auch als Protest gegen die Steuererlagen der Regierung große politische Bedeutung habe. Die Frauen sollten unablässig dafür sorgen, daß der Beschluß auch von ihren Männern durchgeführt werde. Redner wünscht, daß der „Vorwärts“ in Zukunft die Schnapsannoncen abweisen solle, um sich nicht dadurch in Widerspruch mit seinem redaktionellen Inhalt zu setzen. Es sei auch bedauerlich, daß die Fraktion in der Frage der Erbschaftsteuer gespalten war. Weber habe mit seiner Stellung das Empfinden der Arbeiterschaft getroffen; es wäre besser gewesen, wenn man sich auf das Programm besonnen und deshalb geschlossen für die Erbschaftsteuer eingetreten wäre. Bei den Verhandlungen über die Mafseier hätte der Nürnberger Beschluß aufgehoben werden müssen.

Glab ist empört über das Verhalten Fischers gegen die Ausländer. Bohm solle das noch führen, wenn sich Genossen in der Stellung Fischers so wegwerfend über „Ausländer“ auslassen. Er kenne keine deutsche Sozialdemokratie, sondern nur eine Sozialdemokratie Deutschlands, die zugleich eine internationale Partei sei. Redner hätte gewünscht, daß anstatt eines Handbuchs eine Agitationsdroschüre über die Erbschaftsteuer vom Parteivorstand herausgegeben würde. So rigoros wie Russial brauche man in bezug auf den Schnapsboykott nicht vorzugehen, um selbst die Annoncen zu verbieten; auch zum Tee brauche man Rum. Der Vorstand von Groß-Berlin möge des Rollenbüchens Wertes: „Agitation ist schwer; sie muß aber gemacht werden“ auch bei der Agitation unter den Polen eingedenk sein; bis jetzt sei noch sehr wenig gesehen — trotz der Beschlüsse. Die Organisationen sollten diese wichtige Frage energischer in die Hand nehmen.

Bochisch wünscht von den Delegierten in Zukunft eine Berichterstattung, die mehr Stimmungsbilder als Rekapitulationen der Verhandlungen geben sollte. Die Erbschaftsteuerfrage habe mit Revisionismus ebenso wenig zu tun wie mit Radikalismus; aber man könnte verlangen, daß sie im Sinne unseres Programms behandelt würde. Die Agitation würde durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer durch die Fraktion sehr erschwert worden sein. Die Fischersche Äußerung über die Ausländer habe er so verstanden, daß diese in den ihnen weniger vertrauten inneren Verhältnissen größere Zurückhaltung üben müßten. Weid's wandelbare Auffassung auch bei den Radikalen herrschen könnte, hätte Deutschlands durch seinen Vorschlag bewiesen, die Mafseier-Arbeitsruhe durch Geld ablösen zu dürfen. Mit der Behandlung der Resolution des ersten Kreises sei er ganz einverstanden. Es sei zu begrüßen, daß sie wieder aufgehoben wurde. Die Verhältnisse seien zu verschieden und schließlich auch der Freisinn im Süden ein anderer als im Norden. Die Leipziger Tagung löse große Befriedigung aus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Reiche kritisiert einige Maßnahmen der Kontrollkommission. Der Fall Müller-Stuttgart sei nicht schimmer als der Fall Calver. Und Calver habe man nicht hinausgeworfen wie es notwendig gewesen sei. Die Frage der Erbschaftsteuer sei nicht von wahlaktischen, sondern von prinzipiellen Gesichtspunkten aus zu beurteilen. Die Sozialdemokratie dürfe der Regierung keine Mittel bewilligen, um Pulver und Blei gegen das Volk laufen zu lassen. Bei der Mafseier sei nur noch die Geldfrage, nicht aber die Arbeitstrube zur Erörterung gekommen. In den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit drängt sich das politische Moment immer mehr in den Vordergrund und darüber müßten die Arbeiter aufgestellt werden. Redner hält es für richtig, daß der Nürnberger Angestellten-Beschluß in Kraft geblieben ist.

Litfin tritt einigen Ausführungen Bochsich entgegen. Die Berichterstattung sei immer Sache des Temperaments und des Gegenstandes. Es sei vernünftig, daß der Parteitag dem Wünsche der Gegner nach Streit und Spaltung nicht nachgegeben sei. Auch er habe die Fischersche Äußerung nur so aufgefaßt, daß die Ausländer sich nur in bestimmten Fragen der inneren Politik bestimmte Beschränkungen auferlegen sollten. Die drei vorgeschlagenen Referate über die Reichsfinanzreform verdienten es, nach ihrer Durchlegung gründlich besprochen zu werden. Denn da die Fraktion so schwach sei, einen genügenden Druck auf die Regierung auszuüben, so müsse dies auch von außen gesehen. Die Annahme oder Ablehnung sei keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Die Mafseierfrage sei ja in diesem Jahre nicht aktuell; aber der Wunsch Bochsichs, daß man den Arbeitern nicht solche Opfer zumuten dürfe, sei zu bekämpfen. Wenn wir keine Opfer bringen wollten, dürften wir nicht mehr für Straßendemonstrationen, ja überhaupt für keinerlei Kämpfe mehr eintreten, da diese immer Opfer erfordern.

Adolf Hoffmann wendet sich gegen Bochsichs Vortouf über die Berichterstattung. Die Rede Bochsichs habe die Fehler in viel größerem Maße enthalten. Die Erbschaftsteuerfrage sei noch nicht geklärt. Das habe auch der Parteitag dadurch bestätigt, daß er die Angelegenheit auf dem nächsten Parteitag gründlich zu beraten beschloß. Wenn wir uns die Argumente des Genossen Bochsich zu eigen machen wollten, unsere Handlungen danach einzurichten, daß die Gegner uns nicht angreifen können, so dürften wir überhaupt nichts machen. Redner sieht es geradezu als das Verdienst einiger Genossen an, gezeigt zu haben, daß in der Fraktion Differenzen bestanden. Weil die Frage aus der Dunkelkammer der Fraktion herauskam, ist auch die Gewähr gegeben, daß sie zweifelsfrei erledigt werde. Dem Genossen Glab gegenüber bemerkt Redner, daß die Berliner Delegierten wohl für die Schaffung eines Handbuchs zur Steuerfrage gestimmt, aber deshalb nicht die Agitationsdroschüren für überflüssig erklärt hätten. Diese sollen ja von den einzelnen Bezirken trotzdem herausgegeben werden. Nachdem die bürgerlichen Journalisten haben, daß ihre Hoffnungen auf Streit und Spaltung sich nicht erfüllten, haben sie sich wenigstens dadurch entschädigt, daß sie einen Sieg des Revisionismus verkündeten.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung der Delegierten des Kreises einverstanden erklärte.

Nachdem noch die Genossen Singer, Stadthagen, Bruns und Schneider als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt und Frau Fahrenwald einige Bemerkungen zum Parteitag, die zum Teil in der allgemeinen Urnruhe verloren gingen, gemacht, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Fünfter Wahlkreis.

Nach Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende Friedländer der kürzlich verstorbenen Genossin Stagesmann.

Als erster Punkt der Tagesordnung erfolgte die Berichterstattung vom Parteitag. Sie wurde von den beiden Delegierten Danisch und Timm gegeben.

Die

Diskussion

begann mit längeren Ausführungen des Genossen Weid. Er sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Erwartungen, welche die bürgerliche Presse an unseren Parteitag geknüpft hatte, nicht erfüllt wurden. Zwar sei der Boden bereitet gewesen, auf dem Auseinandersetzungen hätten stattfinden können, die geeignet gewesen wären, das Proletariat abzulenken von der Erörterung wichtiger Fragen und persönliche Streitigkeiten aufzurollen. Momentlich habe die letzte Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ Material für diesen Zweck zusammengetragen. Es sei eine erfreuliche Erscheinung gewesen, daß man auf dem Parteitag der „Soz. Monatshefte“ gar nicht gedachte, daß man gewissermaßen mit Verachtung über das Blatt hinwegging, und allen denen das Konzept verbat, die an persönlichen Streitigkeiten Gefallen gehabt hätten. Mit Unrecht habe die bürgerliche Presse gesagt, der Revisionismus habe auf dem Parteitag gesiegt. Seine Ausdehnung

andererseits, keine Abstinenz sei dargekommen, welche diese Annahme rechtfertigen könnte. Unsere Haltung zur Erbschaftsteuer sei keine Frage des Prinzips. Sie dürfe nicht behandelt werden nach dem Grundgesetz. Diesem System keinen Groschen. Wenn wir die direkte Besteuerung der Besitzenden fordern, dann müßten wir auch der Erbschaftsteuer zustimmen. Daß unsere Forderung die Einkommensteuer als verkehrssteuervergleichsweise und dagegen stimmte, dafür werde man im Volke kein Verständnis haben. Die Stellung zur Erbschaftsteuer könne nicht zu einer Frage des Revisionismus oder Radikalismus gemacht werden. Die Genossen Emmel, Hoch und Stadthagen hätten der Partei keinen Dienst geleistet, indem sie die Meinungsverschiedenheiten der Fraktion hinsichtlich der Erbschaftsteuer erörterten und ihnen von der Mehrheit der Fraktion abweichenden Standpunkte belästigten wollten. Gegen einen Bescheidungsbeschluss der Fraktion zu handeln, dazu habe auch der Abgeordnete von Niederbarnim kein Recht. Die Art, wie die württembergische Hofgängerangelegenheit erledigt wurde, habe gezeigt, daß der Parteitag den Willen hatte, Differenzen unter den Genossen friedlich zu erledigen. Die Erklärung der württembergischen Genossen sei mit Freuden zu begrüßen. Durch die Annahme des Abkommens hinsichtlich der Meißener sei die Gewährung gegeben, daß diese Angelegenheit nicht auf jedem Parteitage und Gewerkschaftskongress zu erneuten Erörterungen führe. Durch die Regelung der Unterführungsfrage sei eine ruhige Weiterentwicklung der Meißener gewährleistet. Wenn sich jeder Genosse ebenso, wie es der Parteitag tat, zur Aufgabe mache, die Einheit der Partei zu wahren, dann werde unsere Kraft im Kampfe gegen unsere Feinde gestärkt. (Weifall.)

Dr. Wehl führte aus, er teile nicht die optimistische Auffassung des Genossen Weis über den Parteitag. Er sei vielmehr der Ansicht, daß nicht bei allen Abstimmlingen das proletarische Klassenbewußtsein ausschlaggebend gewesen sei. Wenn wir uns vom Prinzip des Klassenkampfes leiten lassen, dürfen wir nicht der Erbschaftsteuer zustimmen, denn sie sei doch nur ein Schwindel gewesen, dazu bestimmt, um die Liberalen für die Annahme der indirekten Steuern zu gewinnen. Einen solchen Schwindel wollten verschiedene Parteigenossen nicht mitmachen. Deshalb habe Stadthagen recht gehandelt, wenn er sagte, er würde sich der Stimme enthalten haben, falls die Fraktion beschließen hätte, für die Erbschaftsteuer zu stimmen. Liebigens sei ja diese Frage in unserer Partei noch strittig. Weis dürfe deshalb seinen Standpunkt nicht so vertreten, als ob er der allein richtige wäre. Unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien sei auf dem Parteitage auch nicht klar zum Ausdruck gekommen. Bei der nochmaligen Diskussion der Resolution 41 hätte zum Ausdruck gebracht werden müssen, daß wir gegen die Freisinnigen in allen Fällen, wo es sich um ihr volkswirtschaftliches Treiben handelt. Der einstimmige Beschluss über die Resolution 41 sei leider nicht von der Gesamtheit der Partei getragen. Es sei zu bedauern, daß die Berliner Genossen bei dieser Gelegenheit nicht ihren Standpunkt vertreten haben. Auch bei anderen wichtigen Fragen habe keiner von den Berliner Genossen das Wort genommen, obwohl es manchmal sehr am Platze gewesen wäre, wenn Genosse Weis die Donnerstags seiner Rede in die Debatte geschleudert hätte. Die Berliner Genossen hätten auch begründen müssen, weshalb sie nicht für die Abhaltung des nächsten Parteitages in Berlin seien. Der Standpunkt der Berliner Genossen hätte auch bei anderen wichtigen Fragen vertreten werden müssen. Die Vertrauensmänner müßten wieder mehr Fühlung mit den Massen suchen und die Massen schulen und aufklären. (Lebhafter Weifall.)

Genossin Raab erklärte, er unterschreibe die Ausführungen des Genossen Wehl Wort für Wort. Ferner bezeichnete Raab den Ausschluß des Buchdruckers Müller-Stuttgart wegen Verletzung der über eine geschlossene Parteiverammlung an ein bürgerliches Blatt als eine Rechtsbeugung und Falschurteil. Die hätten, sagte Raab, in unseren Reihen eine Anzahl Genossen, die sich die schwereren Verhältnisse schuldig gemacht hätten und nicht ausgeschlossen worden seien. Calwer sei schon lange zum Ausschluß reif gewesen. Schippel strebe mit seinen handelspolitischen Ansichten im Gegensatz zur Partei. Ein Redakteur würde sich nicht den Ton erlauben dürfen, den Richard Fischer auf dem Parteitage angeschlagen habe. Raab beantragte, die Berliner Parteimitglieder sollten geeignete Maßnahmen ergreifen, um auf dem nächsten Parteitage eine Aufhebung des Urteils gegen Müller-Stuttgart zu erwirken.

Weis hielt gegenüber der vom Genossen Wehl geübten Kritik seine Auffassung aufrecht, daß der Parteitag von dem Wunsche befeuert gewesen sei, wir müßten die Situation ausnützen, um die Gegner einzig und geschlossen zu bekämpfen, eine Tatsache, die er, Weis, mit dem Ausdruck der Freude begrüße. Es sei ihm nicht eingefallen, wie Wehl sagte, den Genossen Stadthagen zu verunglimpfen. Er habe nur den Wunsch ausgesprochen, daß die Fraktion geschlossen aufträte und sich nicht jeder nach Belieben der Mehrheit nicht übereinstimme. Eine Lücke bemerke er in den Ausführungen des Genossen Wehl. Dieser habe die Hofgängerangelegenheit gar nicht berührt, was sich wohl daraus erkläre, daß Wehl seinerzeit für die Engländerfrage der Berliner Stadtverordneten eingetreten sei und deshalb nicht auf die Württemberger Hofgänger verurteilen könne. Genosse Wehl habe die Reden der Berliner Genossen auf dem Parteitage vernachlässigt. Er, Weis, habe sich zur Frage der Erbschaftsteuer zum Worte gemeldet, er sei aber nicht mehr zum Worte gekommen, und habe also keine Gelegenheit gehabt, die „Donnerstags seiner Rede“ in die Debatte zu schleudern. Der Parteitag habe es verstanden, auch in der Frage der Erbschaftsteuer keinen Streit auskommen zu lassen. Das sei gut, denn wir hätten jetzt eine so reiche und fruchtbare Agitationsarbeit zu leisten, wie seit langer Zeit nicht. Der Ausschluß des Genossen Müller-Stuttgart werde vom Genossen Raab nicht richtig beurteilt. Der Kontrollkommission, die sich eingehend mit diesem Fall beschäftigt, könne man zutrauen, daß sie guten Grund zu ihrem Urteil habe. Es sei nicht schön, dem ausgetretenen Calwer einen Festschritt zu verpassen. Was Schippel betreffe, so habe er ja seine handels- und kolonialpolitischen Ansichten vor den Genossen des sechsten Kreises dargelegt und diese hätten darin keinen Grund zu einem Ausschlußantrage gefunden. Das könne wohl dem Genossen Raab genügen. Richard Fischer habe ja auf dem Parteitage einen recht boshaften Ton gegen den „Vorwärts“ angeschlagen. Aber der „Vorwärts“ habe darauf mit einem Artikel geantwortet, derart, daß man wirklich nicht sagen könne, hier sei nur einer der Geprügelte. Diese Angelegenheit beschäftigte die Prehkommission, deshalb könne ein abschließendes Urteil noch nicht gegeben werden. Wenn die Berliner Delegierten die Abhaltung des nächsten Parteitages in Berlin nicht wünschten, so deshalb, weil alle zwei Jahre der preussische Parteitag in Berlin abgehalten werde, was erhebliche Kosten verursache. Wäre dazu noch die bedeutende Ausgabe für die Abhaltung des deutschen Parteitages, so dürfte das selbst für die finanziellen Verhältnisse Berlins etwas viel werden. Liebigens dürfe doch den Genossen, die sich von der Abhaltung des Parteitages an ihrem Orte agitatorische Erfolge versprechen, solcher Erfolg nicht durch Berlin genommen werden.

Engelmann trat für die Konfessionsgenossenschaftsbewegung ein.

Friedländer wandte sich gegen die Ausführungen des Genossen Wehl in Sachen der Erbschaftsteuer. Wenn Wehl meine, die Führer hätten keine Fühlung mit den Massen, so sei daran erinnert, daß die Massen während der Beratung der Finanzreform wenig Interesse für die Steuerfragen zeigten. Erst nach Ablehnung der Erbschaftsteuer durch Junker und Pfaffen sei das Interesse bei den Massen erwacht. Hätten wir gegen die Erbschaftsteuer gestimmt, dann hätte Bülow vielleicht die Auflösung des Reichstages wagen können, denn so würden wir bei den Massen einen schweren Stand gehabt haben, wenn man sagen könnte, daß wir zusammen mit Junker und Pfaffen gegen eine direkte Besteuerung der Besitzenden gestimmt hätten. Es sei zu bedauern, daß unsere Fraktion zu anderen Steuern nicht die Stellung eingenommen habe, die sie im Interesse des Proletariats hätte einnehmen müssen. Durch die Ansichten des Vorsitzenden hätte der

„Frankfurter Zeitung“ hätte sich die Fraktion in ihrer Haltung zur Einkommensteuer nicht bestimmen lassen sollen. Wir ließen uns überhört zu sehr beeinflussen durch die bürgerliche Presse, anstatt ihren Äußerungen über Revisionismus und Radikalismus kühl gegenüberzutreten. Das gelte besonders bezüglich der Resolution 41. Sie habe nicht die Bedeutung, die ihr von mancher Seite beigelegt werde. Soweit die Stimmung der Parteigenossen bekannt sei, würden sie bei einer Stichwahl zwischen einem Konserbativen und einem Fischbeck oder Kopsch nicht für die letzteren eintreten, denn diese gelten uns nicht als bloße kleine Lebel, sondern es sei zwischen ihnen und einem Konserbativen kein Unterschied von unserem Standpunkt aus zu machen. Das Abkommen bezüglich der Meißener sei mit Freuden zu begrüßen. Ebenso erfreulich sei es, daß seit Jahren zum erstenmal der Parteitag gezeigt habe, daß Gegensätze zwischen Parteigenossen in kameradschaftlicher Weise diskutiert werden können. (Weifall.)

Dr. Wehl führte aus: Genossin, der Parteitag habe einen sachlichen Verlauf genommen, aber es sei nicht zu der notwendigen Klärung der Gegensätze gekommen, sondern dieselben seien verkleinert worden. Gegensätze müßten unbedingt zum Ausdruck gebracht werden, allerdings in kameradschaftlicher Weise. Die Berliner Genossen hätten einige Vorträge bestimmen müssen, die zu jeder wichtigen Sache gesprochen hätten. Als Fischer den „Vorwärts“ angriff, hätte Weis als Vertreter der Prehkommission den „Vorwärts“ verteidigen müssen, denn mit der grundsätzlichen Haltung des „Vorwärts“ seien die Berliner Parteigenossen einverstanden. In der Steuerfrage hätten die Führer bezeugen das Interesse der Massen wecken müssen. Es sei aber in der Agitation gegen die Reichsfinanzreform gar keine Führung zu bemerken gewesen.

Hierauf wurde wegen der weitverrückten Zeit ein Verlagsantrag angenommen.

Als Stadtverordnetenkanidat für den 28. Bezirk wurde Genosse Zucht aufgestellt.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung für den sechsten Reichstagswahlkreis war sehr gut besucht. 1. Punkt der Tagesordnung war die Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.

Kreiskonferenz und Vorstand bringen folgende Kandidaten in Vorschlag: für den an einem Augenleiden erkrankten Genossen Schubert im 31. Bezirk den Genossen Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, für den 32. Bezirk Borgmann, 33. Bezirk Adolf Ritter, für den 42. Bezirk, jetzt von dem Freisinnigen Gerde vertreten, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, 43. Bezirk Ferdinand Ewald und für den 47. Bezirk, den unser leider verstorbenen Genosse Richard Augustin vertrat, Heinrich Rehe. Den Vorschlägen wird ohne Debatte zugestimmt.

Bericht von der Kreiskonferenz

erstatet Genosse Rosenow. Aus dem der Konferenz zum ersten Male gedruckt vorgelegenen Geschäftsbericht referiert Redner die Tätigkeit des Vorstandes und hebt hervor, daß leider infolge der wirtschaftlichen Krise ein Verlust an Mitgliedern und Abonnenten verzeichnet werden müsse. Redner beschäftigt sich eingehend mit den Beratungen der letzten Kreiskonferenz und gibt am Schlusse seiner Darlegungen dem Wunsch Ausdruck, daß durch rege Agitationsarbeit die nächste Kreiskonferenz wieder ein besseres Resultat in bezug auf Organisation und Presse vorfinden möge. (Weifall.)

Bum Bericht über den Parteitag

referiert Genosse Weis.

Die Vorgänge auf dem Parteitag seien im wesentlichen bekannt; er wolle sich daher nur auf die wichtigsten Punkte beschränken. Die Jugendorganisation habe gute Fortschritte gemacht, doch müßten alle hierzu gestellten Anträge zurückgestellt werden, bis man auf längere Erfahrungen auf diesem Gebiete zurückblicken könne. Zur Zahl der Reichstagswähler steht die Zahl der organisierten Genossen noch in keinem Verhältnis; hier und auch für die Gewerkschaften könne noch mit Erfolg gearbeitet werden. Beim Klassenbericht, den man als befriedigend bezeichnet habe, müsse doch hervorgehoben werden, daß das künftige Resultat auf die Heberkassen aus den großen Parteiufernungen und nicht etwa auf die Vertragsleistung zurückzuführen sei. Gegen die sämtlichen Wahlkreise, die der Zentrallasse gegenüber ihren Pflichten nicht nachkommen, biete das neue Parteistatut eine Handhabe. Durch den Rückgang der Abonentenziffern sei der Partei ein Ausfall von 76 200 M. entstanden.

Redner geht auf den Bericht der Kontrollkommission näher ein und gibt die Versammlung ihrer Unzufriedenheit Ausdruck, weil die Kontrollkommission den Ausschluß des Genossen Heinrich wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl inhiert habe; in ähnlichen Fällen sei sie ebenso verfahren, und in Hildesheim z. B. habe man sogar einem Genossen die Mitgliedschaft belassen, der seine Nichtbeteiligung an der Wahl mit seinem Zweifel über den praktischen Wert der Wahl verteidigte. (Hört! hört!)

Die weiteren Ausführungen des Redners erstrecken sich auf die agitatorischen Aufgaben der Partei, die Jugendbewegung, den beschlossenen Schnapsboykott. Beim Bericht über die parlamentarische Tätigkeit sei der Vorwurf erhoben worden, die Fraktion hätte bei Beratung der Finanzreform Obstruktion treiben sollen; doch sei die Unmöglichkeit und Aussichtslosigkeit nachgewiesen worden. Zur Erbschaftsteuer ist infolgedessen ein Wechsel gefaßt worden, als die Steuerpolitik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gestellt werden soll. Die bekannte Resolution 41, die sich gegen ein eventuelles Zusammengehen mit den Liberalen richtet, sei erst angenommen, tags darauf jedoch abgelehnt worden, nachdem durch die Erklärung einer Anzahl Delegierter, irtümlich gestimmt zu haben, eine erneute Abstimmung veranlaßt worden war. (Bewegung.) Aus dieser Abstimmung mache man einen Sieg des Revisionismus; man übersehe aber dabei die Resolution Dittmann, die für die Taktik auf den Beschlüssen des Dresdener Parteitages verweise. Die Gabelstiftungsaffäre sei durch eine Erklärung der in Frage kommenden Genossen gegenstandslos geworden, wodurch unseren Gegnern etwas entzogen wurde, worauf sie sich schon lange freuten. Die heutige Versammlung dürfe mit den von Genossen Singer zu dieser unliebsamen Angelegenheit gemachten Ausführungen ebenfalls wie der Parteitag einverstanden sein. (Zustimmung.) Nachdem Meißener und Organisationsentwurf vom Referenten eingehend erörtert sind, schließt er seine Ausführungen mit dem Refusese, daß wenn wir uns das Resultat des Parteitages vor Augen halten, wir mit demselben zufrieden sein könnten.

In der Diskussion

knüpft Fritz Krüger an diese Schlussworte an, die Frage aufwerfend, ob denn tatsächlich Gründe vorliegen, mit den Arbeiten des Parteitages zufrieden zu sein. Ihm scheine dies nicht der Fall zu sein. Aufgabe des Parteitages war es, uns neue Waffen zu schmieden und zu schärfen. Wie sehe es damit? Der „Vorwärts“ habe die Schädigung des Volkes durch die Finanzreform durch die Besitzsteuern schmerzhafter machen wollen und ihr das Feigenblatt der Erbschaftsteuer umgehängt. Unsere Fraktion habe die Situation nicht genügend ausgenutzt, und der Parteitag habe dazu nichts gesagt. Die Mehrzahl der Genossen, besonders derjenigen des sechsten Kreises, wolle vom Revisionismus nichts wissen. Wir dürfen keinerlei direkte Steuern bewilligen. Wenn im Programm davon die Rede sei, dann sind nur solche gemeint, die kulturellen Zwecken dienen sollen. Genosse Richard Fischer habe Karzki angegriffen, der sich nur durchaus sachlich im Zentralorgan geäußert habe. Hier sei es notwendig, daß der sechste Kreis anspreche, mit Fischers Vorgehen nicht einverstanden zu sein; hoffentlich rede dazu heute der zweite Kreis ein kräftiges Wort. Daß die Resolution 41 in der zweiten Abstimmung wieder abgelehnt wurde, sei eine Verhöhnung des Parteitages. Die gen-

eralistischen Bildungsbestrebungen der Partei seien zu begrüßen als das beste Mittel gegen den Revisionismus. Öffentlich werden diese Organisationen mit derselben Klarheit geleitet wie bisher die Arbeiterbildungsschule. (Weifall.)

Obst wendet sich ebenfalls dagegen, daß man mit dem Parteitag zufrieden sein könne. Der Vorstandsbericht habe gezeigt, daß manches besser werden müsse. Daß die Kontrollkommission den Ausschluß Heinrichs abgelehnt, sei unbegreiflich; wer sich zur Partei bekenne, müsse auch allen Pflichten nachkommen. Bezüglich der Erbschaftsteuer stellt sich Redner auf Weibels Standpunkt. Das habe mit Revisionismus nichts gemein, denn Weibel sei doch wahrlich kein Revisionist. Was Richard Fischers Ausführungen betreffe, so ist nur zu bedauern, daß er sie in Leipzig und nicht hier in Berlin machte. Karzki's Artikel war nicht ganz einwandfrei. Vellage sich die „Vorwärts“-redaktion, über die Vorgänge in der Fraktion nicht unterrichtet zu sein, so war doch das Redaktionsmitglied Stadthagen mit in der Fraktion, um dem Mangel abzuwehren, die Redaktion also zu unterrichten. Bezüglich der Württemberger Hofgängerfrage soll man doch ehrlich sein und die Engländerreise der Berliner Stadtverordneten in die Kritik mit einbeziehen.

Meinert: Die Diskussion auf dem Parteitag wurde sachlich geführt, und ist zu wünschen, daß nicht schon wieder in nächster Zeit der „Stahl im „Vorwärts““ losgebe. Redner begrüßt den Schnapsboykott. Nichts sei leichter und notwendiger durchzuführen, als der Boykott des Jufels; bei anderen Getränken sei das schwieriger. Bei der Erbschaftsteuer haben wir einen großen Vorkurs gemacht. Nach dem Programm müßte die Fraktion dafür stimmen. (Rufe: Nicht für Auktionsgewedel!) Die Meißenervereinbarung sei zu begrüßen. Sie regelt die Unterführungsfrage, denn niemand kann nur aus Idealismus die Folgen einer Aussperrung auf sich nehmen.

Genosse Fritz Müller erkennt an, daß der Parteitag gute Arbeit geleistet hat. Mit der Zustimmung zur Erbschaftsteuer in dritter Lesung erklärt sich Redner einverstanden, doch ist er darüber im Zweifel, ob man die Finanzreform dem deutschen Volke in dieser Form zugemutet hätte, wenn alle Bequemlichkeit, Obstruktion und Opposition, was ja fast ein und dasselbe sei, zur Anwendung gekommen wären. Die Möglichkeit, größere Opposition zu treiben, war vorhanden. Im sechsten Kreis habe man sich mit dem Verhalten des Genossen Adolf Hoffmann einverstanden erklärt, der im Landtag unter den schwierigen Verhältnissen Opposition trieb, bis man ihn gewaltam mundtot machte. Dann habe sich Hoffmann in Volksversammlungen an die Arbeiterklasse gewandt, und damit agitatorische Erfolge erzielt. Kechnitz müßte auch die Reichstagsfraktion verfahren; hier war der Appell an das Volk am Platze. Wenn immer von Radikalismus und Revisionismus geredet werde, dann müsse er doch fragen: wo bleiben die radikalen Taten? Wir hörten die radikalen Worte, bei der Erbschaftsteuer habe aber die radikale Handlung gefehlt.

Lebedour will nur auf die Ansichten eingehen, die sich mit der Finanzreform befassen. Hier in der Versammlung gingen die Meinungen auseinander. Ränder der Vorredner sprach sich dafür, andere dagegen aus, als dritte Richtung kam jedoch Genosse Müller, der sich auffällig widersprochen habe. Müller mache keinen Unterschied zwischen Opposition und Obstruktion, indem er beide Begriffe verwechsle. In der Fraktion bestand darüber nur eine Meinung, daß man irgendwelche Obstruktion mit Erfolg unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht treiben könne. Was Hoffmann im Landtag getan, war scharfe Opposition, nicht aber Obstruktion, und auch die Reichstagsfraktion nehme für sich in Anspruch, Opposition innerhalb und außerhalb des Parlamentes gegen die Regierung betrieben zu haben. Als wir Obstruktion treiben konnten, geschah es, so bei der Zollvorlage, bei welcher Gelegenheit man dann die Geschäftsordnung devert verschlechterte, daß die Obstruktion zur Unmöglichkeit gemacht wurde. In der Fraktion sei nicht ein Mann, der die Ansichten Müllers unterstütze. Man berufe sich auf Weibels Erklärung zur Erbschaftsteuer und stimme dieser zu, kenne aber Weibels Gründe gar nicht. Er habe sie doch öffentlich nicht mitgeteilt. (Burus: Er hat sie doch Singer geschrieen!) Sider geniesse Weibel das größte Vertrauen und verdiene die größte Beachtung. Die Genossen aber, die sich auf Weibels Autorität berufen, ohne seine Gründe zu kennen, verfallen dem Autoritätsdusel. Weibel ist leidend und längere Zeit von der Fraktion abwesend, konnte seine Gründe also gar nicht ausführlich entwickeln. Verwerflich sei es, daß man Weibel von gewisser Seite zu der bekannten Erklärung, die den Umständen nach nur kurz sein konnte, probierte. (Bewegung.) Unser Programm spreche nur ein Prinzip aus; es sei aber nicht damit gesagt, daß wir jeder beliebigen Regierung solche Steuern bewilligen. 1906 war die Erbschaftsteuer in andere Steuervorlagen hineingearbeitet, die Fraktion hatte bei ihrer Abstimmung somit Gelegenheit, alles abzulehnen. Diesmal verjagte die Regierung entgegen allem konstitutionellen Brauch auf das Mandatgesetz, sondern brachte alle Steuern einzeln zur Abstimmung; dies der Unterschied gegen 1906. Meinert sagt, wir sollten direkte Steuern annehmen, um indirekte Steuern zu beseitigen, aber etwas Berichtigtes kommt doch gar nicht in Frage. Redner wendet sich in längeren Ausführungen noch gegen den Einwand, daß durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer die Agitation erschwerter worden wäre. Die Agitation müsse sich eben auf unserer gesamten Weltanschauung aufbauen und könne nicht ängstlich Rücksicht nehmen auf die Augenblickspolitik; das ließe unsere prinzipielle Agitation vollständig aufgeben. Es beständen Meinungsverschiedenheiten und wir sind uns darüber einig gewesen, daß diese Steuerfragen auf dem nächsten Parteitag in großen Zusammenhängen zur Sprache gebracht werden sollten. Was den Genossen Richard Fischer betreffe, so handelte es sich in Leipzig darum, daß er Karzki das Recht absprach, als Ausländer in der deutschen Politik mitzureden. Das sei ein Verstoß gegen die internationale Solidarität. Karzki sei seit 16 Jahren für die deutsche Partei tätig, und es komme nur darauf an, daß er die Dinge, über welche er schreibe, auch genau kenne. Wenn Richard Fischer mit den Verhältnissen in Belgien und Frankreich hinreichend vertraut ist, so kann er auch als Deutscher darüber schreiben, wie umgekehrt Karzki bei seiner Kenntnis der deutschen Verhältnisse als Ausländer das Recht hat, über Deutschland zu schreiben. Wenn der Wunsch geäußert wurde, der „Vorwärts“ möge keinen „Stahl“ aufbrühen, so ist das Zentralorgan doch dazu geschaffen, daß dort Meinungsverschiedenheiten zum Austrag gebracht werden, wenn dies auch manchem Genossen unangenehm erscheine. Nun ist beschlossen, unsere Stellung zur Steuerpolitik auf dem nächsten Parteitag zur Sprache und zur Klärung zu bringen, was der Partei und der Agitation nur zum Vorteil gereichen wird. (Lebhafter Weifall.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt und die Vertagung der Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

	am 28. 9.	am 27. 9.		am 28. 9.	am 27. 9.
	cm	cm		cm	cm
Amel, Mühl	113	—4	Saale, Grassky	182	—40
Bregel, Jüterburg	—39	+5	Saale, Spandau	42	—2
Sehmel, Thon	91	+50	Spree, Rathenow	35	—1
Döber, Anstaber	90	+7	Spree, Spremberg	66	0
• Franke	63	—2	• Bestow	53	—2
• Frankfurt	62	—2	• Weier, Witten	—80	—16
• Witten	36	+2	• Witten	22	0
• Landsberg	—9	+2	• Rhein, Rheinfriedland	390	—10
• Rehe, Vordamm	—23	0	• Raab	177	+7
• Elbe, Wittmer	—35	+1	• Rahn	163	—2
• Dresden	—156	—2	• Redar, Heilbronn	63	+11
• Harb	112	+2	• Rain, Weichsel	133	0
• Magdeburg	112	+13	• Weisel, Treier	44	+6

+) + bedeutet Wachs. — Null. — *) Unterpeal.

A. WERTHEIM G.M. B.H.



LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

Soweit der Vorrat reicht:

KONSERVEN

Kaiserschoten ^{extra}	1/2 Dose 1.30, 1/4 Dose 70 Pf.
Kaiserschoten	1/2 Dose 1.15, 1/4 Dose 63 Pf.
Junge Schoten ^{extrafein}	1/2 Dose 95 Pf., 1/4 Dose 53 Pf.
Junge Schoten I	1/2 Dose 80 Pf., 1/4 Dose 45 Pf.
Junge Schoten II	1/2 Dose 55 Pf., 1/4 Dose 33 Pf.
Junge Schoten III	1/2 Dose 48 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose 38 Pf.
Gem. Gemüse II	1/2 Dose 65 Pf.
Gem. Gemüse	1/2 Dose 48 Pf.
Stangenspargel ^{extrastark}	1/2 Dose 1.70, 1/4 Dose 90 Pf.
Stangenspargel I	1/2 Dose 1.50
Stangenspargel II	1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.
Stangenspargel III	1/2 Dose 1.15, 1/4 Dose 63 Pf.

Riesenbruchspargel	1/2 Dose 1.40, 1/4 Dose 75 Pf.
Bruchspargel ^{extrastark}	1/2 Dose 1.30, 1/4 Dose 70 Pf.
Bruchspargel I	1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
Bruchspargel II	1/2 Dose 85 Pf., 1/4 Dose 48 Pf.
Bruchspargel ^{ohne Köpfe}	1/2 Dose 75 Pf.
Abschnittspargel	1/2 Dose 40 Pf.
Deutsche Marmeladen	
Aprikosen, Erdbeer, Himbeer, Johannisbeer, Kirschen Glas	68 Pf.
Pflaumen Glas	50 Pf.
Orangen Glas	70 Pf.
Gemischte Marmelade	
Eimer ca. 2 1/2 kg	1.25, Eimer ca. 5 kg 2.25
Marmelade Erdbeer-, Himbeer-, Orange-, Kirsch-, Johannisbeer . . . Topf	35 Pf.

Bismarck-Heringe	Dose 45 Pf.
Bratheringe	Dose 45 Pf.
Delikatessheringe ^{in verschiedenen Saucen}	Dose 52, 83 Pf.
Heringe in Aspik	Dose 35 Pf.
Aal in Gelee	Dose 75 Pf.
Lachs in Gelee	Dose 1.10
Russische Sardinen	Glas 25 Pf.
Anchovis	Glas 25 Pf.
Gabelbissen	Dose 40, 55 Pf.
Appetit-Sild	Dose 35 Pf.
Echt Nürnberger Ochsenmaulsalat	
	1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
Kronen-Hummer	1/2 Dose 1.90, 1/4 Dose 1.30

KOLONIALWAREN

Riesenerbsen	Pfund 17 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund 16 Pf.
Grüne Erbsen	Pfund 16 Pf.
Glasierte Erbsen ^{gelb}	Pfund 24 Pf.
Spalterbsen	Pfund 19 Pf.
Kleine Bohnen	Pfund 15 Pf.

Gebrannter Kaffee

Mischung I	II	III	IV	V	VI	VII
Pfund 1.00	1.10	1.25	1.50	1.60	1.80	2.00

Langbohnen	Pfund 18 Pf.
Grosse Bohnen	Pfund 24 Pf.
Bruchreis	Pfund 15 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund 16 Pf.
Bassein-Reis	Pfund 20 Pf.
Java-Reis	Pfund 25, 30, 36 Pf.

LIKÖRE UND SPIRITUOSEN

Die Preise gelten nur noch heute Donnerstag u. erhöhen sich von morgen ab bis 80 Pf. die Flasche

Jamaika-Rum, Verschnitt II	Flasche 1.00
Jamaika-Rum, Verschnitt I	Flasche 1.50
Jamaika-Rum, Verschnitt extra	Pf. 2.20
Jamaika-Rum II	Flasche 2.80, I Flasche 3.40
Extra feiner Jamaika-Rum	Flasche 4.35
Extra feiner alter Jamaika-Rum	5.00
Arrak Verschnitt	Flasche 2.00
Arrak de Goa	Flasche 3.00
Arrak de Batavia	Flasche 4.20

Französisch. Kognak ^(in Deutschland fertig gestellt)	
Edgard Remy & Co.	1/2 Flasche 2.65
J. G. Monnet & Co. (Gold-Etikette)	1/2 Flasche 3.00
1890* J. G. Monnet & Co.	1/2 Flasche 4.00
1885* Jas. Prunier & Co.	1/2 Flasche 5.50
1883* Jas. Prunier & Co.	1/2 Flasche 6.00
Kognak-Verschnitt	1/2 Flasche 1.20
Feiner Kognak-Verschnitt	1/2 Flasche 1.75

Deutscher Weinbrand-Kognak	1/2 Flasche 2.75
Alter Nordhäuser Korn	Champagnerflasche 1.00
Extra feiner alter Nordhäuser Korn	1.30
Feiner alter Nordhäuser Kornbranntwein	Liter-Krug 2.00
Lütjenburger Korn	1/2 Flasche 1.25
Irish Whisky	1/2 Flasche 3.90
Scotch Whisky (John Dewar & Sons)	1/2 Flasche 3.90
Scotch Whisky (Black & White)	1/2 Flasche 5.00
Hunter Rye Whisky	1/2 Flasche 5.00

FLEISCHWAREN

Zerelatwurst	Pfund 1.10
Salamiwurst	Pfund 1.10
Teewurst	Pfund 1.15
Mausschinken ^{ca. 2-3 Pfund schwer}	Pfund 1.20
Schinkenspeck	Pfund 1.05
Gänsebrust	Pfund 1.45

Mettwurst	Pfund 85 Pf.
Jagdwurst	Pfund 90 Pf.
Hallesch. Leberwurst	Pfd. 1.00
Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.
Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Rotwurst	Pfund 45, 65 Pf.

Königsb. Fleck ^{Dos. ca. 50}	2 Pfund 85 Pf.
Frikassee von Huhn ^{Dos. ca. 1 Pfund}	85 Pf.
Delikatess-Würstchen	90 Pf.
Prima Ochsenzungen	
	Dose 3.90, 5.25, 6.75
Frühstückszungen	Dose 1.20, 2.15

GEFLÜGEL

Junge Gänse	Pfund 57, 67 Pf.
Suppenhühner	1.60, 2.00, 2.20
Brathühner	75, 90 Pf., 1.20

Tafelbirnen ^{Beurré blanc}	Pfund 10 Pf.
Tiroler Äpfel	Pfund 14 Pf.
Kochäpfel	Pfund 10 Pf.

Hirschfleisch Rücken und Keule Pfd. 80 Pf., Blätter Pfd. 40 Pf., Ragout Pfd. 25 Pf.

Nur heute: Ein Posten Hill-Glühkörper Stück 27 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 8. Oktober, früh 8 Uhr, findet für den 5. und 8. Kommunalwahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, sich an diesen Wahlarbeiten zu beteiligen. Die Genossen der 7. Abteilung sind bereits den einzelnen Bezirken zugeteilt, die Genossen der 8. Abteilung treffen sich bei Wiemers, Wilowstr. 68, und erhalten dort Auskunft. Parteigenossen! Auf, an die Arbeit!

Königs-Busterhausen. Den Parteigenossen aller zum Agitationsbezirk Königs-Busterhausen gehörenden Ortschaften, Deutsch-Busterhausen, Schenkenhof, Grob- und Klein-Weßen, Zeesen, Senzig, Bernsdorf, Niederlehne und Wildau, zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Weidhorn (Altes Schützenhaus) eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen stattfindet. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Jubelil. Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ist es, zu dieser Versammlung ihre Frauen sowie alle Indifferenten mitzubringen. Zu dieser Versammlung findet am Freitag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, in allen obengenannten Ortschaften eine Flugblattverbreitung statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 8. Oktober, früh 8 Uhr, findet von folgenden Lokalen aus eine Handzettelverbreitung statt: 1. Bezirk: Neuh. Platanenstr.-Ecke Kaiserweg; 2. Bezirk: Gappa, Eichenstr.-Ecke Waldstr.; 3. Bezirk: Wobst, Beuthstr.-Ecke Waldemarstr.; Nordend: Schüller, Blankenseider Str. Wir bitten die Genossen, pünktlich und zahlreich in den Bezirkslokale zur Stelle zu sein. Die Bezirksleitung.

Tegel. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von J. Klippenstein, Spandauer Str. 4, die Mitgliederversammlung statt. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Das Fundament kommunalliberaler Herrschaft!

Berlin rüstet zu den Stadtverordnetenwahlen, die im November stattfinden. Der Stadtverordnetenversammlung überreicht jetzt der Magistrat eine Vorlage über die Wählerzahl der Bezirke, die an den Wahlen teilzunehmen haben. Die Zahlen dieser Zusammenstellung zeigen mit noch größerer Deutlichkeit als früher, wie schmächtig durch das Dreiklassenwahlrecht eines Häufleins privilegierter Geldsackbesitzer die breite Masse des werktätigen Volkes entrechtet wird.

Gleich ist der Einfluß der drei Klassen auf die Gemeindeverwaltung, gleich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Stadtverordneten, aber ungleich bis zur Ungeheuerlichkeit ist die Zahl der Gemeindevähler, die zu den drei Klassen gehören. Wer die Ehre der Zugehörigkeit zur ersten Wählerabteilung genießen will, muß jetzt mindestens 6450,80 M. Steuern pro Jahr zahlen können; wer wenigstens noch mit der zweiten Abteilung wählen will, muß eine Steuerleistung von nicht unter 192,73 M. aufweisen; wer es aber nicht mal so weit gebracht hat, der wird zur Klasse der Wähler dritter Abteilung geworfen.

Wie groß die Masse jetzt ist, das erfährt man diesmal leider nicht. Von den 144 Stadtverordnetenmandaten entfallen auf jede Abteilung 48, und jede hat alle zwei Jahre 16 neu zu vergeben, da aber das Stadtgebiet Berlin für die erste und zweite Abteilung in je 16 Bezirke, für die dritte in 48 Bezirke eingeteilt ist, so wählen in der ersten und der zweiten Abteilung alle zwei Jahre sämtliche 16 Bezirke, jeder einen Stadtverordneten, in der dritten dagegen immer nur ein Drittel oder 48 Bezirke, abwechselnd jedesmal 16, gleichfalls jeder einen Stadtverordneten. Die Vorlage des Magistrats enthält nun diesmal für die dritte Abteilung nur Angaben über die 16 an der diesjährigen Wahl beteiligten Bezirke, während in den vorhergehenden Wahljahren die bezüglichen Vorlagen uns für alle 48 Bezirke dritter Abteilung über die Wählerzahlen belehrten. Für die 16 diesmal beteiligten Bezirke finden wir eine Gesamtzahl von 121 059 Wählern (ohne die noch zu erwartenden Nachträge). Wenn man diese Zahl mit drei multipliziert, so bekommt man für die ganze dritte Abteilung über 363 000 Wähler, wobei mal davon abgesehen werden soll, daß die drei Drittel der dritten Abteilung schwerlich gleich groß sein werden.

Diesen 363 000 der dritten Abteilung stehen jetzt gegenüber 31 504 Wähler der ganzen zweiten Abteilung und gar nur 995 Wähler der ganzen ersten Abteilung! Noch vor zwei Jahren zählte die ganze dritte Abteilung 346 157 Wähler, die zweite 33 252, die erste 1621 (immer ohne die Nachträge). Man sieht, wie der Klassengegensatz auf dem das Gemeindevahlrecht fußt, sich noch mehr verschärft hat. Diesmal kommen auf je einen Wähler erster Abteilung rund 32 Wähler zweiter Abteilung und — 365 Wähler dritter Abteilung; mithin hat jetzt ein Wähler erster Abteilung durchschnittlich einen 365mal so großen Einfluß auf die Gemeindeverwaltung wie ein Wähler dritter Abteilung. 48 Stadtverordnete auf nur noch 995 Wähler erster Abteilung macht pro Stadtverordneten durchschnittlich 21 Wähler; auf die 48 Stadtverordneten der zweiten Abteilung entfallen von den 31 504 Wählern je 653; die 48 Stadtverordneten der dritten Abteilung aber vertreten 363 000 Wähler, macht pro Stadtverordneten durchschnittlich 7562 Wähler. Ist es nicht etwas Herrliches — so darf hier der Berliner Stadtfreiein frohlocken — um das Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts?

Die Verdrängung der Wahlbezirke in einzelnen ergibt noch Herrlicheres, weil ja auch die Bezirke noch sehr ungleich groß sind. Der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, eine Neuabgrenzung der Wahlbezirke vorzunehmen, weil die Ungleichheit im Laufe des letzten Jahrzehnts schon wieder zu arg geworden ist, hat bisher zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Für 1909 war die Ausführung beschlossen worden, aber im letzten Augenblick fand der Stadtfreiein, es sei noch nicht nötig. So sehen wir jetzt Wählerzahlen in den Bezirken erster Abteilung von nur 90 bis höchstens 129, zweiter Abteilung von 789 bis 4851, dritter Abteilung von 2870 hinauf bis zu der gewaltigen Zahl 16 195. Für die dritte Abteilung wollen wir die Wählerzahlen vollständig angeben: es haben der 2. Bezirk 2870 Wähler, der 5. Bezirk 6131, der 8. Bezirk

5776, der 13. Bezirk 6642, der 14. Bezirk 7097, der 17. Bezirk 4251, der 18. Bezirk 3956, der 24. Bezirk 15 676, der 25. Bezirk 14 655, der 28. Bezirk 5021, der 31. Bezirk 5321, der 37. Bezirk 5784, der 39. Bezirk 6208, der 42. Bezirk 6981, der 43. Bezirk 8495, der 47. Bezirk 16 195 Wähler.

16 195 in einem Bezirk ist übrigens noch lange nicht der Gipfel. Die überhaupt höchste Wählerzahl wird sich im 26. Bezirk finden, der diesmal nicht mitwählt; wir dürfen sie auf jetzt mindestens 24 000 schätzen. Bleiben wir aber bei den diesmal mitwählenden Bezirken. Da ergibt sich, daß im kleinsten Bezirk erster Abteilung 30 Wähler durch drei Stadtverordnete vertreten sind, macht pro Stadtverordneten 10 Wähler. Dagegen sind im 47. Bezirk dritter Abteilung 16 195 Wähler durch einen Stadtverordneten vertreten, eine über 1600mal so große Zahl.

Und dieses ungeheuerlichen Zustandes schämt der Berliner Stadtfreiein sich nicht? Die Herrschaft im Stadtparlament, die durch solche skandalöse Benachteiligung der Wählermassen ihm gesichert wird, gilt ihm nicht als entehrende Schmach? Die Verbeibehaltung der alten Bezirksenteilung gewährt den Freisinnigen in den kleinen Bezirken dritter Abteilung ein paar letzte Schlupfwinkel. Das Dreiklassenwahlrecht aber wirft ihnen mit Hilfe der zweiten und der ersten Abteilung eine Zweidrittelmehrheit ohne jeden Kampf in den Schoß, eine Zweidrittelmehrheit, die ihm sicher ist, auch wenn die ganze dritte Abteilung der Sozialdemokratie gehörte.

Das Reichstagswahlrecht — das allgemeine, an keine Steuerleistung gebundene — paßt dem Freisinn nicht für die Kommune. Er will nicht rütteln lassen an dem Fundament kommunalliberaler Herrschaft, sich nicht stören lassen in der Entrechtung des werktätigen Volkes.

Die Abteilungslisten für die bevorstehenden Landtagswahlen

in 5., 6., 7. und 12. Berliner Landtagswahlbezirke werden ausliegen am Sonntag, den 10. Oktober, von 10 bis 1 Uhr, am Montag, den 11. Oktober, von 5 bis 8 Uhr und am Dienstag, den 12. Oktober, von 5 bis 8 Uhr in vier verschiedenen Lokalen.

Vom Fräulein Mielczyn.

Auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ist ein fünfgliedriger Ausschuß gewählt worden, der sich mit dem Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf Zurückziehung der Fürsorgezöglinge aus Mielczyn beschäftigen sollte. Dieser Ausschuß trat am Dienstag zusammen und nahm zunächst Kenntnis von dem Stande der ganzen Angelegenheit. Vom Magistrat wurde das gesamte auf die Sache bezügliche Material vorgelegt. Aus demselben geht hervor, daß tatsächlich die schweren Ausstellungen stattgefunden haben, von denen wir berichteten. Es sind verschiedene Untersuchungen vorgenommen worden, auch solche von der Regierung veranlaßt. Es sind auch bereits durch den Minister Anordnungen ergangen, die Abhilfe schaffen sollen. In einem solchen Schreiben an den Magistrat bezw. die Kaiserverwaltung wird unterblümt ausgesprochen, daß der Pastor Breithaupt ungeeignet zum Erzieher sei, daß der Inspektor Engels zu seinem Posten nicht taugte und daß von den sogenannten Erziehern — besser Aufsichtern — kaum zwei den minimalen Ansprüchen genügt, die übrigen aber gar nicht an den Posten gehörten, an den sie gestellt worden sind. Befordert wird, daß ein Mann an die Spitze der Anstalt gestellt wird, der die nötigen Fähigkeiten zum Erzieher besitze, und daß auch Personal angestellt werden müßte, das zum Teil gleichfalls über gewisse pädagogische Kenntnisse verfüge.

Nicht uninteressant ist ein Schriftwechsel, der zwischen der Kaiserverwaltung bez. dem Magistrat und dem Aufsichtsrat der Mielczyn Anstalt stattgefunden hat. Vom Magistrat wurde dem genannten Aufsichtsrat unter Hinweis auf die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß für ein ferneres Verbleiben von Zöglingen in der Mielczyn Anstalt die Anstaltsleitung erst bestimmte formulierte Forderungen erfüllen müsse, Forderungen, zu denen die Stadt Berlin auch von ihrer vorgelegten Behörde genötigt wird. Auf dieses Schreiben hin antwortete der Aufsichtsrat in einem recht überhebenden Tone, der auf das Verhältnis der Stadt zu dem Aufsichtsrat für die Zukunft recht eigenartige Ausflüchte eröffnet. Breithaupt's Verhalten wird darin zu entschuldigen gesucht. Kein Wort von der Pflicht der Aufsicht, die die Leitung hatte, aber gar nicht ausgesüßelt hat. Schließlich aber macht die Verwaltung den Vorschlag, es wäre das beste, Berlin übernehme pa chweise das Realgymnasium auf 20 Jahre zu einer jährlichen Pacht von 16 000 Mark, aber ohne die ertragbringende Landwirtschaft!

Im Ausschuß herrschte ob des in dem Schreiben zum Ausdruck kommenden Tones nur eine Stimme der Mißbilligung. Es sei nicht geeignet, besonderes Vertrauen zu erwidern. Auf den gemachten Vorschlag einzugehen, könne aus dem Handgelenk nicht entschieden werden; von anderer Seite wurde ausgesprochen, daß davon gar keine Rede sein könne, der Wert der ganzen Anstalt mit Inventar sei überhaupt nicht mehr wert als die geforderte jährliche Pachtsumme. Die realistische Seite der Sache — Auflösung des Vertrages — wurde dann nach den verschiedensten Seiten hin erörtert. Die Kommission entschloß sich, in einer neuen Sitzung sich mit der Sache weiter zu befassen.

Inzwischen haben die Mielczyn Vorkommnisse die Kaiserdeputation veranlaßt, sich mit einer prinzipiellen Lösung wichtiger Fragen der Fürsorgeziehung zu beschäftigen. Die Kaiserdeputation hat beschlossen, einen neungliedrigen Ausschuß aus den Stadträten von Friedberg, Dr. Münsterberg, Dr. Fischer und Dr. Straßmann und aus den Stadtverordneten Dr. Bernstein, Strauß, Dr. Witow, Schulze und Ulrich einzusetzen, der über die Art der Ausführung der Fürsorgeziehung, insbesondere über die Klassifizierung der Zöglinge, die Anstellung eines pädagogischen Leiters der Fürsorgeziehung, die Regelung der Veranschlagung der Privatankosten, die Umgestaltung der Lichtenberger Anstalt und den Bau eigener Anstalten der Stadt Berlin Vorschläge machen soll.

Ablenkung von sechs Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genötigt zur Ausbesserung der Kreuzungsanlage an der Wilow- und Rantkestr. während einiger Nächte die über die Kreuzung verkehrenden Wagen umzulenken. Die Ablenkung beschränkt sich aber nur auf die Zeit von 2 Uhr nachts bis 6 Uhr früh. Sie ist notwendig in den Nächten vom 30. September zum 1. Oktober, ferner vom 6. zum 7. und vom 7. zum 8. Oktober. Die Umleitung betrifft folgende Linien: Bei Linie 3 gehen in Richtung B die Wagen 5.09, 5.17 und 5.25 ab Bellevuestr. und 5.23 ab Kleine Franzfurter Str.; in der Richtung A 5.20 ab Weddingplatz über die Wilow-, Potsdamer, Haupt-, Kolonnen-, Siegfried-, Monumenten-, Kreuzberg- und Rantkestr. in beiden Richtungen. Bei Linie 64 gehen die Wagen 5.00 ab Landsberger Allee und 5.02 und 5.40 ab Rollendorfplatz wie Linie 3. Von Linie 82/90 gehen die Wagen 5.00, 5.10 und

5.20 (Linie 82) und 5.25 (Linie 90) ab Schleißes Tor und wie Linie 3, vom Rollendorfplatz durch die Rantkestr., über den Prager Platz usw. Von Linie III geht der Wagen 5.00 früh ab Eisenacher Str. über die Haupt- und Potsdamer Str. Endlich gehen von Linie E die Wagen ab Rantkestr. 1.00 und 2.00 über die Wilow-, Potsdamer- und Hauptstr.

Ein Kircheneinbruch wurde in der vergangenen Nacht am Johannistag verübt. Noch unbekannte Diebe drangen durch die Seitentür an der Willherstr. in das Gotteshaus ein, öffneten die Sakristei mit einem Nachschlüssel, erbrachen dort mehrere Spinde und erbeuteten daraus eine stark verfilzte Tauffschüssel mit Kanne, einen kleinen vergoldeten Abendmahlsteller, eine vergoldete Wasserkanne, einen schwarzen Gehrock und eine braunlederne Handtasche. Wahrscheinlich haben sie die Geräte für massiv silbern oder golden gehalten und den Rock benutzt, um die Beute einzuwickeln. Händler usw. werden vor dem Ankauf der Sachen gewarnt.

Den Tod im Wasser fand eine unbekannte Frau, die gestern nachmittags um 5 Uhr am Helgoländer Ufer in die Spree sprang. Obwohl Schiffer die Lebensmüde bald herausholten, war der Tod bereits eingetreten. Ausweisepapiere hatte die Lebensmüde nicht bei sich. Sie ist etwa 60 bis 65 Jahre alt und scheint ihrer Kleidung nach dem Arbeiterstande anzugehören.

Rot und Arbeitslosigkeit haben die Maschinenschreiberin Maria Franz aus der Duxstr. 4 in den Tod getrieben. Fräulein F. war seit längerer Zeit ohne Stellung und sie mußte infolgedessen große Entbehrungen leiden. In ihrer verzweifelten Lage erhängte sich die Unglückliche in ihrem Zimmer am Fensterrahmen. Als Nachbarn die Tat entdeckten, war die Lebensmüde bereits tot.

Eine tapfere Kämpferin ist dieser Tage zu Grabe getragen worden in der Person der Gattin unseres alten Genossen Feix Wille. Unter schweren Sorgen aufgewachsen, mußte sie schon infolge des Todes des Vaters in früherer Jugend mit 17 Jahren die Sorge für die Mutter übernehmen und schaffte auch durch Schneidern die Mittel herbei, um ihren jüngeren Bruder, der in der Nähmaschinenfabrik mehrere Finger verloren hatte, Kaufmann lernen zu lassen.

Zwei Jahre nach ihrer Verheiratung, am 21. Juni 1886, traf ihren Gatten der Ausweisungsbefehl. Und obwohl Frau Wille sich in hochschwangerem Zustande befand, lebte sie es trotzig und mutig ab, einen Rucksack der Ausweisung bei den Volkstreckern nachzusuchen. Und so konnte Genosse Wille erholdener Hauptes und stolz auf seine tapfere Lebensgefährtin ins Exil gehen, wenn auch mit banger Sorge um sein Weib, das acht Tage nachher von einer Tochter entbunden wurde, die ferner als Schmerzenskind bezeichnet wurde. Am 1. Oktober desselben Jahres sollte die Ueberriedelung nach Braunschweig erfolgen. Genosse Wille fragte kurzweg beim Präsidium an, ob er zu diesem Zwecke nach Berlin kommen und seiner Frau mit zwei kleinen Kindern beim Umzug behilflich sein dürfe. Als darauf keine Antwort erfolgte, ging Mutter Wille mit ihren beiden Kindern auf dem Weg zum Präsidium, setzte den Herrschaften mit den Worten: „So, wenn Sie meinen Mann nicht verlassen wollen, dann muß ich allein den Umzug besorgen“, die beiden Kinderchen auf den Tisch und bekräftigte ihre Worte noch mit einem kräftigen Faustschlag, daß die Zintengläser wackelten. „Aber gut verwahren, meine Kleinen sind an Ordnung gewöhnt“. Mit diesen Worten wollte sie davonlaufen. Giltig wurde sie zurückgerufen und ihr aufgetragen, zu beschließen, daß der „Attentäter“ sofort herkommen könne, aber sich nur 24 Stunden in Berlin aufhalten dürfe. Durch diese brutale Behandlung wurde die Genossin, von Charakter und Herzengüte die friedlichste Person der Welt, eine geschworene Feindin der bestehenden Gesellschaftsordnung.

In Braunschweig und Umgebung fanden beide reiche Gelegenheiten, der kämpfenden Arbeiterkraft nützlich zu sein. Wenn ihr Gatte oft 4 bis 6 Wochen lange Agitationsreisen unternahm, besorgte sie neben ihren häuslichen Arbeiten die Expedierung des damaligen Wandhändler-Handbuchs der Berliner Richtung prompt und gewissenhaft, ohne daran zu denken, für diese Extraleistungen auch Extratschadigungen zu beanspruchen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes lehrte Genosse Wille mit seiner Familie nach Berlin zurück und hier hat die Verstorbenen in goldener Treue ihrem Gatten in seiner proletarischen Aufklärungsarbeit zur Seite gestanden. Die zahlreichen Genossen, die Mutter Wille im Laufe der Jahre kennen und schätzen gelernt haben, wissen, welche Stütze und Kämpferin unserer Bewegung mit ihr dahingegangen, und werden ihrer ehrend gedenken.

Unter dem Verdacht der Choleraerkrankung ist gestern abend der zwanzigjährige Kipflarbeiter Friedrich Satz aus der Frankfurter Allee in die Charité eingeliefert worden. Der junge Mann erkrankte am vergangenen Sonntag und seine Wirkfrau konnte sich nicht erklären, was ihm fehlte. Er litt unter starken Brechdurchfällen und gestern abend ließ man aus der Nachbarschaft einen Arzt kommen. Er untersuchte den Patienten und neigte zu der Ansicht, daß hier Cholera vorliege. Auf seine Veranlassung wurde S. unter den nötigen Vorkehrungen in einem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach der Charité gebracht, wo er gleich in der Choleraabarde untergebracht wurde. Auch die Wirtin sowie eine tante des jungen Mannes, die in dem Krankenzimmer gewohnt hatte, wurden nach der Charité gebracht, wo sie unter Beobachtung stehen. Das gleiche geschieht vorläufig mit den beiden Krankentransportieren. S. dürfte wohl kaum am Leben bleiben. Ob tatsächlich die gefährliche asiatische Cholera vorliegt, wird erst später festgestellt werden können.

Vom Flugfelde.

Bald nach 3 Uhr begannen gestern die Wettflüge. Den Reigen eröffnete Molon, der mit seinem Gloriat-Eindecker um 3 Uhr 7 Min. für den Geschwindigkeitstest startete. Kurz vor dem Start hob sich der Apparat in der ihm eigenen eleganten Weise und legte die erste Runde in gleichmäßigem Fluge zurück. Plötzlich stoppte der Aviatiker den Motor ab und wenige Sekunden darauf senkte sich der Aeroplan zu Boden. Um 3 Uhr 18 Min. unternahm Latham einen Vogelflug, den er aber bereits nach der dritten Runde wegen Aussehens des Motors abbrechen mußte. Um 3 Uhr 28 Minuten startete Harmon um den Entfernungs- und Dauerpreis (Mindestleistung 60 Kilometer). Sein Zweidecker flog in einer Höhe von 1/2 bis 3 Meter über das Feld und nahm mit Leichtigkeit die Kurven. Der Luftschiffer mußte jedoch nach der 11. Runde infolge Propellerdefektes niedergehen, nachdem er 80 Minuten in der Luft geweilt war. Alsdann startete Molon zum zweitenmal um den Geschwindigkeitstest. Nachdem er in elegantem Bogen angefahren war, stürzte er schon in der ersten Runde in der Kurve ab einer Höhe von vier Meter ab. Der Aviatiker selbst blieb glücklicherweise unberührt, dagegen ist sein Apparat so gut wie vernichtet. Die Flügel, die Schraube und das Untergerüst sind gebrochen, so daß dieser Luftschiffer an der Konkurrenz nicht mehr teilnehmen kann. Um 3 Uhr 40 Minuten flog Sanchez Befo auf, ging aber schon nach einer Minute ebenfalls nieder. Inzwischen startete Latham zum zweiten Male. Der wahre Luftschiffer wurde aber anscheinend vom Unglück verfolgt, denn schon in der ersten Runde erlitt sein Aeroplan einen Defekt an der Fandung, infolgedessen der Aviatiker den Boden aufsuchte. Der berühmte lieberlandflieger verlor jedoch keineswegs den Mut, sondern meldete sofort einen dritten Aufstieg an. Um 4 Uhr nachmittags lagen gleichzeitig vier defekt gewordene Aeroplane auf dem Flugfelde. — Während die Trümmer

des Kolonschen Apparates mittels Bogens nach dem Flieger-
schuppen geschickt wurden, unternahm Sanchez Weis wieder-
holt Anflüge, konnte jedoch erst bei dem fünften Anlauf in die
Höhe steigen. Er umflog dann auch glatt zwei Runden. Bei der
dritten versagte jedoch auscheinend der Zylinder, der Spanier
wich von der Fluglinie ab und ging gegenüber der Kaiser-
loge hart zu Boden. Hierbei wurde ein Teil des Unter-
gestelltes zertrümmert, während auch in diesem Falle der Führer selbst
glücklichweise gänzlich unversehrt blieb. Um 4 Uhr 28 Min. startete
dann Rougier um den Entfernungs- und Dauerpreis. Der Anflug
war ein guter und der Franzose ging sofort bis zu einer Höhe von
40 Metern empor. Die ruhige Bewegung und der elegante Flug
des Rougierschen Aeroplans erregten die Bewunderung des
Publikums, das dem Luftschiffer wiederholt zuzubekommen, eine
Ovation, die der Franzose durch Schwenken der Flügel quittierte.
Während Rougier noch in der Luft schwebte, stieg um 5 Uhr
18 Min. Ratham auf, der sich um den Höhenpreis bewarb. Und nun
entpinn sich ein interessanter Wettflug in den Lüften. Es zeigte
sich sofort, daß der Eindecker des Ueberlandfliegers dem Apparate
seines Landsmannes in Bezug auf Schnelligkeit weit überlegen war
und es gelang Ratham bald, seinen Konkurrenten einzuholen. Nach
einem wundervollen Fluge, der sich doppelt interessant gestaltete, weil
an dem Wettstreit, allerdings außer Konkurrenz, auch Harman sich be-
teiligte, landete Rougier um 6 Uhr 6 Min., nachdem er 31 Runden =
77 1/2 Kilometer in 1 Stunde 38 Min. zurückgelegt hatte. Die Landung
vollzog sich in einem vorzüglich ausgeführten Manöver. Mit kolossaler
Schnelligkeit schoß der Apparat aus einer Höhe von 80 Metern
herab, um nach 20 Metern Fall wieder emporzuheben und dann
allmählich den Boden zu erreichen. Im Laufe der Fahrt hatte
Ratham seine Absicht, um den Höhenpreis zu konkurrieren, aufgeben
müssen, weil er versehentlich über die Pylonen hinausgefahren war,
so daß eine Höhenmessung nicht stattfinden konnte. Ratham landete
glatt um 6 Uhr 27 Min., nachdem er 27 Runden gefahren war. Er
hat also 67 1/2 Kilometer in 1 Stunde 11 Minuten zurückgelegt.

Damit waren die gestrigen Wettflüge beendet.
Stürmische Heiterkeit erweckte bei den Zuschauern ein Vorfall,
welcher die Korrektheit des preussischen Beamtenrechts am gestrigen
Abend nach elagierterer Dunkelheit in das rechte Licht rückte.
Ratham hatte kurz vor seiner Landung um 6 Uhr 27 Min. abends ver-
sehenlich einen Laternenpfahl angefahren. Als der Wächter ge-
sandet war, trat ein Gendarm auf ihn zu und wollte seine Sistierung
vornehmen, weil L. sich einer Sachbeschädigung schuldig gemacht
habe. Natürlich kam es nicht zu einer Sistierung, da der Zwischenfall
durch die Leitung der Deutschen Flugplatz-Gesellschaft sofort erledigt
wurde.

Gegen das Provinzialschulkollegium richtete sich eine Klage der
Stadt Berlin, die gestern vom Bezirksauschuss verhandelt wurde.
Es handelte sich um eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums,
nach der ferner eine Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung
bei der Wahl der Lehrer und Lehrerinnen noch bei den Rektoren der
Volkschulen stattfinden darf. Der Bezirksauschuss erklärte auf
Aufhebung der Verfügung.

Der Jugendauschuss veröffentlicht heute im Informativteil die
Vortragsfolge der für die Jugend in diesem Winter veranstalteten
Vortragsreihe.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß schon morgen Freitag,
den 1. Oktober, in den Remisbahnen, Kommandantenstr. 58, pünktlich
abends 8 Uhr, der Vortragskursus über Naturwissenschaft beginnt.
Genosse Engelbert Graf spricht über: Die Rätsel des
Lebens. Der Vortrag wird durch Lichtbilder unterstützt.

Der Jugendauschuss erwartet eine recht zahlreiche Beteiligung
der arbeitenden Jugend.

Feuerwehrbericht. In der gestrigen Nacht um 4 Uhr wurde der
12. Zug nach dem Zoologischen Garten alarmiert. Die Ermittlungen
ergaben, daß es sich um einen blinden Alarm handelte, hervorgerufen
durch Nebenschluß in einem der dortigen Feuermelder. Gegen mitter-
nacht erfolgten zwei Feuermeldungen nach der Prenzlauer Allee 100
und Brunnenstraße 58. Hier war die Umwidmung eines Dynamos
in einem Kinematographentheater und dort das Dachgebälk in einer
Fabrik in Brand geraten. Die Flammen waren in der Fabrik aus-
gekommen und hatten sich dann einen Transmissionsriemen
fortgepflanzt. Als sie die Dachkonstruktion ergriffen, wurde die
Fabrik bemerkt und dann von der 1. Kompanie beseitigt. Der
13. Zug hatte abends in der Chausseestraße 29 zu tun, wo in dem
Laden der Firma Boer Sohn Feuer ausgebrochen war.
Das Kartons und Packmaterial erfaßt hatte. Fast gleichzeitig
brannten Gartenstraße 4 Betten und anderes in einer Wohnung.
Durch Selbstzündung von Kohlen war in einem Keller Pflaster-
straße 3/4 Feuer ausgebrochen. Völligwilligerweise wurde die Feuer-
wehr nach der Münzstr. 10 alarmiert. Um eine Rasse, die sich in
einer Kollage befand und jämmerlich starb, zu befreien, wurden
zwei Mann nach der Kesselftr. 31 entsandt, die das Tier herabholten.
Ferner wurde die Feuerwehr nach der Müddersdorfer Straße 1 II
gerufen, wo ein Strohsack brannte, nach der Ruppiner Straße 27,
wo auf einem Korridor Feuer ausgebrochen war, und nach der
Wasserbauener Straße 18/19, wo ein Leerdach in Flammen stand.
Weitere Feuermeldungen liefen aus der Wildnauer Straße 48,
Prenzlauer Allee 212, Stralauer Allee 22, Oranienburger Straße 37
und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freisinnige Wahlmaschinen.

Die Freisinnigen, die nicht genug sittliche Entrüstung über den
angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten heucheln können,
greifen bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Char-
lottenburg zu Mitteln, die alles, was bisher von anderen Parteien
an Terrorismus begangen ist, weit in den Schatten stellen. Es gibt
in Charlottenburg einen Wahlbezirk, in dem die Straßenbahn ein
großes Kontingent von Wählern bilden. Das ist der erste Bezirk
der dritten Wahlkreisabteilung, der Stadtteil Westend, wo bekanntlich
der Straßenbahnhof liegt und wo infolgedessen zahlreiche Beamte
wohnen. Bereits vor zwei Jahren haben die Freisinnigen diesen
Bezirk, der früher konservativ und dann sozialdemokratisch
betreten war, dadurch „erobert“, daß sie den Straßenbahnhofs-
vorsteher Kern dort aufstellten; sie rechneten damit, daß die Straßen-
bahnner bei der öffentlichen Stimmabgabe nicht den Mut haben
würden, gegen ihren Vorgesetzten zu stimmen. Das Manöver glückte
und angefeuert durch diesen „Erfolg“ hat der Liberale Bezirksverein
Charlottenburg-West am letzten Montag für die bevorstehenden
Stadtverordnetenwahlen wieder einen Straßenbahnbeamten, den
Verkehrsdirektor Schulz als Kandidaten für den Bezirk Westend
proklamiert. An und für sich ist natürlich gegen die Kandidaturen
solcher Beamten nichts einzuwenden, aber wenn die Freisinnigen
die Herren Kern und Schulz wirklich für unentbehrlich im
Stadtparlament halten, dann sollten sie wenigstens so viel
Takt besitzen, diese Herren in Bezirken aufzustellen, wo von
einer Vereinnahmung ihrer Untergebenen keine Rede sein kann. Gerade
der erste Bezirk ist einer der am heißesten umstrittenen, die Frei-
sinnigen wissen ganz genau, daß sie ohne die Stimmen der Straßen-
bahnner unterliegen, und deshalb greifen sie zu einem so nicht-
würdigen Mittel, das einer unzulässigen Wahlbeeinflussung ver-
zweifelt ähnlich sieht. Und diese Gesellschaft stellt sich dann hin
und getert über sozialdemokratischen Terrorismus! Für unsere Genossen
wird natürlich das Vorgehen der Freisinnigen Anlaß sein, mit ver-
doppelter Kraft die Wahlagitation zu betreiben, um dies schändliche
Manöver zu durchkreuzen und den Bezirk der Sozialdemokratie
zurückzuerobern.

Wilmerdorf.

Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse fanden gestern unter
der von den Arbeitgebern ausgehenden Parole: Gegen Beitrags-
erhöhung, statt. Das Wahlergebnis gestaltete sich folgendermaßen:
Insgesamt wurden abgegeben 707 gültige Stimmen. Davon ent-
fielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 610 Stimmen, während
die Gegner 97 Stimmen auf sich vereinigten.

Rixdorf.

In einer sehr stark besuchten Generalversammlung des Wahl-
vereins nahmen die Parteigenossen bei Hoppe, Hermannstraße, am
Dienstag den Bericht über den Parteitag entgegen. Zu
Beginn gedachte der Vorsitzende Genosse Karle der seit der letzten
Generalversammlung verstorbenen Mitglieder und widmete einen
längeren Nachruf dem Genossen Ostermann. Den Bericht über den
Parteitag erstattete Genosse Pagels. Er stellte mit Befriedigung
fest, daß durch die Parteitagverhandlungen denen, die sich heftige
Auseinandersetzungen davon versprochen hatten, eine Enttäuschung
bereitet worden sei. Von den einzelnen Ergebnissen hob er zunächst
den Beschluß über den Schnapsboykott hervor. Der Bericht
nur auf ein Uebermaß des Schnapsgenusses werde die Regierung am
Steuerertrag und vor allem das Junkertum an der Liebesgabe
schädigen. Doch müsse, wenn die Wirkung fühlbar werden sollte, die
Einschränkung des Schnapsgenusses eine dauernde sein. Der parla-
mentarische Bericht Lebedows habe gegen die von einer Gruppe in
der Partei immer wieder empfohlene Mäßigungspolitik, die schließlich
nur auf eine Politik der Selbstentnennung hinausläufe, sich mit
aller Schärfe geäußert. Bedauerlich sei, daß in der fraktion Un-
klarheit und Uneinigkeit bezüglich der Stellung zur Erbschafts-
steuerfrage geherrscht habe. In solcher Lage sei es, sagt Pagels,
durchaus angemessen, daß Abgeordnete sich an die Organisationen
wenden und sie über ihre Meinung befragen. Rummel werde auf
einem der nächsten Parteitage eine Klärung herbeigeführt werden.
Man könne fragen, ob einem Staat neue Mittel, die er doch nur
zur Weiterführung seiner Weltmachtspolitik verwenden wolle, über-
haupt zu bewilligen seien. Mindestens müsse verlangt werden, daß
die Bewilligung ausgeglichen werde durch Befreiung in-
direkter Steuern. Das neue Organisationsstatut bringe
für die Vertretung auf den Parteitagen den Organisationen eine
gerechtere Berücksichtigung ihrer Mitgliederzahl. Nach den Ver-
schlüssen über die Reiseerfrage sei es jetzt Sache der Ar-
beiterklasse, aus der Reiseerfrage das zu machen, was die als radikal
bezeichneten Genossen von ihr erwarten. Im allgemeinen könne man
mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Parteitages zufrieden
sein, das vom Parteitag — zum Kerger der Gegner — gegebene
Beispiel der Einigkeit solle den Genossen ein Vorbild sein.

In der Diskussion erklärte Genosse Max, mit dem
Liberalismus zusammenzugehen, sei für die Arbeiterklasse un-
möglich gerade in Rixdorf, wo der Liberalismus den
schlimmsten Verrat geleistet habe. August Neumann erhob
Einspruch gegen die Auslegung, die Pagels dem höchst bedeutungs-
vollen Beschluß über den Schnapsboykott gegeben habe. Dieser
Boykott müsse, so führte er unter zunehmenden Zwischenrufen aus,
mit ganzer Energie durchgeführt werden, das sei offenbar auch die
Meinung des Parteivorstandes. Jeder Parteigenosse müsse sich jedes
Tropfens Branntwein enthalten. Bleibt der Schnapsboykott wirkungs-
los, so bedeute das eine Niederlage der Sozialdemokratie. Es dürfe
jetzt nicht durch Gewerkschaftshäuser der Schnapsgenuss gefördert
werden, und auch von Konsumvereinen müsse man einen Bericht
auf Schnapsverkauf erwarten. Ja, findet es errenlich, daß der
Parteitag nicht schon dazu gelangt sei, zur Frage der Erbschaftsteuer
Stellung zu nehmen und die Haltung der Partei im voraus fest-
zulegen. Eine Ablehnung der Erbschaftsteuer müsse der Partei im
Wahlkampf Schwierigkeiten bringen. Die Hofgänger seien keines-
wegs zu Kreuzen gekommen. Wenn als würdige Form der Reiseer-
frage die Arbeitsruhe angesehen werde, so müsse die Partei für die Opfer
eintreten. Die Absicht des Beschlusses über den Schnapsboykott sei,
wie Neumann mit Recht gesagt habe, von Pagels falsch wiedergegeben
worden. Franke ging näher ein auf die Frage der Jugend-
organisation, die der Referent gestreift hatte. Daß der Nachwuchs
der Arbeiterklasse, entgegen den Bestrebungen der christlichen Jugend-
organisationen, in unserem Sinne erziehen werden solle, sei von
allen Arbeiterorganisationen gebilligt worden. Nur der Vorkämpfer
„Korrespondent“ Reihäuser glaube die Arbeiter warnen zu sollen und
benutzte unsere Jugendorganisation der „Aufreizung zum Klassen-
hass“. Der Schnapsboykott werde wohl erst dann wirken
können, wenn auch die Landarbeiter dafür gewonnen werden.
Durch Flugblätter müsse das versucht werden. Geise bestritt,
daß die Erbschaftsteuerfrage von Bedeutung für den Wahlkampf
sei. Den Schnapsboykott solle man durch den Bierboykott ergänzen,
um auch hier sich einer indirekten Steuer zu entziehen.

Die Diskussion wurde hier unterbrochen, weil die auf der Tages-
ordnung stehende Renwahl eines Parteisekretärs an
Stelle des bisherigen Sekretärs Pagels, der zum Parteisekretär ge-
wählt ist, erledigt werden sollte. Die Abstimmung durch Zettel war
bereits vor Beginn der Diskussion ausgeführt worden, wobei sich
eine kurze Erörterung darüber entspann, daß der Vorstand es für zu-
lässig gehalten habe, unter den aus den Bezirken benannten Kandi-
daten eine Art Vorwahl vorzunehmen und danach die Kandidaten
zu rangieren. Die Auszählung der Stimmzettel ergab 665 Stimmen,
wovon 34 ungültig waren. Es entfielen auf: Heller 334 Stimmen,
Bieweg 260, Rummel 124, Karle 110, Hildebrand 46, Heinrich 89;
der Rest war zerstückelt. Die hiernach erforderliche Stichwahl
sollte sofort vorgenommen werden. Da aber ein Teil der Mit-
glieder jetzt die Versammlung bereits verließ, so wurde Ver-
tagung beschlossen, und die Stichwahl sowie die Fortsetzung der
Diskussion über den Parteitag samt der Beschlußfassung über eine
den Parteitagbeschlüssen zustimmende Resolution wurde einer
nächsten Versammlung vorbehalten.

Nichtenberg.

Die Wählerlisten liegen nur noch heute von 9—3 Uhr
im Rathaus aus. Wer sich noch nicht überzeugt hat, daß er
in der Liste steht, hole dies noch schleunigst nach.

Rummelsburg.

Beim Abfahren von einem fahrenden Straßenbahnwagen kam
vorgestern mittig die Lehrerin Jiwel aus der Bendahstr. 21 schwer
zu Schaden. Sie sprang an der Ecke der Vogelhagener und Bendah-
straße während der Fahrt von einem Motorwagen der Linie 76, fiel
und erlitt eine Kopfverletzung sowie aussehend innere Verletzungen.
In bewußtlosem Zustande wurde die Verunglückte nach dem Kranken-
haus Friedrichshain übergeführt.

Ober-Schöneweide.

Zu dem vorerwähnten Einbruch in den Büroräumen der hiesigen Orts-
krankenkasse wird noch berichtet, daß die Diebsteher eine Anzahl Aus-
weisepapiere, und zwar Jubiläums- und Kronenarten gestohlen haben
und wahrscheinlich verkaufen werden, die Kronenbogen aus jene Legiti-
mationen hin zu veräußern. Die gestohlenen Karten lauten auf die
Namen Albert Grundlach, Julius Grunow, Gustav Wuth, Rudolf
Schwarzburger, Paul Busch, Helene Grunow und Frau Quast.
Die Kronen von 3/4-prozentigen preussischen Konfols tragen den Aus-
druck „Ortskrankenkasse für Ober-Schöneweide“. Es sei auf den Um-
stand besonders aufmerksam gemacht, weil die Einbrecher zweifellos
versuchen werden, die am 1. Oktober fälligen Zinscheine sofort zu
verwerten. Nach dem Ergebnis der jetzt beendeten Kassenrevision
sind an barem Gelde 6267,78 M. und an Wertpapieren 7770 M.,
insgesamt also 14037,78 M. gestohlen worden. Von den Dieben konnte
bisher noch nicht die geringste Spur ermittelt werden.

Neuenhagen-Petershagen.

Ueber das Thema: Ursache und Wirkung der neuen Steuern
referierte in einer öffentlichen Versammlung in Petershagen im Lokal
„Zum alten Dessauer“ Genosse A. Hoffmann. Die scharfe Kritik
des Redners über den Steuerertrag auf die Taschen der Arbeiter-
beamteten sowie seine Aufforderung, durch die strikte Befolgung des
auf dem Leipziger Parteitag beschlossenen Schnapsboykotts die

erwarteten Einnahmen des Reiches zu hintertreiben, wurde mit
lebhaftem Beifall aufgenommen. Von einer Diskussion nahm die
Versammlung Abstand.

Pankow.

In eigenartiger Weise verunglückte vorgestern der Kaufmann
Hofsch, der einen Straßenbahnwagen der Linie 47 zur Fahrt nach
seiner in der Berliner Straße gelegenen Wohnung benutzt hatte und
von dem sich in voller Fahrt befindlichen Zuge absprang. Hierbei
ließ Hofsch gegen einen Straßenbahnmast und stieß mit solcher Wucht
gegen das Eisen, daß er beunruhigend zusammenbrach. Er hatte,
wie in dem Pankower Krankenhaus festgestellt wurde, eine schwere
Gehirnerschütterung erlitten.

Gerichts-Zeitung.

Die Befähigungen durch irrtige Kirchensteueranlegung

wurden am Mittwoch vor Gericht erörtert. Vor dem Land-
gericht I Berlin (Strafkammer 8 unter Vorsitz des Landgerichts-
direktors Quast) stand der Tischler Müller, der vom Schöffens-
gericht Berlin-Mitte wegen Verleumdung des geschäfts-
führenden Ausschusses der Berliner Stadtsynode
zu 90 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden
war und gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte.

Die Stadtsynode hatte seiner Oberfrau plötzlich eine Kirchen-
steueranlegung auf den Hals geschickt, obwohl M. mit
seiner Frau schon im Jahre 1905 sich von der Kirche durch Aus-
trittserklärung losgesagt hatte. Er teilte das dem Aus-
schuss mit, bekam aber als Antwort die Aufforderung,
den Beweis hierfür zu erbringen. Dieses Verfahren erregte ihn
begrifflicherweise, und so schrieb er zurück, wenn man ihm nach-
weisen könne, daß seine Frau einer Gesellschaft angehöre, die einen
Hund brauche, so sei er gern bereit, seinen Obolus nicht nur zum
Hirten, sondern auch für einen Hund beizutragen. Das sollte ein
Witz sein, aber der Ausschuss, der in solchen Dingen keinen Spaß
versteht, nahm's ihm übel. Er schickte ihm um so mehr gekränkt, da
in dem Brief auch die Frage aufgeworfen wurde, ob etwa die Ge-
schäftsführung des Ausschusses so ungeordnet sei, daß er nicht zu
finden vermöge, wer Christ, Jude oder Heide sei. Auch hatte M.
noch etliche Mißverständnisse hinzugefügt, von denen er meinte, daß
sie hierher gehörten. Der Brief wurde dem Konsistorium
überwiesen, und dieses hielt den Fall für so schlimm, daß es
Strafantrag stellte. Weder im Konsistorium noch im Ausschuss
der Stadtsynode scheint man einen Grund zum Verzeihen darin
erblickt zu haben, daß M. durch die irrtige Kirchensteueranlegung
sich belästigt fühlen mußte und als Arbeiter in seiner Erregung die
Worte milder vorsichtig abzuwenden vermochte. Ueber M. fällt das
Schöffengericht das oben erwähnte harte Urteil, um die christliche
Staatskirche energisch vor solchen Angriffen zu schützen.

Vor der Strafkammer des Landgerichts hat sein Ver-
teidiger Rechtsanwalt Dr. Karl Liebkecht Beweis dafür
an, daß bei der Stadtsynode auch sonst mit der Veranlegung zur
Kirchensteuer in zahlreichen Fällen leichtfertig verfahren worden sei.
Der Vorsitzende fertigte hier: „Doch wohl nicht leichtfertig,
sondern nur leicht.“ Der Weisungsantrag war wichtig, weil schon
aus M's Kenntnis der durch die Presse bekanntgegebenen Fälle
irriger Kirchensteueranlegung für ihn ein Anlaß zur Erregung
hergeleitet werden konnte. Zunächst wurde freilich durch den Vor-
sitzenden festgestellt, daß die Stadtsynode auf Antrage beim
Polizeipräsidenten im Januar 1909 die Auskunft des Ein-
wohnermeldeamtes erhalten hatte, M. sei Dissident, aber
seine Frau sei evangelisch. Diese Auskunft war falsch.
Der Verteidiger wies das nach durch Ueberreichung der Austritts-
bescheinigung von 1905. Sodann trug der als Zeuge geladene
„Vorwärts“-Redakteur Leid die Erfahrungen vor, die er
teils selber hatte machen müssen, teils in seiner beruflichen Tätigkeit
anzahlreichen ihm zugegangenen Beschwerden entnommen hatte.
Als er selber, obwohl er seit vielen Jahren ausgeschieden ist,
noch in diesem Jahre durch eine irrtige Kirchensteueranlegung be-
lästigt wurde, reklamerte er. Auch ihm kam man jetzt mit einer
Auskunft des Einwohnermeldeamtes, das ihn als noch evangelisch
bezeichnet habe, und auch von ihm forderte man den Nachweis des
Austritts. Er führte ihn, im übrigen aber erludete er die
Steuerverwaltung der Stadt, die bekanntlich den Kirchen-
gemeinden die etwa Steuerpflichtigen mitzuteilen hat, um Auskunft
über die Möglichkeit solcher Irrtümer. Die Antwort lautete, Leid
stehe als Dissident in den Erhebungslisten, die die Stadt-
gemeinde müsse den Kirchengemeinden die
Dissidenten als solche bezeichnen, und das sei „unseres
Wissens auch überall gebräuchlich“. Wen traf nun die
Schuld an den zahlreichen Irrtümern? Wie zahlreich sie
sind, das ging hervor aus der Vernehmung des Zeugen Leid, daß er
allein eine Sammlung von 57 Fällen vorlegen konnte, in die die
evangelischen und die katholischen Gemeinden sich zu teilen hätten. Nur
Kirchensteuer seien da Personen veranlagt worden, die vor vielen
Jahren, ja vor Jahrzehnten schon ausgeschieden waren. Auf die
Vernehmung der übrigen Zeugen, die selber solche Erfahrungen ge-
macht hatten, verzichtete das Gericht; es kam so um das Verhängen,
auch einen Zeugen anzuhören, der schon vor 30 Jahren sich außer-
halb des Schattens der Kirche gestellt hat und trotzdem noch jetzt
von ihrer Steueranlegung erlöst worden ist.

Der Verteidiger forderte für den Angeklagten die Frei-
sprechung. M. habe die bei den Veranlegungen vorgekommenen
Irrtümer nur der Stadtsynode zur Last legen können. Er habe sich
darüber aufregen müssen, daß man schließlich noch ihm selber zu-
mutete, den Nachweis des Irrtums zu führen. Der Brief sei töricht,
aber nicht beleidigend. Gehänselt werden müsse doch wohl nicht bloß
die Kirche, wie das Urteil erster Instanz ausgesprochen habe, sondern
Schutz gegen Verleumdung durch die Kirche habe
auch der Bürger zu fordern. Was wohl ein Christ tun
würde, wenn die freireligiöse Gemeinde ihm irrtümlich einen Ver-
trag abfordern wollte! M. habe nur sein Recht gewahrt, daher sei
ihm § 198 zuzubilligen. Der Staatsanwalt sah besonders in
der Anwendung von Unbilligkeiten eine maßlose Verhöhnung der
Kirche und beantragte, die Verurteilung zu vertiefen. In einem
Einkommen hat der Angeklagte, zu berücksichtigen, daß
einmal Arbeiter in der Erregung selbst mal ein Wort
zu viel über den Mund fließt. Habe doch vor dem
Schöffengericht, als er seine Notizen zur Hand nahm,
ihm sogar der Richter gesagt, er solle den „Quast“ nur einstecken.
Das Gericht hörte das schweigend an und unterließ jeden Versuch
einer Prüfung der Richtigkeit dieser Angabe, die immerhin er-
heblich sein konnte für die Verurteilung einer Verleumdung aus Ar-
beitermund.

Dem Gericht freilich erklärten sie wohl von vornherein nicht
als glaubhaft, wenigstens wurde sie in keiner Weise berücksichtigt bei
dem Urteil. Es lautete: Die Verurteilung wird verworfen, es bleibt
bei 90 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Haft, obwohl § 198
(Wahnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt wird. Auch die
auffällige Verrechnung 3 M. = 1 Tag, also 90 M. = 30 Tage, war
dem Gericht kein Anlaß gewesen, das Urteil abzuändern.

Ueber das Auffallende der Verurteilung und der Strafschö-
he haben wir uns bereits bei Erörterung des schöffengerichtlichen Urteils ge-
äußert. Möge der Prozeß das eine Gute haben, daß er vielen die
Augen darüber öffnet, welche einnehmendes Wesen die Kirche ist und
daß den Vertretern der Kirche an der Zugehörigkeit zu ihr wenig
 gelegen sein kann, da sie selbst mit postzeilicher Hilfe nicht festzu-
stellen in der Lage ist, wer noch der Landeskirche angehört und des-
halb steuerpflichtig ist. Wer innerlich mit der Kirche gebrochen hat,
heißt seine Austrittserklärung, damit er baldmöglichst dem ein-
nehmenden Wesen der Kirche nicht noch ferner Tribut zu zahlen hat.

Geht Dienstadtamt über Elternrecht?

Am 6. April hatten wir über das aufsehenerregende Urteil be-
richtet, das die 4. Strafkammer des Landgerichts II gegen den
Arbeiter August Schwarz aus Schönberg gefällt hatte. Der An-

geklagte hatte seine 14jährige Tochter bald nach ihrer Entlassung aus der Schule bei der Wittenbesitzerin Witwe Stübbe in Schlachten-

anständig von Vereinsfestlichkeiten sei nicht der Hauptzweck des Verbandes. An der hier in Betracht kommenden Festlichkeit hatten nur Mitglieder der betreffenden Jahreshilfe und Frauen von den Mitgliedern teilgenommen.

Dieses ungeheuerliche Urteil ist am Dienstag vom Reichsgericht bestätigt worden.

Nach gesunder Rechtsanschauung hat der verurteilte Vater nichts weiter getan, als seine Pflicht als Vater erfüllt. Wie die ergangenen Urteile beweisen, vertreten aber die Gerichte die durch-

Die Gründe des Oberverwaltungsgerichts sind recht eigenartige. Sache eines Revisionsgerichts ist es doch sonst nicht, sich darum zu kümmern, ob nicht vielleicht ein anderer Tatbestand vor-

Ein Amtsrichter als Angeklagter.

Vom Landgericht Schneidemühl ist am 3. Mai der Amtsrichter Otto Pfannsch in Lobens wegen Unterdrückung einer ihm amtlich anvertrauten Urkunde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Darf Impfung zwangsweise erfolgen?

Das Oberverwaltungsgericht hat die Frage, ob die Polizeibehörde befugt ist, die Impfung von Kindern durch Zwang herbeizuführen, dieser Tage bejaht. Einem Kaufmann G. war polizeilich aufgegeben worden, den Nachweis zu führen, daß seine Tochter

Zur Auslegung des Arbeitsvertrages.

Selten beschäftigt sich das Reichsgericht mit dem Arbeitsvertrage. Kommt ein halbes Duzend Fälle, in denen Fragen aus dem Arbeitsvertrage zu entscheiden sind, gelangen jährlich an die Zivil-

Der Mann mit der Maske im Schnellzuge. Im Eilzug Berlin-Schneidemühl, der 1 Uhr 16 Minuten nachts in Landsberg eintrifft, verfuhrte, einer Meldung aus Landsberg zufolge, kurz vor Küstrin ein maskierter Mann in ein Wagenabteil einzudringen.

Brand in Raphalinbehältern. Gestern früh 6 Uhr brach in der Benzolfabrik in Dittersbach bei Waldenburg in den dortigen acht Raphalinbehältern infolge einer Explosion ein Brand aus.

Der Handelsdampfer „Glan Madinatsh“, der auf hoher See in die Luft geflogen sein sollte, ist nach einer Meldung des Reuterschen Bureau aus Bombay wohlbehalten in Kalkutta eingetroffen.

Ueber ein sonderbares Schicksal zweier Geschwister wird aus Koblenz gemeldet: In der Nähe von Urmitz wurden zwei Geschwister im Alter von 8 und 9 Jahren gleichzeitig an weit von einander entfernten Stellen von verschiedenen Fuhrwerken totgefahren.

Ein Ehepaar ermordet. Einer Meldung aus Sachin zufolge wurden gestern mittag auf dem Uferwege zwischen Sachin und Stubbenlammer zwei Personen, ein Ehepaar, erschossen aufgefunden.

Schwere Regengüsse haben, wie eine Mitteilung aus London besagt, im ganzen Süden der Grafschaft Warwick gefährliche Ueberschwemmungen verursacht. Breite Strecken Landes sind unter Wasser gesetzt.

Luftwettfahrt. New York, 20. September. Die Luftschiffer Tomlinson und Baldwin sind mit ihren Lenkbalkons heute zu einer Wettfahrt nach Albany aufgestiegen, wofür die „New York World“ einen Preis von zehntausend Dollar ausgesetzt hat.

Nach einer späteren Nachricht ist der Luftschiffer Baldwin mit seinem Luftschiff im Norden der Stadt abgestürzt. Er fiel in den Hudsonfluß, blieb aber unverletzt.

Ämtlicher Marktbericht der südlichen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert.

Witterungsüberblick vom 29. September 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Stationen, Barometrischer Luftdruck, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., Stations- und Zeitangaben.

Wetterprognose für Donnerstag, den 30. September 1909. Nimmlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und etwas neblig mit Regenschauern und meist schwachen wechselnden Winden.

Darlehensschwindler.

Einen alten Trick der Darlehensschwindler hatte der Kaufmann Otto Kleusch in Anwendung gebracht, gegen den gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber wegen mehrfachen Betruges verhandelte.

Kraftdrohste und Alkohol.

Wegen fahrlässiger Tötung ist am 10. Mai vom Landgericht II in Berlin der Kraftdrohmaschinenführer Friedrich Adolf Grandemann zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden.

Verband und Luftbarkeitssteuer.

Der Magistrat von Finsterwalde hatte den Holzarbeiterverband, welcher eine Vereinsluftbarkeit beantragt hatte, mit 20 M. zur Luftbarkeitssteuer herangezogen.

Large advertisement for Hugo Beling liqueur. Text: 'Wer hat den Nordpol entdeckt? Cook oder Peary? Das ist die Frage wer hat die besten und billigsten Liköre? Hier auf gibt es nur eine Antwort: Hugo Beling. Weingroßhandlung * * * Fabrik feinsten Liköre. Filialen in allen Stadtteilen und Vororten.'

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr,
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6:

Jugend-Verfammlung.

Vortrag des Herrn Richard Laube-Weipzig über:
Deutschlands Städte und Gane.

(Hilfsbilder-Vortrag.)

Nach dem Vortrage: **Geselliger Familien-Abend.**

In dieser Versammlung sind alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen freundlichst eingeladen. 289/13*

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Vortragskurse.

Sonntag: Einführung in die theoretische Nationalökonomie. (Fortgeschrittenskurs.)

Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft, ihre Einteilung und Objekt. Die Entwicklung zur kapitalistischen Weltwirtschaft; Entstehung und Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Ware als Elementarform der kapitalistischen Produktionsweise. Der Gebrauchswert und der Tauschwert der Ware. Geld, Preis. Die Verwandlung von Geld in Kapital. Die Erscheinungsformen des Kapitals. Die Grundrente. Die Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung. (Mit mündlichen und schriftlichen Übungen der Teilnehmer.)

Vortragender: Max Grunwald. (Lokal: Jugendheim, Waldemarstraße 65. Beginn des Kurses am 10. Oktober.)

Dienstag: Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Zeiten tiefer Erniedrigung, Befreiungskriege, Reaktionsjahre. Die Ursachen der Märzrevolution. Der Verlauf und die Folgen der Märzrevolution. Nationalkriege. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. Das neue Deutsche Reich.

Vortragender: Heinrich Schulz. (Lokal: Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7. Beginn des Kurses am 12. Oktober.)

Dienstag: Die Stufen des Wirtschaftslebens.

Die Anfänge der menschlichen Kultur. Die ältesten Verwandtschaftsverhältnisse. Die Sklaverei und ihre Folgen. Die Landwirtschaft zur Zeit der Markgenossenschaft und im Mittelalter. Das vorkapitalistische Gewerbe. Die Anfänge der kapitalistischen Produktion. Der Großbetrieb und seine Wirkungen auf die Arbeiterklasse. Ausblick auf die Zukunft.

Vortragender: Gustav Schumann. (Lokal: Verbandshaus, Große Hamburger Straße 18-19. Beginn des Kurses am 12. Oktober.)

Donnerstag: Wirtschaftsgeschichte.

Die Sorge für den Lebensunterhalt als Triebfeder in der Entwicklung der menschlichen Kultur. Die ältesten Verwandtschaftsverhältnisse der Menschen. Die politische Gesellschaft. Die Sklavenwirtschaft im Altertum. Die Sitten der alten Germanen. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Mittelalter. Mittelalterliches Stadtleben. Die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch Erfindungen und Entdeckungen. Die heutige Wirtschaftsweise. Ausblick.

Vortragender: Wilhelm Schenk. (Lokal: Starcke, Waldstraße 44. Beginn des Kurses am 14. Oktober.)

Freitag: Naturwissenschaft. (Die Rätsel des Lebens.)

Mit Lichtbildern. Schöpfung oder Entwicklung? Die Geschichte des Entwicklungsgedankens vom Altertum bis zur Neuzeit. Das Leben, seine Entstehung, Entwicklung und Erscheinungsformen. Physiologie der Pflanzen und Tiere. Waffen im Kampf ums Dasein. Soziale Momente im Leben von Tier und Pflanze. Symbiose: Vergesellschaftung von Tier und Pflanze, Pflanzen-Genossenschaften, Tierstaaten usw.

Vortragender: Engelbert Graf. (Lokal: Arminhallen, Kommandantenstr. 58. Beginn des Kurses am 1. Oktober.)

Freitag: Die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die heutigen sozialen Zustände und deren Ursachen. Woher kommt der Profit? Entstehen und Vergehen der kapitalistischen Gesellschaft. Der historische Materialismus. Unsere Gegenwartsforderungen. Der Zukunftsstaat.

Vortragender: Julian Borchardt. (Lokal: Fruchtstr. 36, Freischütz. Beginn des Kurses am 22. Oktober.)

Sonabend: Technik und Kultur.

Erfindung und Entwicklung der Dampfmaschine. Ihre Anwendung in Industrie, Landwirtschaft, Verkehrsgewerbe. Die sozialen Wirkungen der Dampfmaschine. Elektrizität und ihre Anwendung: Die moderne Maschinenwirtschaft im Bergbau, Hüttenwesen, Metallindustrie, Landwirtschaft, Verkehrsgewerbe. Die sozialen Wirkungen der heutigen Maschinenwirtschaft. Die technischen Aufgaben der Zukunft: Drahtlose Telegraphie, Lenkbare Luftschiffahrt, Ausnutzung der Wasserkraft. Die künstliche Düngerezeugung. Technik und Arbeiterbewegung: Die Bedeutung der Technik für den industriellen Großbetrieb. Wirkung der Technik auf die Arbeiterschaft. Technik und Sozialismus.

Vortragender: Richard Woldt. (Lokal: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Beginn des Kurses am 9. Oktober.)

Der Kursus: **Theoretische Nationalökonomie** beginnt **vormittags 10 Uhr**, alle anderen Kurse beginnen pünktlich **abends 8 Uhr**.

Jeder Jugendliche kann **unentgeltlich** an diesen Kursen teilnehmen.

Jeder Jugendliche muß teilnehmen, wenn er sich nicht selbst schädigen will.

Die arbeitende Jugend Berlins kann durch zahlreiche Teilnahme an den Kursen beweisen, daß sie Bildung und Wissen zu schätzen versteht, und daß sie sich keine Gelegenheit zur Fortbildung entgehen läßt.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Lehrlinge Berlins! Wir rechnen auf Euch!

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Partei-Expeditionen:

Zentrum: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.

2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hofpavillon.

Süd- und Südwesten: Hermann Berner, Greifmannstr. 72, Laden.

3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts dort.

4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Andreasstraße 17. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).

5. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufherplatz 14/15 (Laden).

6. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelstraße 12 (Hof).

7. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.

Wedding: Karl Weige, Nazarethstraße 49.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Adlerstr. 36, Eingang Klinkerstraße.

Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.

Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Ruhdenstr. 123.

Adlershof: Karl Schwarze, Hofmannstr. 9.

Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Kubowertstr. 83 II.

Baumschulenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.

Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Broje, Dohlestr. 74, part.

Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus, Paradies.

Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenheimerstraße 1, Ecke Weichselstraße, Laden.

Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fritz Oldenburg, Widmalde, Kronprinzenstr. 81.

Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen Chaussee.

Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernice, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Roth, Duppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a.

Friedrichshagen: Ernst Herrmann, Friedrichstr. 67.

Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.

Hohen Neuendorf: Wilhelm Zentgraf, Stolperstr. 50 I.

Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

Karlshorst: Richard Ritter, Ködellstr. 9, II.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.

Köpenick: Emil Böhler, Kiekerstr. 6, Laden.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Sittel, Kronprinzenstraße 4, I.

Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Bahlerstraße 14.

Mariendorf: August Leib, Gausseckstr. 296, Hof.

Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, partierre.

Nieder-Schöneweide: Paul Bengisch, Grünauerstr. 8.

Nowawes: Wilhelm Rapp, Friedrichstr. 7.

Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.

Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Mühlentstraße 30.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: B. Gutzig, Kamekestr. 12, I.

Rixdorf: W. Heinrich, Refarstraße 2, im Laden.

Rummelsburg, Boxhagen: A. Kollentrang, Alt-Boxhagen 56.

Schmargendorf: Gustav Raminisch, Gurostraße 2.

Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.

Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Mühlstraße 19.

Teltow: Wilhelm Bonas, Teltow, Zehdenborfer Str. 4.

Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.

Treptow: Rob. Gramenz, Kieholzstraße 412, Laden.

Wilmsdorf-Halensee: Wittnebel, Landhausstr. 27.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1*

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Filliale Berlin.

Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege

Max Arendsee

Defateur plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Donnerstag, den 30. September,

nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-

halle des Emmaus-Kirchhofes in

Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

197/8 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Allen denen, die durch gütige und

zahlreichsttranspenden, durch tröstende

und aufmunternde Zuschriften sowie

durch Erweisung der letzten Ehre und

ihre innige Teilnahme an dem schmerz-

lichen Verlust meiner unersehlichen,

liebvollen, mutigen, tapferen

Mitkämpferin

Emilie Wilke,

unserer guten Mutter, Großmutter,

Schwägermutter, Schwester und Tante

ausgedrückt haben, insbesondere den

Berliner Wahlkreis, den Genossinnen und

Genossen von Groß-Berlin und

Elbingrode a. Harz, dem Ge-

sangsverein „Liedesfreude I“ (W. d.

K.-S.-B.), der Musikkapelle und Mit-

gliedern d. F. u. d. J. u. d. J. u. d. J. u. d. J.

den beteiligten Gemeindefunktionen, dem Jagd-

klub „Kameradschaft“ und meinem

Kollegen Obiglio für die am Sarge

der **Unvergesslichen** gelebten

schlichten Trostworte sage ich hiermit

im Namen derauernden Hinter-

bliebenen meinen aufrichtigsten Dank.

Fritz Wilke

26512 Brannenstr. 188.

Allen Freunden und Bekannten

die unseren Sohn und Bruder zur

ewigen Ruhe begleitet haben, ins-

besondere den Kollegen vom „Lokal-

Angehör“, sowie für die vielen Kranz-

spenden, sagen wir unseren innigsten

Dank. 17406

Familie Wilske, Baitstr. 8.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme bei der Beerdigung

meines geliebten Mannes, unseres

Sohnes, Bruders, Schwagers und

Onkels, des Milchhändlers 107/17

Paul Weigt

sagen wir allen lieben Verwandten,

Freunden und Bekannten, insbeson-

dere den Genossen des 661. Bezirks,

unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Wwe. Berta Weigt,

geb. Aschersleben.

Beim Hinscheiden meines lieben

Mannes, des Schlossers **Jakob**

Kulay, sage den Kollegen der

Firma Vorfig und dem Metallarbeiter-

Verband für die herzliche Teilnahme

meinen innigsten Dank.

Frau Kulay.

Arbeiter-Wanderbund

Die Naturfreunde

Wanderfahrten

am Sonntag, den 3. Oktober.

Wegen der Flugbleitverbreitung

sind nur Nachmittags-Touren statf.

I. Sadowa — Herdebusch — Kauls-

dorf. Abfahrt: Schlef. Bahnhof

1¹⁵ Uhr nachm. 1/15

II. Spandau — Nieder-Neuendorf —

Tegel. Abfahrt: Leichter Fern-

bahnhof 1¹⁵ Uhr.

☞ Gäfte willkommen. ☞

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,

Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

Wochentags 10-2, 5-7.

Wohlfahrts-

Lotterie

Ziehung 13. und 14. Oktober 1908.

Gesamtbetrag der Gewinne 1. W. v. Mark

85 000

Hauptgewinne M.

30 000, 20 000

10 000, 5 000 etc.

etc.

Losse à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfennig extra, zu haben in allen

Lotteriel- und Zigarren-Geschäften sowie beim Generaldebit Paul

Steinberg & Co., G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin C, Rosenthaler Str. 11-12.



Eile u. Weile. Pelz-Stolas

schicke Formen.

Riesenhafte Auswahl

billige Preise.

Eigene Werkstatt.

Skunks-Stolas

von 25 Mark an.

119 Dresdener Str. 119

Eckhaus am Oranien-Platz.

Reparaturen gut, schnell, billig.

Kellerluft

muß ebenso frisch und rein sein, wie die Luft in Zimmern und im Freien. Ist Ihr Keller aber muffig oder dumpf oder schimmelig, so machen ihn Reinigungen mit Automors-Wasser in kurzer Zeit wieder gebrauchsfähig. Die Unkosten sind äußerst gering, ca. 5 Pfennige pro Tag!

1908L

MÖBEL-FABRIK
MORITZ HIRSCHOWITZ
Berlin S.O. Skalitzer Str. 25
Ausstellung v. Musterzimmern in 3 Etagen. Besichtigung erbeten. kein Kaufzwang. Versand nach auswärts.
Für Haltbarkeit wird garantiert.
SPECIALITÄT: BÜRGERLICHE WOHNUMGE EINTRICHTUNGEN

Möbel-Fabrik
5 Reichenberger Straße 5
Liefert Einrichtungen von 200, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10 000 Mark. Anerkannt gediegene Arbeit! 2518L*
Auch Teilzahlung! Außerst billige Preise! Auch Teilzahlung!

Spezial-Möbel-Geschäft
Bar- und Teilzahlung
Wilhelm Misch
Gr. Frankfurterstr. 45/46

Vom Bierkrieg.

Ludenswalde.

Die Bierpreisfrage hat nun auch hier die Gemüter erregt. Schon vor einigen Wochen haben die Brauereien die Preise für Vitter-, Jung- und Malzbier (jezt Süßbier genannt) um 3-5 Pf. pro Liter erhöht. Diese Biere sind das Hauptgetränk der Ludenswalder Bevölkerung und werden literweise verkauft. Nimmere ist auch das Lagerbier um 2,25 Pf. pro Hektoliter im Preise gestiegen, die Schultheißbrauerei hat die Preise ihrer Flaschenbiere so erhöht, daß die Gastwirte für zwei Flaschen 25 Pf. nehmen. In dieser teils durchgeführten, teils drohenden Bierversteuerung hatten bereits in voriger Woche das Gewerkschaftsamt, die Agitationskommission und die Gewerkschaftsverbände Stellung genommen und eine Abwehrresolution gefaßt. Am Donnerstag fand eine neue Volksversammlung statt, in welcher Genosse Hah über die Bierpreisfrage referierte. Die obengenannten Korporationen schlugen der Versammlung diese Resolution vor:

Die am 23. September tagende Volksversammlung erklärt: Die Steuerpolitik des blau-schwarzen Schnapsbundes ist durchgeleitet worden gegen den Willen der arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeiterklasse lehnt es deshalb ab, die Steuerbelastung, soweit sie sich durch erhöhen kann, auf ihre Schultern zu nehmen. Die Versammlung fordert die Konsumenten auf, sich jeder Versteuerung des Bieres zu widersetzen und darauf zu achten, daß für 10 Pf. nicht unter 2 1/2, Reihel und für 15 Pf. nicht unter 4 Reihel ausgegeben werden. Ferner fordert die Versammlung ganz besonders die Hausfrauen auf, für Vitter-, Jung- und Malzbier nur diejenigen Preise zu zahlen, die vor der vor einigen Wochen erfolgten Erhöhung maßgebend waren, eventuell keine solchen Biere mehr zu kaufen. Die Arbeiterklasse wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Flaschenbier der Schultheißbrauerei um 3 Pf. pro Flasche teurer geworden ist, daß ist eine Preisverhöhung, die ungeheuerlich und mit allem Nachdruck zurückzuweisen ist.

Einige Sozialisten wollten für diese Kategorie Gastwirte das Recht zugestanden haben, für 10 Pf. 2 Reihel verkaufen zu dürfen, sie wurden darauf verwiesen, ihre Wünsche den zuständigen Instanzen zu unterbreiten und dann wurde die obige Resolution einstimmig angenommen.

Köln.

In Köln ist der Kampf bisher nur zwischen den Brauereien und den Wirten ausgefochten worden, da der weitaus größte Teil der Wirte den alten Preis für die alte Maße erhebt. Das Kölner Gewerkschaftsamt beschloß in seiner letzten Sitzung, seine abwartende Stellung weiter zu beobachten, die Arbeiter aber zu verpflichten, in keinem Lokale Bier zu trinken, in dem die Wirte die bisherigen Maße und Preise nicht beibehalten haben.

Der Kampf zwischen Brauereien und Wirten in Köln hat sich mit dem Beginn dieser Woche bedeutend verschärft, da die Brauereien durch Übergangene sind, den Wirten, die sich zur Wehrzahlung von 4 M. pro Hektoliter nicht schriftlich verpflichteten, die Lieferung von Bier zu untersagen. Die Wirte lehnten fast durchweg die Wehrzahlung ab. Sie wollen nur den Betrag der neuen Steuer zahlen.

Solingen.

In Solingen haben nun auch die zwei größten Brauereien des Bezirks vor der Arbeiterklasse kapituliert. Die Arbeiterklasse führte den Boykott mit der größten Schärfe, so daß es den Brauereien vor dem täglich immer mehr zurückgehenden Absatz angst und bange wurde. Dazu kam, daß eine Brauerei schon in den ersten Tagen des Kampfes die Waffen streckte und den Hektoliter mit 4 M. Aufschlag und 2 M. an ihre Abnehmer lieferte. Die Schultheißbrauerei in Vöhl bei Köln machte dem Aktionsausschuß dasselbe Angebot, was zur Folge hatte, daß die Brauerei Karl Weidmann und die Aktienbrauerei Ohlig, die zusammen jährlich circa 200 000 Hektoliter ausstoßen und im Durchschnitt 150 Arbeiter beschäftigen, sich zu Verhandlungen bereit erklärten, die am Donnerstag zum Abschluß gebracht wurden. Beide Brauereien erklärten sich bereit, zu Konstantenpreisen liefern zu wollen; ferner wurden ihnen die gesamten Kriegskosten, die mehrere Tausend Mark betragen, aufgebürdet, die zu zahlen sie sich auch unter schriftlich verpflichteten. In einer Sitzung am Donnerstagabend, an der Vertreter des Gewerkschaftsamt, des Industrie- und Arbeiterverbandes, der Partei, der Gewerkschaftshäuser, Gewerkschaftskommissionen, Konsumgenossenschaft, Arbeitergefang, Turn-, Radfahrer- und sonstigen Vereine teilnahmen, wurde beschlossen, den Boykott gegen die beiden in Betracht kommenden Brauereien aufzugeben und einen Frontwechsel im Kampfe vorzunehmen. Bisher galt der Kampf den Brauereien. Die Wirte wurden wiederholt aufgefordert, sich mit der Arbeiterklasse solidarisch zu erklären und den Kampf gegen die Brauereien gemeinsam zu führen. Sie lehnten indes rundweg ab mit dem Bemerkten, daß sie den Brauereien einen Betrag von 4 M. pro Hektoliter bewilligt hätten, natürlich mit dem Hintergedanken, daß sie kleinere Gläser einführen wollten, was ihnen allein einen Mehrertrag von 12 M. pro Hektoliter eingebracht haben würde. Nachdem die namhaftesten Brauereien nun mit den Preisen heruntergegangen, ist den Wirten das Geschäft selbstverständlich auch verboden. Einem Antagonen, einen Frontwechsel vorzunehmen und nimmere alle diejenigen Wirte zu boykottieren, die kleinere Gläser einführen wollen bezw. schon eingeführt haben, wurde einstimmig zugestimmt mit dem Zusatz, daß es der Arbeiterklasse jetzt gleichgültig sein könne, welche Preise die Wirte an die Brauereien in Zukunft zahlen müssen; die Arbeiterklasse habe sich lediglich dagegen zu wehren, daß die Brauereien nicht in Gestalt kleinerer Gläser, höherer Preise oder schlechter Qualität auf sie abgewälzt werde. Boykottiert bleibt also im Bezirk nur noch die Pöhlcheider Vereinsbrauerei, die in den nächsten Tagen ebenfalls kapitulieren dürfte, sofern sie ihr Abgabegeld nicht verlieren will.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Bürgerausschuß.

In Huchensfeld bei Pforzheim fanden am Montag die Wahlen zum Bürgerausschuß statt. Unsere Genossen siegten in allen drei Klassen, so daß jetzt der gesamte Ausschuß sozialdemokratisch ist. Die Gegner hatten in der zweiten und dritten Wählerklasse keine ernsthaften Anstrengungen gemacht, da hier die Wahl eines bürgerlichen Kandidaten völlig aussichtslos war. Sie begnügten sich damit, unseren Genossen, die in der ersten Klasse kandidierten, eine Gegenliste zu präsentieren, die aber abgelehnt wurde.

Bildungsarbeit.

Mit Eifer und Ausdauer suchen die österreichischen und insbesondere die Wiener Genossen sozialistische Aufklärung und Erziehung in der Masse der Arbeiterklasse zu tragen. Mit ganz geringen finanziellen Mitteln wurde in Wien eine Arbeiterschule ins Leben gerufen, in der in Rationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Gesellschaftslehre, Geschichte des Sozialismus, Arbeiterrecht und Staatsrecht unterrichtet wird. Der Unterricht erfolgt zweimal in der Woche in vier Abendsunden und erstreckt sich über vier Semester. Besonders die Funktionen der gewerkschaftlichen und politischen Organisation frequentieren die Schule, und ihr Eifer erstreckt sich auf einen großen Teil der technischen Bildung eines Unterrichts, der nur in den Abendsunden erteilt wird.

Neben der Schule haben die Wiener Genossen eine Unterrichts-Zentrale geschaffen, von der die Bildungsarbeit systematisch geregelt wird. Von hier aus werden die zahlreichen gewerkschaftlichen und politischen Ortsgruppen mit Referenten für wissenschaftliche Vorträge vor allem aus dem Gebiete der Ökonomie, Geschichte und Politik versorgt. Besonders sucht die Zentrale darauf hinzuwirken, die Einzelvorträge durch Zyklen und Unterrichtsreihe über Grundfragen der sozialistischen Theorie und Politik zu ersetzen. Auch in der Provinz hat ein lebhaftes Streben nach Vertiefung des sozialistischen Wissens eingesetzt und an zahlreichen Orten wurden Bildungsausschüsse ins Leben gerufen. Jetzt sind unsere österreichischen Genossen darangegangen, für alle diese Bestrebungen sich ein eigenes Organ zu schaffen. Die „Bildungsarbeit“, deren erste Nummer vor kurzem erschienen ist, will allen Genossen, die lernen wollen, an die Hand gehen, indem sie ihnen sagt, wie sie lernen sollen. Sie will dem Arbeiter raten, was und wie er lesen, welche Vorträge er hören, wie er das Gelernte bearbeiten und verwerten soll. Wie diese Aufgabe gelöst werden soll, darüber sagt der einleitende Artikel:

Ein Leitartikel über Bildungsfragen wird an der Spitze jedes Heftes unserer Zeitschrift stehen. An zweiter Stelle werden wir den Genossen raten, welche aktuelle Fragen der Politik, der Volkswirtschaft, der Gewerkschafts- oder Genossenschaftsbewegung in den nächsten Wochen in unseren Organisationen besprochen werden sollen; wie werden den Genossen sagen, wie nach unserer Ansicht ein Vortrag über diese Fragen des Tages am zweckmäßigsten gestaltet werden kann und welche billige, leicht zugängliche Bücher und Broschüren bei der Vorbereitung des Vortrages benötigt werden können. So hoffen wir, dem inneren Leben unserer Organisationen manche Anregung zu geben und unseren Referenten ihre Arbeit zu erleichtern. Daran sollen sich Dispositionen von Vortragszyklen und Unterrichtsplan, Anleitung zur Leitung von Redeunterrichten, Vorlesungen und Diskussionen anschließen. Die Dispositionen haben doppelten Zweck: sie sollen den Vortragenden und solchen, die es werden wollen, durch Anleitung zur Gliederung des Stoffes und durch kurze Hinweise auf die Literatur die Vorbereitung erleichtern; sie können andererseits von den Organisationen verwertet und an die Führer der Vortragszyklen und Unterrichtsplan verteilt werden, damit der Arbeiter sich den Vortrag, den er gehört, auch später noch ins Gedächtnis rufen, sich des Gehörten erinnern und durch die Lektüre eines Buches oder einer Broschüre in das Gelernte tiefer eindringen könne.

Besondere Aufmerksamkeit wollen wir dem Bibliothekswesen zuwenden. Wir wollen unter steter Rücksicht auf die bescheidenen Mittel der Arbeiter und unserer Organisationen Ratsschlüsse für die Zusammenstellung, die Ergänzung und die Verwaltung unserer Bibliotheken veröffentlichen; wir wollen den Genossen raten, was sie lesen sollen, aber auch sie warnen vor leichtfertigen Empfehlungen der Buchhändler, denen es ja allzu oft gelingt, die Arbeiter zu verleiten, für nutzlosen Schund ihre schwer erworbenen Heller auszugeben.

Auch den Kunstfragen und der würdigen Ausgestaltung von Arbeiterfesten soll Aufmerksamkeit geschenkt werden und in dem „Festkalender“ jede Frage über das Bildungswesen beantwortet werden. Die erste Nummer enthält außer dem Programmartikel einen Aufsatz von Dr. Adolf Braun über den Parteitag und seine Aufbaumachung zur politischen Fortbildung in den Vereinen, einen Hinweis von Engelbert Vernerstorfer auf den bevorstehenden 150. Geburtstag Schillers und Fingerzeige für eine Gedenkfeier, Hinweise auf die Einrichtung von Bibliotheken mit Musterkatalog und Hinweis zum Kataloganlegen, die erste Hälfte der Disposition eines zehnständigen Vortragszyklus über das Parteiprogramm mit Literaturangaben von Danneberg, Verichte aus der praktischen Bildungsarbeit, Wäckerle u. a.

So stellt dieses neue Organ auch einen neuen und interessanten Versuch vor, dem auch die deutschen Genossen rege Aufmerksamkeit widmen werden. Ramentlich diejenigen Genossen, die praktisch in der Bildungsarbeit stehen, aber auch alle diejenigen, die zu ihrer eigenen Ausbildung Anregung und Anleitung suchen, werden in dem Blatte, das von den Genossen Danneberg und Wierkski herausgegeben wird, einen zuverlässigen Ratgeber finden.

Vom Schnapsboykott.

In Schwiebus tagte am Sonntag eine Generalversammlung der Organisation des Wahlkreises Krossen-Schwiebus, in der der Delegierte Genosse Küster über den Parteitag referierte.

Im Anschluß an diese Versammlung fand eine außerordentlich gutbesuchte (auch viele Frauen waren anwesend) Volksversammlung statt, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Grauer, über: „Der Steueranhang der Junker und welche Lehren zieht das Volk daraus?“ referierte.

Im Verlauf seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages ging der Redner auf die Schnapsboykottresolution des Parteitages ein und empfahl, daß die Versammlung sie zu der ihrigen machen möge. Das geschah denn auch — die Resolution, die den Schnapsboykott zur Pflicht macht, wurde von den Anwesenden einstimmig genehmigt!

Soziales.

Kann der Prinzipal ein zweites ärztliches Attest verlangen?

Vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stand diese Frage zur Entscheidung. Die Buchhalterin einer Fabrikbetriebsgesellschaft war erkrankt und entschuldigte ihr Fehlen rechtzeitig. Die Firma stellte das Ersuchen, das Zeugnis eines Arztes, in welchem ihre Arbeitsunfähigkeit bescheinigt werde, beizubringen. Die Buchhalterin kam aus diesem Verlangen sofort nach und reichte der beklagten Gesellschaft ein Attest ein, in welchem es hieß: „Zit. 2. muß infolge starker Nerven Schwäche ihre Tätigkeit mehrere Wochen aufgeben.“ Nach vierzehn Tagen stellte die Beklagte an die Klägerin das Ersuchen, ein neues Attest beizubringen, das sich über den jetzigen Stand der Erkrankung ausspreche. Die Klägerin erwiderte darauf, sie sei nicht in der Lage, die Kosten für ein neues Attest zu tragen, die Firma möge sich direkt an den Arzt, dessen Adresse ihr ja bekannt sei, wenden. In diesem Antwortschreiben erklärte die Gesellschaft eine Ungehörigkeit, und diese im Verein mit der Weigerung, das Attest selbst zu beschaffen, gab ihr Veranlassung, die sofortige Entlassung der Klägerin zu verfügen. Die Beklagte vertritt den Standpunkt, daß die Klägerin auf alle Fälle verpflichtet war, das neue Attest zu beschaffen, dessen Kosten die Firma gern übernommen hätte. Eine direkte Anfrage beim Arzt wäre zwecklos gewesen, da der Arzt voraussichtlich keine Auskunft erteilt hätte.

*) Bildungsarbeit. Blätter für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Erscheint acht- bis zehnmal jährlich. Verlag, Wien VI, Mariahilferstr. 99A. Jahrespreis bei direktem Bezug vom Verlag 2 Kr. (W.). Im Buchhandel 3 Kr. Die erste Nummer auf Verlangen gratis.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung des Restbetrags, indem es die Entlassung mit Recht für unbegründet ansah. In den Urteilsgründen wurde ausgeführt: Die Klägerin hat das erste Attest beschafft und hat auch dem weiteren Ersuchen der Gesellschaft genügen wollen, indem sie auf die Adresse des Arztes hinwies. Die Beklagte war dadurch wohl in der Lage, von dem Arzte unter Vorzeigung des Briefes der Klägerin, der ja jenem von der Schweigepflicht entbunden hätte, Auskunft über den derzeitigen Krankheitszustand einzuholen.

Nach dem Gesetz war die Klägerin überhaupt nicht zur Beschaffung eines Attestes verpflichtet.

Fürsorgeerziehung und Lehrernot.

Rein Vertrauen zur staatlichen Fürsorgeerziehung haben die ostpreussischen Lehrer. Bisher hat man sich darauf beschränkt, Fürsorgezöglinge als Ausbeutungsobjekte kleinen Handwerksmeistern und Landwirten zu liefern. Neuerdings sollen nun die Fürsorgezöglinge auch dazu dienen, der Lehrernot auf dem Lande und in den kleinen Städten abzuhelfen. Dagegen wenden sich die Lehrer.

Der Weßhauer Lehrerverein hat in seiner letzten Versammlung einstimmig folgenden Antrag angenommen:

„Der Lehrerverein Weßhau und Umgegend entrüstet sich darüber, daß Fürsorgezöglinge aus Morwalde (Kreis Osterode) dem Lehrerberufe zugeführt werden. Er bittet den Vorstand des Ostpreussischen Provinzial-Lehrervereins, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und geeignete Schritte zur Abhilfe zu tun.“

Invalidentversicherung der Gefangenen.

Das württembergische Justizministerium hat entsprechend einer älteren Verfügung des preussischen Justizministeriums angeordnet, daß jeder Gefangene nach seiner Einlieferung in eine Strafanstalt über den Stand seines Versicherungsverhältnisses zu befragen ist. Im Falle des Unverständnisses des Gefangenen ist die freiwillige Versicherung aufzunehmen oder fortzusetzen. Die Versicherungsbeiträge sind aus dem Guthaben der Gefangenen zu bestreiten, andernfalls sind nur so viele Beitragsmarken der niedersten Lohnklasse zu verwenden, als zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft aus der Versicherung notwendig sind.

Die Verweigerung einer Arbeitsbeschäftigung ist unzulässig.

Gustav A. Krüger, Velforter Straße 3, ersucht um Feststellung, daß er nicht mit dem Inhaber des Fensterreinigungs-Instituts Krüger identisch ist, der ausweislich meines Verichts vom 16. September vom Gewerbeamt wegen verweigerter Arbeitsbeschäftigung zu 30 M. Schadenersatz verurteilt ist. Wir kommen diesem Wunsche gern nach. Der zum Schadenersatz verurteilte Krüger wohnt Kastanienallee 94.

Aus Industrie und Handel.

Die Erträge deutscher Waldungen.

Vor Jahresfrist brachte der „Vorwärts“ die Erträge der Staats- und Kronforsten Deutschlands für das Wirtschaftsjahr 1906, in vorliegendem sind sie für das Wirtschaftsjahr 1907 zusammengestellt. Sie ergeben durchgängig eine Gewinnsteigerung gegenüber dem Vorjahre, nur in wenigen Fällen haben sich die Ausgabequoten vergrößert. Wir bringen wieder den Gesamtgewinn in Tausenden von Mark, denselben dann auf das Hektar verrechnet, die Ausgaben wieder in Prozenten und den pro Hektar verrechneten Einnahmeüberschuß. Aus einer Gegenüberstellung von Einnahme pro Hektar und Einnahmeüberschuß pro Hektar lassen sich dann leicht die Ausgaben für Personal- und Betriebsaufwand herausziehen. Neben die diesjährigen Einnahmeüberschüsse pro Hektar, und ebenso neben die Ausgabequoten stellen wir die betreffenden Summen des Vorjahres.

Table with 5 columns: Staatsforsten, Einnahmen in 1000 M. Hektar, Ausgaben in Prozent, Einnahmeüberschuß pro Hektar 1907, Einnahmeüberschuß pro Hektar 1906. Rows include Preußen (Kronforsten), Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen (Kronforsten), Mecklenburg-Schwerin, Ostpreußen, Danzig.

Eine kurze Kontrolle ergibt, daß die Ausgabequoten im Jahre 1907 gegen das vorhergehende Jahr fast durchgängig geringer geworden sind. Diese Tatsache negativer Natur wird zur positiven Annehmlichkeit bei einer Gegenüberstellung der Einnahmeüberschüsse pro Hektar, die 1907 teilweise ganz bedeutend gestiegen sind. Dies alles sind natürlich keine Gründe, um den nach besseren auskömmlichen Löhnen strebenden Waldarbeitern nicht mehr vorgulagen, daß die Einnahmen von Jahr zu Jahr schlechter werden.

Briefkasten der Redaktion.

Welterdung. Wassen ja, Offiziere nein. — Gannau. Rein. — C. S. 71. Die Kranenklasse ist zur Klage auf Rückzahlung nach dem Gesetz und der herrschenden Praxis berechtigt. — G. S. 373. Die Übersiedlungsfrage hätte Aussicht auf Erfolg. Sie müßte auf § 1668 B. G. B. gestützt werden. Ist außerdem der Nachweis des Gebrauchs möglich, so läßt auch dieser Grund in der Klage mit angeführt werden. — H. 10. Dem noch Minderjährigen wird in der Regel ein Auslandspaß auf längstens zwei Jahre erteilt. Auf die Erbschaft hat die Auswanderung keinen Einfluß. Das Staatsbürgerrecht des ausländischen Staates erwirbt man nach dem Recht dieses Staates. — H. S. 40. Das österreichische Gesetz ist nicht gebürtig. Es kennt keine Scheidung von Katholiken, sondern nur eine Trennung von Tisch und Bett. — Karl 12. 1. und 2. Wenn kein Ehevertrag gemacht ist, bleibt während der Ehe dem Ehemann die Verwaltung und der Nießbrauch des Eingetragenen zu. Nur wenn nachweisbarer Mißbrauch mit diesem Recht getrieben wird, würde die Frau gerichtliche Schlichtung mit Aussicht auf Erfolg unternehmen, insbesondere das Verwaltungsgeld und Nießbrauchrecht aufheben lassen können. Die Dolmetscherin würde in dem von Ihnen beschriebenen Fall nicht halbschuldig sein. 3. Solange die Ehe nicht rechtschuldig getrennt ist, ist der Ehemann in berechnigtem Besitz. Erst nach Scheidung könnte die Frau mit Aussicht auf Erfolg auf Herausgabe des Geldes und auf Herausgabe der Möbel Klagen können. — M. S. Spandau. Die Landesversicherung ist nicht verpflichtet, aber berechtigt, Jahressatz zu liefern. Stellen Sie einen darauf beschließenden Antrag im Gebäude der Anstalt, Am Köpenicker Park 8. — W. S. 76. H. M. S. S. S. Vor dem Belitt zu diesen Klagen ist bedinglich wiederholt gemacht, da in der Regel der überwiegende Teil der aufzunehmenden Mitgliedsbeiträge als Unkosten der Verwaltung Verwendung findet, während nur ein ganz geringer Teil zur eigentlichen Krankenunterstützung verwendet wird. Im nähere Auskunft über Krankenklasse wenden Sie sich bitte an Genossen Simonson, Zentrale für das deutsche Krankenwesen, Engelstr. 15. — Volner Str. 29. Mißred 1824 und B. 100. Wo sind die Dattungen? — H. S. 24. Die Pension richtet sich nach Dienstjahren. — Volkswärter. Rein, aber in Oesterreich. Wer eine Oesterreicherin heiraten will, muß eine Beschäftigung der Oesterreichischen Behörde beibringen, daß nach dem Gesetz der Ehe kein Hindernis entgegensteht. — H. S. 100. Der Verzug nach Berlin verbindet Sie nicht von der Vormundschaft. Sie



An Private zu Engrospreisen!
Der anerkannt billigste Verkauf Berlins.

- Hochelegante Salonkrone, Hängelicht, 4 flammig, mit großer, geschliffener Mittelschale, moderne, schwere Ausführung** M. 55.—
- Vornehme Herrenzimmerkrone, Hängelicht, 4fl., mit großer, geschliffener Mittelschale, altdeut. Ausführung** 45.—
- Schwere Speisezimmerkrone, Hängelicht, 4fl., alt Messing, hochelegante Ausführung, Kettensverzierung, überzogener Seidenschirm** M. 85.—
- Entzückende Speisezimmerkrone, Hängelicht, 4fl., moderne, eleg. Ausführung in Bronze od. Alt-Messing** M. 65.—
- Hochelegante 3 flammige Salonkrone, Hängelicht, Bronze, wunderbare Ausführung, Glasstengelbehang** M. 40.—
- Vornehme Herrenzimmerkrone, Hängelicht, 4fl., schwarz Eisen, mit großer Mittelschale, bestehend aus farbigen Steinen, wundervolle Ausführung** M. 60.—
- Vornehme Schlafzimmer-Ampel, Hängelicht, fast nur aus Glasstengel bestehend, entzückende Ausführung** . M. 22.50

- Weiter empfehlen wir:
- 3 fl. Bronze-Salonkrone komplett M. 12.50
- 4 fl. Speisezimmer-Zugkrone komplett M. 35.—
- 4 fl. Alt-Messing-Speisezimmerzugkrone, Hängelicht, kpl. M. 45.—
- 3 fl. Salonkrone, Hängelicht komplett M. 26.—
- 3 fl. Herrenzimmerkrone, Hängelicht komplett M. 28.—
- Große Zugampeln mit Perlbehang komplett M. 10.50
- Moderne Zugampeln, Hängelicht, Perlbehang M. 17.50
- Schlafzimmer-Perl-Ampeln komplett M. 8.50

- Für Geschäftsbeleuchtung:**
- 4 flammige Ladenkrone, Hängelicht M. 38.—
- 3 flammige Ladenkrone, Hängelicht M. 22.—
- 3 flammige Schaufensterbeleuchtung, Hängelicht M. 17.50
- 2 flammige Doppelarm, Hängelicht M. 12.50
- 1 flammige Bureau- oder Fabrikbeleuchtung, Hängelicht M. 5.50
- 1-5 flammige Außenlampen, Hängelicht, zu Engros-Preisen.
- Unsere Auswahl übertrifft alles bisher Dagewesene.
- Licht-Quelle, Köpenicker Str. 71, Hof parterre.**

Zwei Eigenschaften sind es vornehmlich, die unseren

JOSETTI VERA

CIGARETTEN.

Ihren Ruf als beste 3 Pfg.-Marke geschaffen haben. Lediglich Ihre immer gleichbleibende vornehme Qualität, die wirklichen und stetigen Genuss gewährleistet, sowie ihr äusserst wohlfeiler Preis, der ihren Konsum Jedermann gestattet, sind die ausschlaggebenden Gründe für den hohen Grad der Wertschätzung, den sie bei allen sachverständigen Rauchern genießen.

Joseppi Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pfg.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Similiseide in den 4^{tes} 6^{tes} Farb. rot, 7^{tes} 8^{tes} blau, oliv. auf beid. Seit. benutzbar 11.25

Wollatlas rot 750 800

Bunte Normal-Schlafdecken 175 250 350

Wolldecken ganz dick extrahilfig 300 400

Ein Posten echte Kamelhaardecken 10-24⁰⁰

Mein neuer Pracht-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Anfang: 8 Uhr.
Böhm. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser Straße 6.

Direktor Wilhelm Reimer.

Heute Donnerstag: Neues Programm.

Elite-Soiree Tanzfräulein

Hoffmanns Nordd. Sängern
Zubeinder Weisfall!

Das vertrauliche Du.
Lustspiel in 1 Akt
und die neuesten Schläger!

Beginn Sonnt. 5. uochter. 8 Uhr.
Wittmo., 6. Okt.: Theaterabend.

Neue Arminhallen

Kommandantenstr. 59/59.

Sonntabend, den 2. und 23. Oktober frei!

Keine Bierpreis-erhöhung!
Keine Kaffeepreis-erhöhung!

17255* Amt IV. 10155.

Andreas-Garten
Andreasstr. 26

Inh.: Franz Merkowski.

Saal und Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Gr. Mittagstisch von 60 Pf. an mit Bier. Fremdenlogis. Regalbahn. Gut gepflegte Biere. Gute Speisen und Getränke. Jeden Sonntag Tanz bei freiem Eintritt. Al. Saal, 150 Berl. Dienstag, Donnerstag od. Freitag frei, darsfür Gefangeneine. Einem geehrten Publikum. Vereinen u. Gesellschaften halte mich bestens empfohlen. 24542

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog 25. Empf. viel Aerzte u. Prof. grat. u. 2 Pf. H. Vagar, Gummitrennenfabrik Berlin NW. Friedrichstrasse 91/92

Sieben erschienen:

Die Brandschabung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland

von J. Karski.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:

- I. Das Wesen der indirekten Steuern.
- II. Die Finanzwirtschaft Deutschlands.
- III. Die indirekten Steuern im Finanzsystem Deutschlands.
- IV. Ergebnisse.
- V. Der Steuerabzug des Jahres 1909.

Preis 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69 (Laden).

Merkt Euch:

Servus

bleibt der

beste Schuh-Putz

Überall zu haben in Dosen a 10 und 20 Pf.
30/9 Fabrikanten: Lubszynski & Co., Berlin NO.

Borussia-Festsäle, Inh.: Georg Wolffgramm
Ackerstr. 67.

Empfehle meine 4 Säle, 100-800 Personen fassend, für Vereine und Versammlungen. Mehrere Sonnabende und Sonntage noch frei.

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.
ERSTE BEZUGSQUELLE für

Gardinen □ Stores □ Bettdecken □ Zuggardinen

Verkauf zu unseren Originalpreisen nur:

C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor.
SO. Wiener Straße II, gegenüber der Hochbahn.
S. Kottbuser Damm 73 (Rixdorf) gegenüber Boppstraße.

O. Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße.
O. Niederbarnimstraße 13, Ecke Boxhagener Straße.
O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass man Möbel am besten und billigsten dort

Kauft Möbel

wo nicht Dutzende anderer Artikel, sondern ausschließlich und einzig und allein

Möbel

geführt werden. Nur dort erhalten Sie genau dieselben gediegenen Qualitäten

auch auf Teilzahlung

falls Ihre Mittel eine sofortige Barsahlung nicht gestatten. Sie müssen sich doch selbst sagen, dass Sie

nur im

in einem derartigen Spezial-Geschäft sicher sind, nachgemäss, reell und preiswert bedient zu werden. Es liegt deshalb

Möbel-Fabrik-Lager

aufzusuchen. Sie finden dort einzelne Möbel, sowie ganze Einrichtungen in allen Preislagen.

Siegmund Misch

Dresdenerstrasse 16 vis-à-vis Tamaschke.

Achten Sie bitte auf Hausnummer 16 18 20

Trotz der Tabaksteuer keine Preiserhöhung

meiner bekannt qualitätreichen Zigarren, so lange mein Vorrat reicht!

H. Meier, gegr. 1888, Inh. Th. Schnauer,
Berlin O. 17, Madalstr. 15.

Möbel

Polsterwaren, fertige Küchen

halb umsonst auf Abzahlung und gegen bar

Liefere an Jedermann ohne Ausnahme.

100 bessere und billige Wohnungs-Einrichtungen von 150-500 Mk. Anzahlung von 15 M. an

Einzelne Möbel schon 5 M. Anzahlung an,

alten Kunden ev. auch **ohne Anzahlung.**

Ferner empfehle Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz-Stolas, Muffen, Leib- u. Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Bilder, Uhren, Gas- und Petroleum-Kronen, Sport- und Kinderwagen wöchentlich 1 M. an

Möbel- und Waren-Kredit-Haus

S. Dorn

Alte Schönhauser Str. 3
Ecke Linienstraße

am Tor.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. Kein Laden.

Nach beendet der Engros-Saison

auch Einzelverkauf enorm billig!

Uebergangs-Paletots
Blusen
Abendmäntel
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots
Pelz-Stolas

Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz II, I. Etg.
schrägüber Untergund-Bahnhof.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kassa werden 5 % Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.

